



Bundesministerium
der Finanzen

F a c h b l i c k

Das Ministerium

Monatsbericht des BMF 2005

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

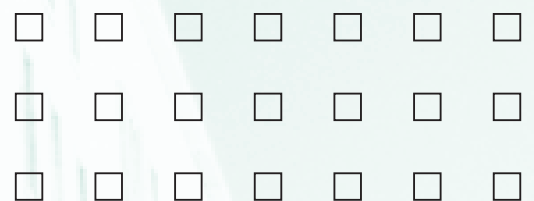
August

September

Oktober

November

Dezember



Monatsbericht des BMF Dezember 2005

Inhaltsverzeichnis

Editorial	7
Übersichten und Termine	9
Finanzwirtschaftliche Lage	11
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	19
Konjunkturentwicklung aus finanzwirtschaftlicher Sicht	22
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik	26
Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober 2005	30
Termine	32
Analysen und Berichte	35
Die finanz- und wirtschaftspolitischen Leitlinien der neuen Bundesregierung	37
Wirtschaftslage: Finanz- und Wirtschaftspolitik in wichtigen Volkswirtschaften	45
Bevölkerungsalterung und Staatsausgaben: Vorbereitung neuer Langfristrechnungen für die Mitgliedstaaten der EU	61
Erweiterungspaket und -strategie der EU-Kommission	67
Die Abgaben auf Fahrzeuge in Europa im Jahr 2005	75
Statistiken und Dokumentationen	89
Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	92
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	112
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	116
Verzeichnis der Berichte	131
Verzeichnis der Berichte in den Monatsberichten des BMF 2005...	
...nach Veröffentlichungsdatum	133
...nach Stichpunkten	135

Die Mitarbeiter der Redaktion des Monats-
berichts sind für Anregungen und Kritik dankbar.

Bundesministerium der Finanzen

Redaktion Monatsbericht

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

<http://www.bundesfinanzministerium.de> oder

<http://www.bmf.bund.de>

Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

gerne nutze ich die Gelegenheit, mich an dieser Stelle als neuer Bundesminister der Finanzen an Sie zu wenden. Ein wesentliches Element der politischen Kommunikation ist es, politische Inhalte sachlich und fundiert begründet zu erklären. Der Monatsbericht des BMF, der sich bei einem großen Leserkreis fest etabliert hat, trägt hierzu bei. Seine Basis bilden wissenschaftliche Analysen und statistische Daten – den Eindruck des Zahlenfriedhofs konsequent vermeidend. In meinem beruflichen Lebensweg begleitet mich der Monatsbericht schon seit langem. Jetzt bin ich selbst Herausgeber und möchte den Monatsbericht gerne als einen sachgerechten Beitrag zur Transparenz von Politik und Regierungsarbeit verstanden wissen. Ich bin sicher, dass es auch in Zukunft gelingen wird, für Sie interessante und lesenswerte Informationen und Analysen aus dem Arbeitsbereich des BMF zusammenzustellen.

Liebe Leserinnen und Leser, ich bin mir der Herausforderungen bewusst, denen sich die deutsche Finanzpolitik stellen muss. Die Probleme der öffentlichen Haushalte sind unabwiesbar – aber lösbar. Wir brauchen eine solide Haushaltsführung, denn nur damit werden wir viele der uns gemeinsam beschäftigenden Aufgaben erfüllen und nur so können wir Gestaltungsansprüche formulieren und umsetzen – zum Beispiel bei der Förderung der gewerblichen Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes, bei der Familienförderung sowie bei Forschung und Entwicklung.

Klar ist auch: Die Probleme der öffentlichen Haushalte lassen sich nicht ausschließlich aus fiskalischer Perspektive und nicht allein über rein fiskalische Anstrengungen lösen. Diese Botschaft ist mir als Bundesminister der Finanzen besonders wichtig, da Finanzpolitik immer nur



als Teil einer Gesamtstrategie erfolgreich sein kann, welche insbesondere auch die Ausgaben- dynamik in den sozialen Sicherungssystemen (vor allem in den Bereichen Rente, Pflege und Gesundheit) mit berücksichtigt. Eine auf Konsolidierung und auf Einsparung ausgerichtete Finanzpolitik hat nur dann Erfolg, wenn sie von positiven gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen begleitet wird.

So ernüchternd das gegenwärtige Bild der öffentlichen Finanzen auch sein mag, es besteht doch keinerlei Anlass zu verzagen. Dies ist ebenfalls die Kernbotschaft des Tragfähigkeitsberichts, den das Bundesministerium der Finanzen in diesem Jahr erstmals vorgelegt hat und den wir in dieser Legislaturperiode fortschreiben werden. Der Bericht belegt, dass die Tragfähigkeit der Finanzpolitik (also die langfristige Solidität) mit einer umfassenden Reformstrategie sichergestellt werden kann – den nötigen politischen Willen vorausgesetzt.

Durch die Reformen im Rahmen der Agenda 2010 ist hier schon Beachtliches erreicht worden: So wurden mit dem Rentenversicherungs-Nachhaltigkeitsgesetz, dem Gesetz zur Modernisierung der Gesetzlichen Krankenversicherung, aber auch mit den Hartz-Reformen im Bereich des Arbeitsmarktes wesentliche Schritte zur Sicherung nachhaltiger Staatsfinanzen eingeleitet. Die bisherigen Maßnahmen können jedoch nur der Anfang eines weitergehenden

Reformprozesses gewesen sein. Alle weiteren Maßnahmen auf dem Weg zu nachhaltigen öffentlichen Finanzen müssen im Kern auf zwei Ziele hinführen: dauerhaft höheres Wachstum mit höherer Beschäftigung sowie weitere Reformen der sozialen Sicherungssysteme zur strukturellen Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Daran führt kein Weg vorbei.

Genau dies sind daher auch die Leitlinien für die Politik der neuen Bundesregierung, die wir im Koalitionsvertrag skizziert haben und die wir nun Schritt für Schritt umsetzen. Es ist immer relativ leicht, sich einzelne Maßnahmen aus diesem Paket herauszugreifen (z. B. die Erhöhung der Umsatzsteuer) und diese dann isoliert zu kritisieren. Jede einzelne Maßnahme kann aber nur als Teil des Gesamtpakets gesehen werden, und

dieses ist aus meiner Sicht sowohl ausgewogen als auch gut aufeinander abgestimmt.

Liebe Leserinnen und Leser, abschließend möchte ich Sie weiterhin um eine kritische und konstruktive Begleitung unserer Monatsberichte bitten – der Dialog zwischen Lesern und den verantwortlichen Redakteuren liegt mir am Herzen und tut der Sache gut.

Ich wünsche Ihnen frohe Weihnachtsfeiertage und einen guten Start ins neue Jahr.



Peer Steinbrück
Bundesminister der Finanzen



Übersichten und Termine

Finanzwirtschaftliche Lage	11
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	19
Konjunkturentwicklung aus finanzwirtschaftlicher Sicht	22
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik	26
Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober 2005	30
Termine	32

Finanzwirtschaftliche Lage

Die Ausgaben des Bundes addierten sich bis einschließlich November auf 246,9 Mrd. €. Sie lagen um 10,6 Mrd. € oder 4,5 % über dem entsprechenden Vorjahresergebnis. Die Ausgabensteigerung

ist auf deutlich höhere Aufwendungen für den Bereich Arbeitsmarkt zurückzuführen.

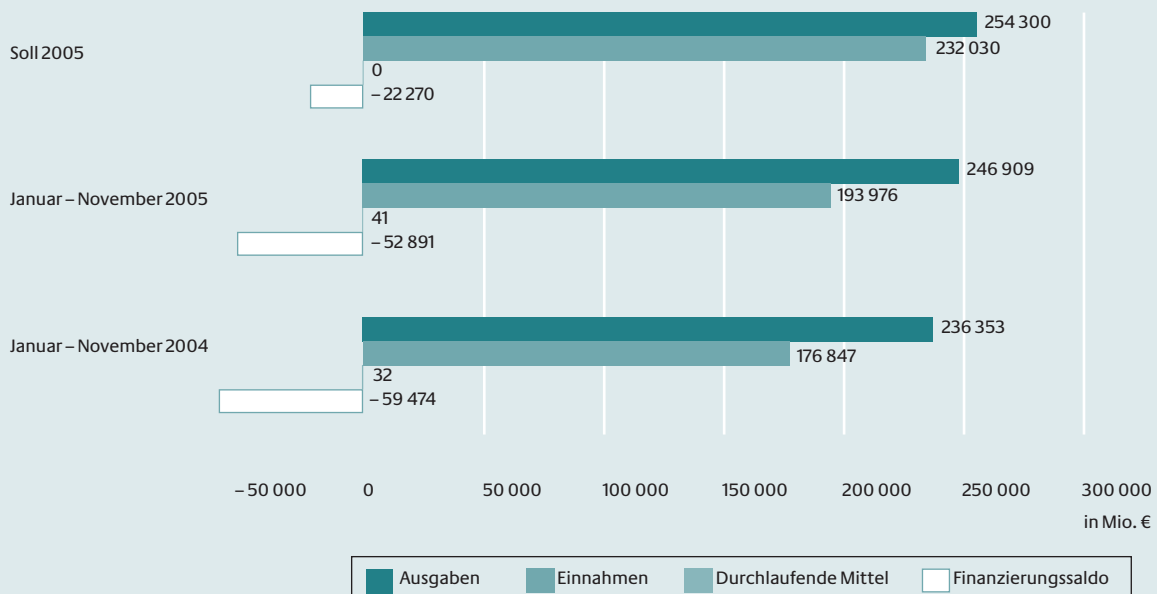
Die Einnahmen des Bundes insgesamt summierten sich bis einschließlich November

Entwicklung des Bundeshaushalts

	Soll 2005	Ist-Entwicklung ¹ Januar bis November 2005
Ausgaben (Mrd. €)	254,3	246,9
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	1,1	4,5
Einnahmen (Mrd. €)	232,0	194,0
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	9,5	9,7
Steuereinnahmen (Mrd. €)	190,8	158,4
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	2,0	1,6
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	- 22,3	- 52,9
Kassenmäßiger Fehlbetrag (Mrd. €)	-	- 25,2
Bereinigung um Münzeinnahmen (Mrd. €)	- 0,3	- 0,1
Nettokreditaufnahme/aktueller Finanzmarktsaldo (Mrd. €)	- 22,0	- 27,6

¹ Buchungsergebnisse.

Zusammensetzung des Finanzierungssaldos



auf 194,0 Mrd. €. Sie übertrafen das Vorjahresergebnis um 9,7 %. Die Steuereinnahmen des Bundes lagen mit 158,4 Mrd. € um 2,6 Mrd. € oder 1,6 % über dem Vorjahresergebnis. Die Verwaltungseinnahmen des Bundes beliefen

sich von Januar bis November auf 35,6 Mrd. € und überschritten das Ergebnis des Vorjahreszeitraums um 14,6 Mrd. € oder 69,4 %. Diese Entwicklung ist dabei im Jahresverlauf im Wesentlichen von Einmaleffekten geprägt.

Entwicklung der Bundesaussgaben nach Aufgabenbereichen

	Soll 2005	Ist 2005 Januar bis November		Ist 2004 Januar bis November		Veränderung ggü. Vorjahr in %
	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	
Allgemeine Dienste	47 932	42 524	17,2	42 070	17,8	1,1
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	3 802	3 584	1,5	3 277	1,4	9,4
Verteidigung	27 871	24 748	10,0	24 812	10,5	- 0,3
Politische Führung, zentrale Verwaltung	7 991	7 227	2,9	7 079	3,0	2,1
Finanzverwaltung	3 192	2 579	1,0	2 804	1,2	- 8,0
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	11 714	10 226	4,1	9 876	4,2	3,5
Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau	925	884	0,4	925	0,4	- 4,4
BAföG	1 026	1 028	0,4	947	0,4	8,6
Forschung und Entwicklung	6 816	5 800	2,3	5 800	2,5	0,0
Soziale Sicherung, Soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachungen	128 064	133 078	53,9	119 349	50,5	11,5
Sozialversicherung	75 182	75 898	30,7	73 952	31,3	2,6
Arbeitslosenversicherung	4 000	4 569	1,9	7 584	3,2	- 39,8
Grundsicherung für Arbeitsuchende	27 650	32 108	13,0	-	-	-
darunter: Arbeitslosengeld II	14 600	23 298	9,4	-	-	-
Arbeitslosengeld II, Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung	3 200	3 193	1,3	-	-	-
Wohngeld	850	1 040	0,4	2 808	1,2	- 63,0
Erziehungsgeld	2 740	2 627	1,1	2 807	1,2	- 6,4
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	3 011	2 930	1,2	3 246	1,4	- 9,7
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	923	755	0,3	772	0,3	- 2,2
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	1 794	1 513	0,6	1 525	0,6	- 0,8
Wohnungswesen	1 232	1 143	0,5	1 137	0,5	0,5
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	6 291	5 269	2,1	5 513	2,3	- 4,4
Regionale Förderungsmaßnahmen	902	896	0,4	1 071	0,5	- 16,3
Kohlenbergbau	1 645	1 645	0,7	2 101	0,9	- 21,7
Gewährleistungen	1 500	1 022	0,4	771	0,3	32,6
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	10 522	9 283	3,8	8 458	3,6	9,8
Straßen (ohne GVFG)	5 603	5 047	2,0	4 815	2,0	4,8
Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen	9 487	7 158	2,9	10 825	4,6	- 33,9
Bundeseisenbahnvermögen	5 250	4 669	1,9	4 739	2,0	- 1,5
Eisenbahnen des Bundes/Deutsche Bahn AG	3 736	2 074	0,8	2 117	0,9	- 2,0
Allgemeine Finanzwirtschaft	37 574	37 103	15,0	37 965	16,1	- 2,3
Zinsausgaben	38 875	36 406	14,7	35 275	14,9	3,2
Ausgaben zusammen	254 300	246 909	100,0	236 353	100,0	4,5

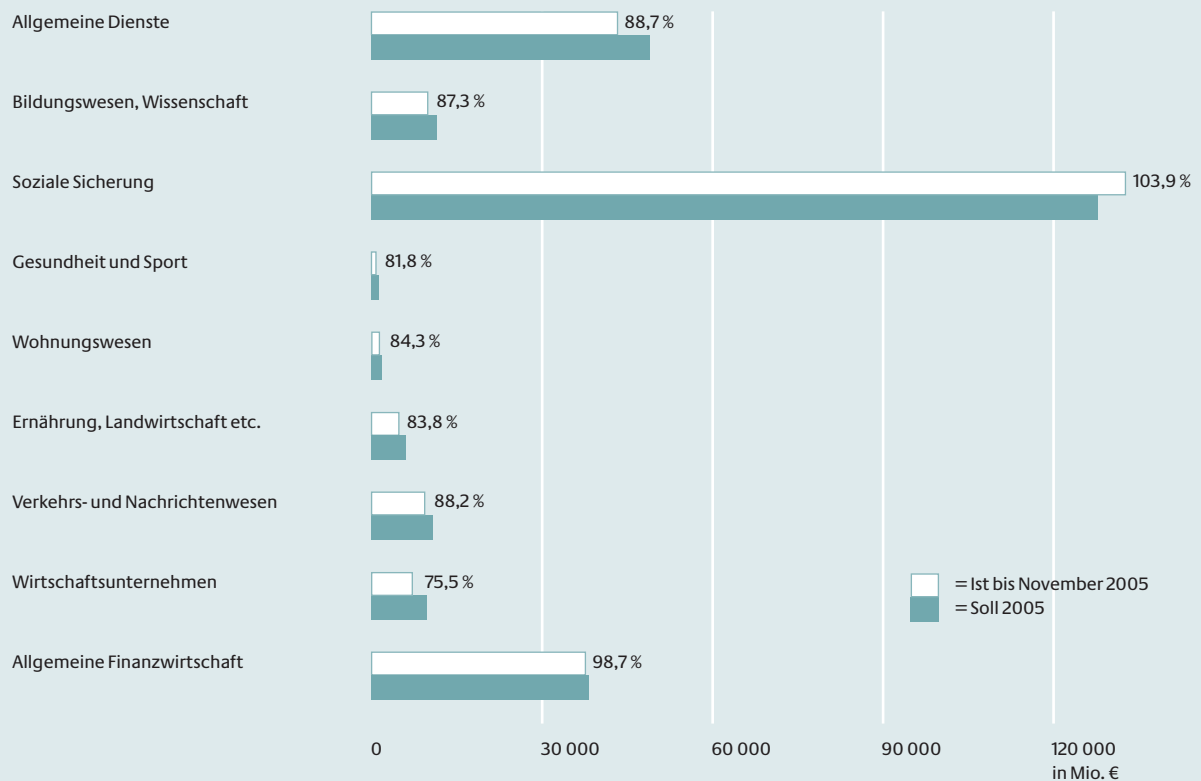
Aus der bisherigen Entwicklung von Ausgaben und Einnahmen ergibt sich ein Finanzierungssaldo von – 52,9 Mrd. €. Nach derzeitiger Einschätzung wird der Bundeshaushalt 2005 insbesondere durch Mehrausgaben für den Bereich Arbeitsmarkt, durch Mindereinnahmen bei den Steuern (ggü. Soll) und aufgrund des geringeren Bundesbankgewinns belastet. Vor diesem Hintergrund

zeichnet sich ein Nettokreditbedarf in einer Größenordnung von bis zu 35 Mrd. € ab, der deutlich über der veranschlagten Nettokreditaufnahme von 22 Mrd. € liegt. Die Mehrbelastungen werden unter teilweiser Nutzung von bisher gesperrten Kreditermächtigungen aufgefangen; die hierzu erforderliche Einwilligung wurde am 2. Dezember 2005 vom Deutschen Bundestag erteilt.

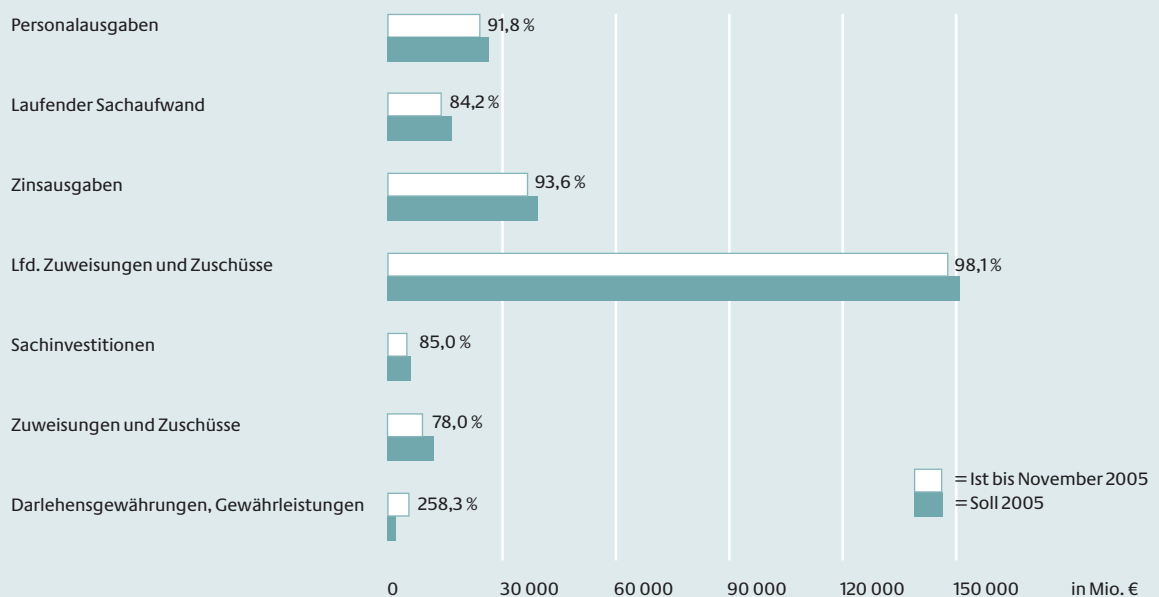
Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	Soll 2005	Ist 2005		Ist 2004		Veränderung ggü. Vorjahr in %
	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	
Konsumtive Ausgaben	233 713	223 334	90,5	211 130	89,3	5,8
Personalausgaben	26 865	24 668	10,0	25 054	10,6	– 1,5
Aktivbezüge	20 147	18 484	7,5	18 911	8,0	– 2,3
Versorgung	6 718	6 183	2,5	6 143	2,6	0,7
Laufender Sachaufwand	17 354	14 608	5,9	13 759	5,8	6,2
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1 478	1 280	0,5	1 232	0,5	3,9
Militärische Beschaffungen	8 122	6 245	2,5	6 336	2,7	– 1,4
Sonstiger laufender Sachaufwand	7 754	7 083	2,9	6 191	2,6	14,4
Zinsausgaben	38 875	36 406	14,7	35 275	14,9	3,2
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	150 225	147 312	59,7	136 705	57,8	7,8
an Verwaltungen	13 015	12 469	5,1	13 261	5,6	– 6,0
an andere Bereiche	137 210	134 970	54,7	123 499	52,3	9,3
darunter:						
Unternehmen	16 516	11 751	4,8	12 807	5,4	– 8,2
Renten, Unterstützungen u.a.	22 223	30 667	12,4	23 466	9,9	30,7
Sozialversicherungen	94 560	88 977	36,0	83 994	35,5	5,9
Sonstige Vermögensübertragungen	395	340	0,1	337	0,1	0,9
Investive Ausgaben	22 745	23 575	9,5	25 224	10,7	– 6,5
Finanzierungshilfen	16 011	17 852	7,2	19 797	8,4	– 9,8
Zuweisungen und Zuschüsse	12 545	9 788	4,0	9 918	4,2	– 1,3
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	2 907	7 508	3,0	9 334	3,9	– 19,6
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	559	556	0,2	545	0,2	2,0
Sachinvestitionen	6 734	5 723	2,3	5 426	2,3	5,5
Baumaßnahmen	5 372	4 643	1,9	4 390	1,9	5,8
Erwerb von beweglichen Sachen	917	688	0,3	649	0,3	6,0
Grunderwerb	445	391	0,2	387	0,2	1,0
Globalansätze	– 2 158	0		0		
Ausgaben insgesamt	254 300	246 909	100,0	236 353	100,0	4,5

Die Ausgaben des Bundes nach Aufgabenbereichen/Hauptfunktionen Januar bis November 2005



Die Ausgaben des Bundes nach ausgewählten ökonomischen Arten Januar bis November 2005



Entwicklung der Einnahmen des Bundes

Einnahmeart	Soll 2005	Ist 2005		Ist 2004		Veränderung ggü. Vorjahr in %
	Mio. €	Januar bis November Mio. €	Anteil in %	Januar bis November Mio. €	Anteil in %	
I. Steuern	190 786	158 365	81,6	155 826	88,1	1,6
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	146 941	124 260	64,1	119 972	67,8	3,6
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschließlich Zinsabschlag)	71 031	55 445	28,6	54 985	31,1	0,8
davon:						
Lohnsteuer	51 840	42 024	21,7	43 759	24,7	- 4,0
veranlagte Einkommensteuer	2 447	969	0,5	- 625	- 0,4	-
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	4 880	4 624	2,4	4 862	2,7	- 4,9
Zinsabschlag	3 234	2 810	1,4	2 742	1,6	2,5
Körperschaftsteuer	8 630	5 018	2,6	4 247	2,4	18,2
Steuern vom Umsatz						
Gewerbesteuerumlage	74 565	67 647	34,9	63 867	36,1	5,9
	1 345	1 168	0,6	1 119	0,6	4,4
Mineralölsteuer	41 500	30 842	15,9	32 004	18,1	- 3,6
Tabaksteuer	14 750	12 473	6,4	11 830	6,7	5,4
Solidaritätszuschlag	10 286	8 503	4,4	8 445	4,8	0,7
Versicherungsteuer	8 900	8 121	4,2	8 135	4,6	- 0,2
Stromsteuer	6 600	5 761	3,0	5 942	3,4	- 3,0
Branntweinabgaben	2 162	1 760	0,9	1 792	1,0	- 1,8
Kaffeesteuer	1 040	862	0,4	919	0,5	- 6,2
Ergänzungszuweisungen an Länder	- 14 535	- 10 939	- 5,6	- 11 401	- 6,4	- 4,1
BNE-Eigenmittel der EU	- 16 750	- 14 049	- 7,2	- 12 953	- 7,3	8,5
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	- 3 500	- 3 119	- 1,6	- 3 003	- 1,7	3,9
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	- 7 053	- 6 465	- 3,3	- 6 242	- 3,5	3,6
II. Sonstige Einnahmen	41 244	35 612	18,4	21 021	11,9	69,4
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	2 696	876	0,5	886	0,5	- 1,1
Zinseinnahmen	326	408	0,2	869	0,5	- 53,0
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	21 460	19 174	9,9	11 295	6,4	69,8
Einnahmen zusammen	232 030	193 976	100,0	176 847	100,0	9,7

Steuereinnahmen im November 2005

Die Steuereinnahmen insgesamt (ohne Gemeindesteuern) sanken im November 2005 im Vorjahresvergleich um – 1,1 %. Dabei verminderten sich die gemeinschaftlichen Steuern um – 0,7 % und die Bundessteuern um – 5,4 %. Die Ländersteuern nahmen dagegen um + 9,5 % zu.

Die kumulierte Veränderungsrate der Steuereinnahmen von Januar bis November 2005 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum beträgt + 1,1 %.

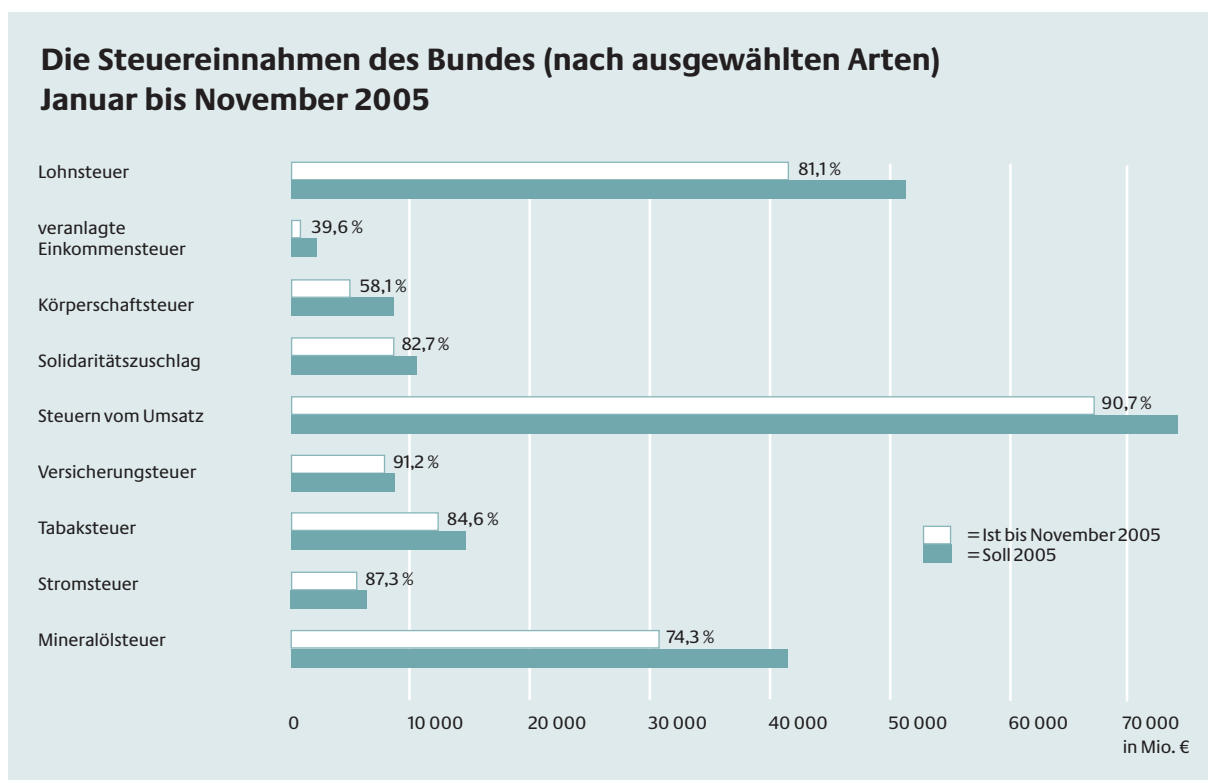
Die Steuereinnahmen des Bundes (nach Bundesergänzungszuweisungen) reduzierten sich im November gegenüber dem Vorjahr um – 4,6 %. Dieser Rückgang ist sowohl auf niedrigere Steuereinnahmen als auch auf die im Vergleich mit dem Vorjahresmonat deutlich höheren EU-Abführungen zurückzuführen. Für den Zeitraum Januar bis November 2005 ergibt sich ein Zuwachs von + 1,8 %. ¹

Der Rückgang des Lohnsteueraufkommens hat sich im November leicht verstärkt und liegt mit einem durch die Tarifsenkung bedingten – und auch die Arbeitsmarktlage verstärkten – Rückgang von – 3,8 % im Rahmen der Erwartungen.

Das Aufkommen der veranlagten Einkommensteuer lag im November um + 145 Mio. € über dem Wert des Vorjahres. Zu dieser Entwicklung trug wieder ein deutlicher Rückgang der Arbeitnehmererstattungen (– 148 Mio. €) bei. Ein Grund für den Rückgang der Erstattungen besteht offenbar darin, dass in 2003 vor Verabschiedung des Haushaltsbegleitgesetzes 2004 Freibeträge auf der Basis der alten Entfernungspauschale für das Jahr 2004 eingetragen wurden. Diese überhöhten Freibeträge auf den Lohnsteuerkarten führen zu geringeren Erstattungen bzw. Nachzahlungen bei den Steuerpflichtigen in 2005.

Bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag betrug der Rückgang – 15,2 % und war somit etwas schwächer als im Oktober (– 16,6 %).

¹ Abweichung zur Tabelle „Einnahmen des Bundes“ ist methodisch bedingt (vgl. Fußnoten 1 und 3 Seite 18).



Der Aufwärtstrend beim Zinsabschlag setzt sich verstärkt fort. Im Vergleich zum Vorjahresmonat zeigte sich ein Zuwachs von +15,6%.

Die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer sanken im November um – 67 Mio. €. Das kumulierte Ergebnis für die Monate Januar bis November 2005 (+ 18,2%) bewegt sich damit im Rahmen des Ansatzes der Steuerschätzung November 2005 für das Gesamtjahr (+ 17,3%). Zu einer abschließenden Wertung bleibt aber das Resultat des sehr aufkommenstarken Vorauszahlungsmonats Dezember abzuwarten.

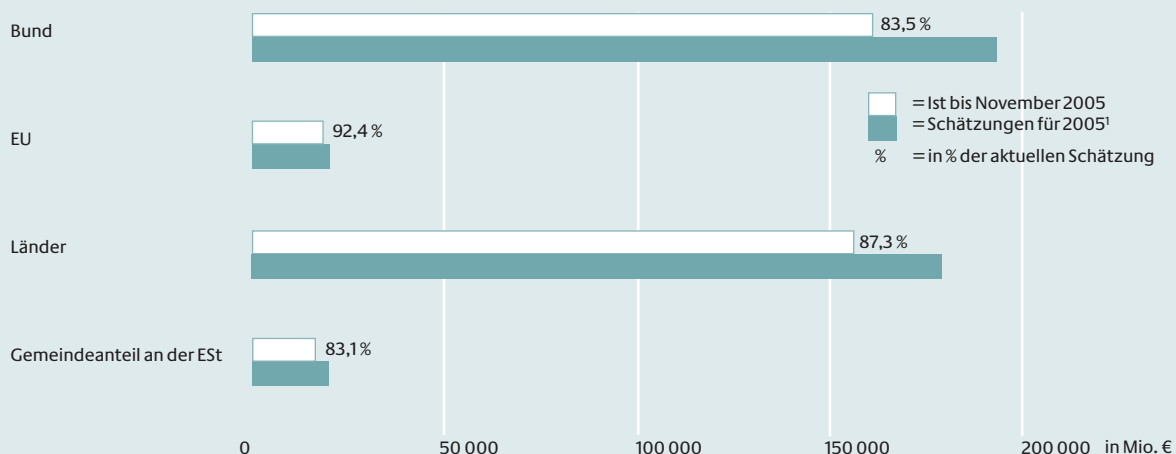
Hinter dem geringfügigen Anstieg beim Aufkommen der Steuern vom Umsatz im November um + 0,2 % stehen gegenläufige Effekte bei Umsatzsteuer und Einfuhrumsatzsteuer. Während die Steuer auf Umsätze im Inland infolge des weiterhin schwachen privaten Verbrauchs um – 1,0% zurückging, wuchs die Einfuhrumsatzsteuer um + 4,5%.

Die reinen Bundessteuern wiesen einen Rückgang um – 5,4% auf. Bei der Mineralölsteuer (– 5,9 %) schlägt im November der preisinduzierte Verbrauchsrückgang beim Benzin und Diesel wieder voll durch, nachdem der Aufkommensrückgang aus der Besteuerung von Kraft-

stoffen im Oktober durch höhere Steuereinnahmen bei Heizöl und Erdgas kompensiert wurde. Auch bei der Tabaksteuer entwickelten sich die Einnahmen aufgrund starker Verbrauchsrückgänge bei versteuerten Zigaretten negativ (– 9,9 %). Die Einnahmen aus der Branntweinsteuer (– 5,0 %) und der Versicherungssteuer (– 1,0%) waren ebenfalls geringer als im Vorjahreszeitraum. Lediglich die Stromsteuer wies nach einem erheblichen Rückgang im Vormonat nun ein Plus in Höhe von + 4,3% auf.

Bei den reinen Ländersteuern ergab sich im November ein kräftiger Zuwachs von + 9,5 %. Getragen wurde diese Entwicklung vom positiven Aufkommensergebnis bei der Grunderwerbsteuer (+ 21,2 %) und der Kraftfahrzeugsteuer (+ 12,7%). Während der Zuwachs bei der Grunderwerbsteuer seine Ursache in der geplanten Abschaffung der Eigenheimzulage ab 2006 haben dürfte, ist der Anstieg bei der Kraftfahrzeugsteuer dem Auslaufen von Steuerbegünstigungen zum Jahresbeginn 2005 geschuldet. Ein Plus ergab sich auch bei der Erbschaftsteuer (+ 0,7%) und der Biersteuer (+ 2,5%). Lediglich die Einnahmen aus der Rennwett- und Lotteriesteuer gingen zurück (– 4,7%).

Steueraufkommen ohne Gemeindesteuern Januar bis November 2005



¹ Ergebnis AK „Steuerschätzungen“ (November 2005).

Entwicklung der Steuereinnahmen des Öffentlichen Gesamthaushalts im laufenden Jahr ohne Gemeindesteuern (Vorläufige Ergebnisse)¹

2005	November	Veränderung ggü. Vorjahr	Januar bis November	Veränderung ggü. Vorjahr	Schätzungen für 2005	Veränderung ggü. Vorjahr
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %	in Mio. € ⁴	in %
Gemeinschaftliche Steuern						
Lohnsteuer ²	8 551	– 3,8	102 232	– 3,7	119 300	– 3,7
veranlagte Einkommensteuer	– 720	.	2 280	.	8 930	65,6
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	153	– 15,2	9 248	– 4,8	9 440	– 4,8
Zinsabschlag	477	15,6	6 386	2,5	6 880	1,6
Körperschaftsteuer	– 403	.	10 036	18,2	15 400	17,3
Steuern vom Umsatz	12 420	0,2	127 450	1,7	139 600	1,6
Gewerbsteuerumlage	322	13,4	2 771	8,0	3 533	5,3
erhöhte Gewerbsteuerumlage	169	8,2	1 996	14,5	2 630	14,1
Gemeinschaftliche Steuern insgesamt	20 969	– 0,7	262 400	1,4	305 713	1,2
Bundessteuern						
Mineralölsteuer	3 296	– 5,9	30 842	– 3,6	39 900	– 4,5
Tabaksteuer	1 125	– 9,9	12 473	5,4	14 200	4,2
Branntweinsteuer inkl. Alkopopsteuer	165	– 5,0	1 751	– 2,3	2 180	– 0,7
Versicherungsteuer	550	– 1,0	8 121	– 0,2	8 730	– 0,2
Stromsteuer	481	4,3	5 761	– 3,0	6 500	– 1,5
Solidaritätszuschlag	538	– 1,8	8 503	0,7	10 181	0,7
sonstige Bundessteuern	116	– 15,8	1 226	– 6,0	1 437	– 4,3
Bundessteuern insgesamt	6 271	– 5,4	68 678	– 1,1	83 128	– 1,7
Ländersteuern						
Erbschaftsteuer	330	0,7	3 764	– 4,9	3 985	– 7,0
Grunderwerbsteuer	451	21,2	4 307	1,6	4 580	– 1,4
Kraftfahrzeugsteuer	645	12,7	7 907	9,9	8 500	9,8
Rennwett- und Lotteriesteuer	153	– 4,7	1 665	– 1,8	1 857	– 1,5
Biersteuer	59	2,5	718	– 1,2	775	– 1,6
sonstige Ländersteuern	35	– 6,9	415	– 0,5	423	– 2,2
Ländersteuern insgesamt	1 672	9,5	18 775	3,0	20 120	1,7
EU-Eigenmittel						
Zölle	287	16,2	3 042	10,1	3 270	6,9
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	284	67,7	3 119	3,9	3 400	13,9
BNE-Eigenmittel	1 265	44,6	14 049	8,5	15 200	11,8
EU-Eigenmittel insgesamt	1 835	42,2	20 211	8,0	21 870	11,4
Bund³	13 081	– 4,6	157 409	1,8	188 469	0,8
Länder³	12 793	– 1,5	156 186	– 0,3	178 934	– 0,5
EU	1 835	42,2	20 211	8,0	21 870	11,4
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	1 490	– 1,3	19 089	0,2	22 958	– 0,4
Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	29 199	– 1,1	352 895	1,1	412 231	0,7

¹ Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

² Nach Abzug der Kindergelderstattung durch das Bundesamt für Finanzen.

³ Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle „Einnahmen des Bundes“ ist methodisch bedingt (vgl. Fn. 1).

⁴ Ergebnis AK „Steuerschätzungen“ vom November 2005.

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Europäische Finanzmärkte

Die Renditen der europäischen Staatsanleihen sind im November weiter gestiegen. Die Rendite der zehnjährigen Bundesanleihe, die Ende Oktober bei 3,38 % lag, notierte Ende November bei 3,41 %. Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am EURIBOR – erhöhten sich von 2,26 % Ende Oktober auf 2,47 % Ende November. Die Europäische Zentralbank hat am 1. Dezember 2005 beschlossen, die Leitzinsen um 25 Basispunkte anzuheben. Mit Wirkung vom 6. Dezember liegt der Mindestbietungssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte seitdem bei 2,25 %, der

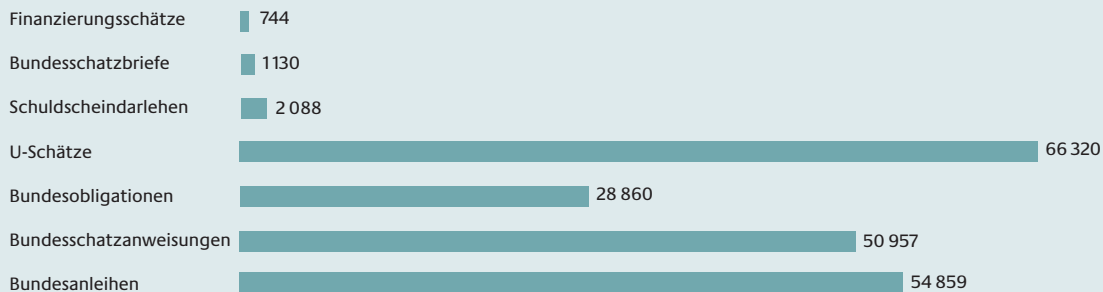
Zinssatz für die Einlagefazilität bei 1,25 % und für die Spitzenrefinanzierungsfazilität bei 3,25 %.

Die europäischen Aktienmärkte konnten im November zulegen; der Deutsche Aktienindex stieg von 4 929 auf 5 193 Punkte, der 50 Spitzenwerte der EU umfassende Euro Stoxx 50 von 3 320 auf 3 447 Punkte (Monatsendstände).

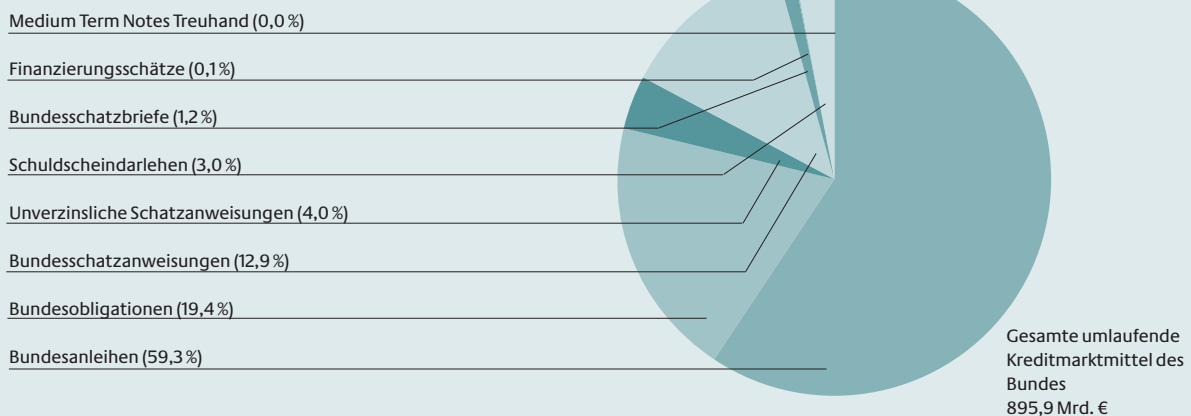
Monetäre Entwicklung

Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 im Euro-Währungsgebiet ging im Oktober 2005 auf 8,0 % zurück (nach 8,4 % im September). Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahresraten von M3

Kreditaufnahme des Bundes bis November 2005 in Mio. €



Umlaufende Kreditmarktmittel des Bundes per 30. November 2005



für den Zeitraum August bis Oktober 2005 war mit 8,2 % gegenüber dem Zeitraum von Juli bis September 2005 unverändert (Referenzwert: 4,5 %).

Das jährliche Wachstum der Kreditgewährung an den privaten Sektor stieg im Euroraum von 8,9 % im September auf 9,3 % im Oktober an. Das Wachstum der Kreditvergabe im Euroraum, insbesondere der Hypothekarkredite, ist damit nach wie vor kräftig. In Deutschland erhöhte sich die vorgenannte Kreditwachstumsrate ebenfalls von 2,5 % im September auf 2,9 % im Oktober.

Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes

Die Bruttokreditaufnahme des Bundes betrug im Zeitraum 1. Januar bis 30. November 2005 205,0 Mrd. €.

Gegenüber dem Stand per 1. Januar 2005¹ haben sich die umlaufenden Kreditmarktmittel des Bundes einschließlich der Bestände an eigenen Wertpapieren bis zum 30. November 2005 um 4,5 % auf 895,9 Mrd. € erhöht.

Der Bund beabsichtigt, im 4. Quartal 2005 zur Finanzierung des Bundeshaushalts die in der Tabelle „Emissionsvorhaben des Bundes im 4. Quartal 2005“ dargestellten Emissionen im Gesamtbetrag von ca. 50 Mrd. € zu begeben; hiervon sind rd. 32 Mrd. € realisiert.

Änderungen des Emissionskalenders können sich je nach Liquiditätslage des Bundes oder der Kapitalmarktsituation ergeben.

Der detaillierte Emissionskalender für das 1. Quartal 2006 wird in der 3. Dekade im Dezember 2005 veröffentlicht.

¹ Nach Eingliederung des Fonds Deutsche Einheit.

Tilgungen und Zinszahlungen des Bundes¹ und seiner Sondervermögen im 4. Quartal 2005 (in Mrd. €)

Tilgungen

Kreditart	Oktober	November	Dezember	Gesamtsumme 4. Quartal
Anleihen (Bund und Sondervermögen)	10,3	–	–	10,3
Bundesobligationen	–	–	–	–
Bundesschatzanweisungen	–	–	12,0	12,0
U-Schätze des Bundes	5,9	5,9	5,9	17,8
Bundesschatzbriefe	0,0	0,2	0,0	0,3
Finanzierungsschätze	0,1	0,1	0,1	0,2
Fundierungsschuldverschreibungen	0,0	–	–	0,0
Ausgleichsfonds Währungsumstellung	–	–	–	–
Schuldscheindarlehen (Bund und Sondervermögen)	2,1	2,7	0,7	5,4
MTN Treuhand	–	0,1	–	0,1
Gesamtes Tilgungsvolumen Bund und Sondervermögen	18,4	9,0	18,7	46,1

Zinszahlungen

	Oktober	November	Dezember	Gesamtsumme 4. Quartal
Zinszahlungen	2,4	0,4	0,9	3,8

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

¹ Einschl. der seit 1999 in die Bundesschuld eingegliederten ehemaligen Sondervermögen Erblastentilgungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen und Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes, einschl. Ausgleichsfonds Währungsumstellung sowie einschl. des ab 2005 eingegliederten Fonds Deutsche Einheit.

Die Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen Entschädigungsfonds und ERP belaufen sich im 1. Quartal 2005 auf rund 46,1 Mrd. €.

Die Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen Entschädigungsfonds und ERP belaufen sich im 4. Quartal 2005 auf rund 3,8 Mrd. €.

Emissionsvorhaben des Bundes im 4. Quartal 2005

Kapitalmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137115 WKN 113 711	Aufstockung	12. Oktober 2005	2 Jahre fällig 14. September 2007 Zinslaufbeginn: 14. September 2005 Erster Zinstermin: 14. September 2006	7 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141471 WKN 114 147	Aufstockung	26. Oktober 2005	5 Jahre fällig 8. Oktober 2010 Zinslaufbeginn: 23. September 2005 Erster Zinstermin: 8. Oktober 2006	5 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135291 WKN 113529	Neuemission	23. November 2005	10 Jahre fällig 4. Januar 2016 Zinslaufbeginn: 25. November 2005 Erster Zinstermin: 4. Januar 2007	8 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141471 WKN 114 147	Aufstockung	30. November 2005	5 Jahre fällig 8. Oktober 2010 Zinslaufbeginn: 23. September 2005 Erster Zinstermin: 8. Oktober 2006	5 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137123 WKN 113 712	Neuemission	14. Dezember 2005	2 Jahre fällig 14. Dezember 2007 Zinslaufbeginn: 14. Dezember 2005 Erster Zinstermin: 14. Dezember 2006	ca. 7 Mrd. €
4. Quartal 2005 insgesamt				ca. 32 Mrd. €

¹ Volumen einschließlich Marktpflegequote.

Geldmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001114841 WKN 111 484	Neuemission	17. Oktober 2005	6 Monate fällig 12. April 2006	6 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001114858 WKN 111 485	Neuemission	14. November 2005	6 Monate fällig 17. Mai 2006	6 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001114866 WKN 111 486	Neuemission	5. Dezember 2005	6 Monate fällig 14. Juni 2006	ca. 6 Mrd. €
4. Quartal 2005 insgesamt				ca. 18 Mrd. €

¹ Volumen einschließlich Marktpflegequote.

Konjunkturentwicklung aus finanzwirtschaftlicher Sicht

Nach dem erfreulich deutlichen Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts im 3. Vierteljahr von preis-, kalender- und saisonbereinigt 0,6 % gegenüber dem Vorquartal deuten die aktuellen Konjunkturindikatoren auf einen guten Start auch in das letzte Quartal dieses Jahres hin. Gleichwohl scheint die gespaltene Entwicklung – dynamischer Außenhandel bei nur gedämpfter Binnennachfrage – bis zum Jahresende anzuhalten, so dass auch die öffentlichen Kassen weiterhin davon beeinträchtigt bleiben. So wiesen die Umsatzsteuereinnahmen im November lediglich ein leichtes Plus gegenüber dem Vorjahr auf, nachdem es in den Vormonaten zu deutlicheren Zuwächsen gekommen war. Hinter dieser Entwicklung dürfte jedoch weniger eine Ausweitung des realen privaten Konsums stehen, sondern vielmehr scheinen die höheren Energiepreise hierzu beigetragen haben, ohne dass in gleichem Maße auf den Konsum anderer Güter verzichtet worden wäre. Der Rückgang der Mineralölsteuereinnahmen signalisiert, dass es bereits Mengeneffekte auf die höheren Preise gibt. Das erneut geringere Lohnsteueraufkommen ist Ergebnis einerseits der letzten Stufe der Steuerreform und andererseits des anhaltenden Rückgangs der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung und damit der Bruttolöhne und -gehälter.

Der Impuls aus dem Außenhandel war im vergangenen Quartal mit einem Wachstumsbeitrag von 0,3 Prozentpunkten – nach einem negativen Beitrag im Vorquartal – wieder positiv. Im Oktober ging die Warenausfuhr zwar leicht zurück, während mehr Waren eingeführt wurden. Aber im aussagekräftigeren Zweimonatsdurchschnitt – September/Oktober gegenüber Juli/August – nahm sowohl der Wert der exportierten als auch der importierten Waren mit

saisonbereinigt 3,3 % bzw. 2,9 % recht kräftig zu. Damit hat sich die Beschleunigung des Aufwärtstrends im Jahresverlauf fortgesetzt. Die Zunahme der Exporte wird weiterhin von der weltwirtschaftlichen Dynamik sowie der verstärkten Nachfrage aus den Öl exportierenden Ländern getragen. Unterstützend wirken darüber hinaus die Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar und die bis ins 3. Quartal anhaltend rückläufigen Lohnstückkosten, so dass sich die Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit im Jahresverlauf verbessert haben. Für das Jahresende sind die Aussichten für die Exportentwicklung aufgrund nochmals kräftig gestiegener Auslandsbestellungen – ihr Wert legte im Zweimonatsvergleich um saisonbereinigt 3,4 % zu –, positiver konjunktureller Perspektiven für wichtige Handelspartnerländer sowie weit über dem langjährigen Durchschnitt liegender ifo-Exporterwartungen unverändert günstig. Die Zunahme der Warenimporte dürfte dagegen insbesondere durch die ölpreisbedingte Verteuerung der Einfuhren geprägt sein; die Entwicklung der Wareneinfuhr in realer Rechnung verläuft daher etwas gedämpfter. Gleichwohl erhöht auch die gestiegene Warenausfuhr den Einfuhrbedarf, da ein Teil der Exporte mit Hilfe importierter Vorleistungsgüter bereitgestellt wird.

Die außenwirtschaftliche Dynamik findet weiterhin auch ihren Niederschlag in der Industrieproduktion, die zuletzt mit saisonbereinigt 1,8 % im Zweimonatsdurchschnitt spürbar anstieg. Die Zunahme resultierte aus allen drei Gütergruppen. Der Anstieg der Industrieumsätze (September/Oktober saisonbereinigt +2,4 %) war wiederum stärker als der Produktionszuwachs selbst. Dabei nahm der Industriegüterumsatz überwiegend auf ausländischen Märkten

Finanzwirtschaftlich wichtige Wirtschaftsdaten

Gesamtwirtschaft/ Einkommen	2004		Veränderung in % gegenüber					
	Mrd. €	ggü. Vorj. %	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahresperiode		
			1.Q.05	2.Q.05	3.Q.05	1.Q.05	2.Q.05	3.Q.05
Bruttoinlandsprodukt								
real	2 119	+ 1,6	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,6	- 0,5	+ 1,6	+ 1,3
nominal	2 216	+ 2,4	+ 0,9	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4	+ 2,1	+ 1,5
Einkommen								
Volkseinkommen	1 658	+ 3,6	+ 1,0	+ 2,0	- 1,0	+ 1,1	+ 2,4	+ 1,4
Arbeitnehmerentgelt	1 134	+ 0,3	+ 0,4	- 0,1	- 0,7	- 0,2	- 0,4	- 0,7
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	524	+ 11,7	+ 2,4	+ 6,3	- 1,7	+ 3,7	+ 8,3	+ 5,7
Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte	1 447	+ 2,1	- 1,3	+ 1,4	- 0,1	+ 0,8	+ 1,9	+ 1,4
Bruttolöhne und -gehälter	912	+ 0,5	+ 0,4	- 0,1	- 0,6	- 0,1	- 0,4	- 0,5
Sparen der privaten Haushalte	154	+ 4,0	- 1,8	+ 0,7	- 1,1	+ 3,7	+ 3,7	+ 2,1

Umsätze/ Auftragseingänge/ Außenhandel	2004		Veränderung in % gegenüber					
	Mrd. € bzw. Index	ggü. Vorj. %	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahresperiode		
(nominal)			Sep 05	Okt 05	2- Monats- durchschnitt	Sep 05	Okt 05	2- Monats- durchschnitt
Umsätze (2000 = 100)								
Industrie ¹	105,2	+ 4,5	+ 2,7	+ 0,5	+ 2,4	+ 6,3	+ 5,9	+ 6,1
Inland ¹	99,4	+ 2,5	+ 2,8	+ 0,7	+ 1,8	+ 3,4	+ 3,5	+ 3,4
Ausland ¹	114,5	+ 7,4	+ 2,7	+ 0,4	+ 3,1	+ 10,4	+ 9,3	+ 9,8
Bauhauptgewerbe (Mrd. €)	79	- 5,2	+ 2,8	-	+ 0,0	- 3,5	-	- 3,6
Einzelhandel (2003 = 100) (mit Kfz. und Tankstellen)	100,6	+ 0,6	- 0,3	- 0,1	+ 0,0	+ 3,1	- 1,0	+ 1,0
Großhandel (2003 = 100) (ohne Kfz.)	105,7	+ 5,8	+ 0,5	- 0,3	+ 1,1	+ 5,6	+ 2,7	+ 4,2
Auftragseingang (2000 = 100)								
Industrie	105,6	+ 7,1	+ 2,9	+ 2,3	+ 2,2	+ 8,4	+ 5,9	+ 7,2
Inland	99,0	+ 5,0	+ 0,4	+ 1,8	+ 0,9	+ 5,7	+ 0,8	+ 3,3
Ausland	113,8	+ 9,5	+ 5,5	+ 2,8	+ 3,4	+ 11,5	+ 11,5	+ 11,5
Bauhauptgewerbe	74,6	- 5,7	- 2,9	-	+ 5,6	+ 3,8	-	+ 6,0
Außenhandel (Mrd. €)								
Waren-Exporte	732	+ 10,1	+ 2,4	- 0,6	+ 3,3	+ 12,7	+ 7,2	+ 9,9
Waren-Importe	575	+ 7,7	- 1,4	+ 3,1	+ 2,9	+ 9,6	+ 9,4	+ 9,5

Arbeitsmarkt	2004		Veränderung in Tsd. gegenüber					
	Personen Mio.	ggü. Vorj. %	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahresperiode		
			Sep 05	Okt 05	Nov 05	Sep 05	Okt 05	Nov 05
Erwerbstätige, Inland	38,86	+ 0,4	+ 32	+ 15	-	- 3	+ 9	-
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	4,38	+ 0,1	+ 41	- 29	- 53	+ 393	+ 349	+ 274

Preisindizes	2004		Veränderung in % gegenüber					
	Index	ggü. Vorj. %	Vorperiode			Vorjahresperiode		
2000 = 100			Sep 05	Okt 05	Nov 05	Sep 05	Okt 05	Nov 05
Importpreise	97,2	+ 1,0	+ 0,5	+ 0,4	-	+ 5,1	+ 4,3	-
Erzeugerpreise								
gewerbl. Produkte	105,8	+ 1,6	+ 0,4	+ 0,7	- 0,1	+ 4,9	+ 4,6	+ 5,0
Verbraucherpreise	106,2	+ 1,6	+ 0,4	+ 0,0	- 0,5	+ 2,5	+ 2,3	+ 2,3

ifo-Geschäftsklima		saisonbereinigte Salden						
Verarbeitendes Gewerbe Deutschland (ohne Nahrungs- und Genuss- mittelindustrie)		Mai 05	Jun 05	Jul 05	Aug 05	Sep 05	Okt 05	Nov 05
Klima	- 4,9	- 4,7	+ 0,4	+ 0,0	+ 2,2	+ 7,7	+ 6,4	+ 9,7
Geschäftslage	- 4,8	- 4,1	- 1,7	- 5,1	+ 1,4	+ 6,4	+ 4,9	+ 7,5
Geschäftserwartungen	- 5,0	- 5,3	+ 2,5	+ 5,2	+ 3,0	+ 9,0	+ 7,9	+ 12,0

¹ Veränderungen gegenüber Vorjahr aus saisonbereinigten Zahlen berechnet.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo-Institut.

zu, sowohl im Inland als auch im Ausland am kräftigsten bei den Investitionsgütern. Die steil nach oben gerichtete Grundtendenz des Werts der Auftragseingänge (saisonbereinigt + 2,2% im Zweimonatsvergleich), zu der in den letzten sechs Monaten in Folge ein überdurchschnittliches Volumen an Großaufträgen beigetragen hat, signalisiert auch für das 4. Quartal eine lebhafte Produktionstätigkeit und Umsatzentwicklung, deren Dynamik sich aber weiterhin hauptsächlich aus dem Ausland speist. Im Inland resultierte der Zuwachs aus den gestiegenen Auftragseingängen für die hinsichtlich des weiteren Konjunkturverlaufs wichtigen Vorleistungs- und Investitionsgüter (jeweils + 1,9 %), während die Order für Konsumgüter zurückgingen (- 2,2%). Die entsprechenden Komponenten des Einkaufsmanagerindex weisen ebenfalls auf weitere Anstiege dieser Indikatoren im November hin. Darüber hinaus verbessert sich das ifo-Geschäftsklima seit dem Frühjahr trendmäßig, was sowohl die Lageeinschätzung als auch die Erwartungen der Unternehmen betrifft.

Der wesentliche Grund für die schwierige Situation der öffentlichen Finanzen ist in der unverändert ernsten Arbeitsmarktlage, insbesondere dem anhaltenden Rückgang der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, sowie der schwachen Nachfrage seitens der privaten Haushalte zu finden. Während Erstere einen wesentlichen Einfluss auf die Entwicklung der Lohnsteuer, aber auch der Einnahmen in den Sozialversicherungen hat, ist das Umsatzsteueraufkommen eng an die Entwicklung der Privaten Konsumausgaben in nominaler Rechnung geknüpft. Der private Konsum war in den ersten drei Quartalen dieses Jahres rückläufig, zuletzt mit einem Rückgang von preis- und saisonbereinigt 0,2 % gegenüber dem Vorquartal. Eine Wende zum Positiven ist im Schlussquartal, auch unter Berücksichtigung des Weihnachtsgeschäfts, kaum zu erwarten. So ging der Wert der Einzelhandelsumsätze (inkl. Kfz und Tankstellen) im Oktober saisonbereinigt leicht zurück; im

Zweimonatsvergleich stagnierte er. Die Stimmung der Einzelhändler gemäß ifo-Geschäftsklima kann im Jahresverlauf allenfalls als leicht aufwärts gerichtet beschrieben werden, und das GfK-Konsumklima ist unverändert seitwärts gerichtet.

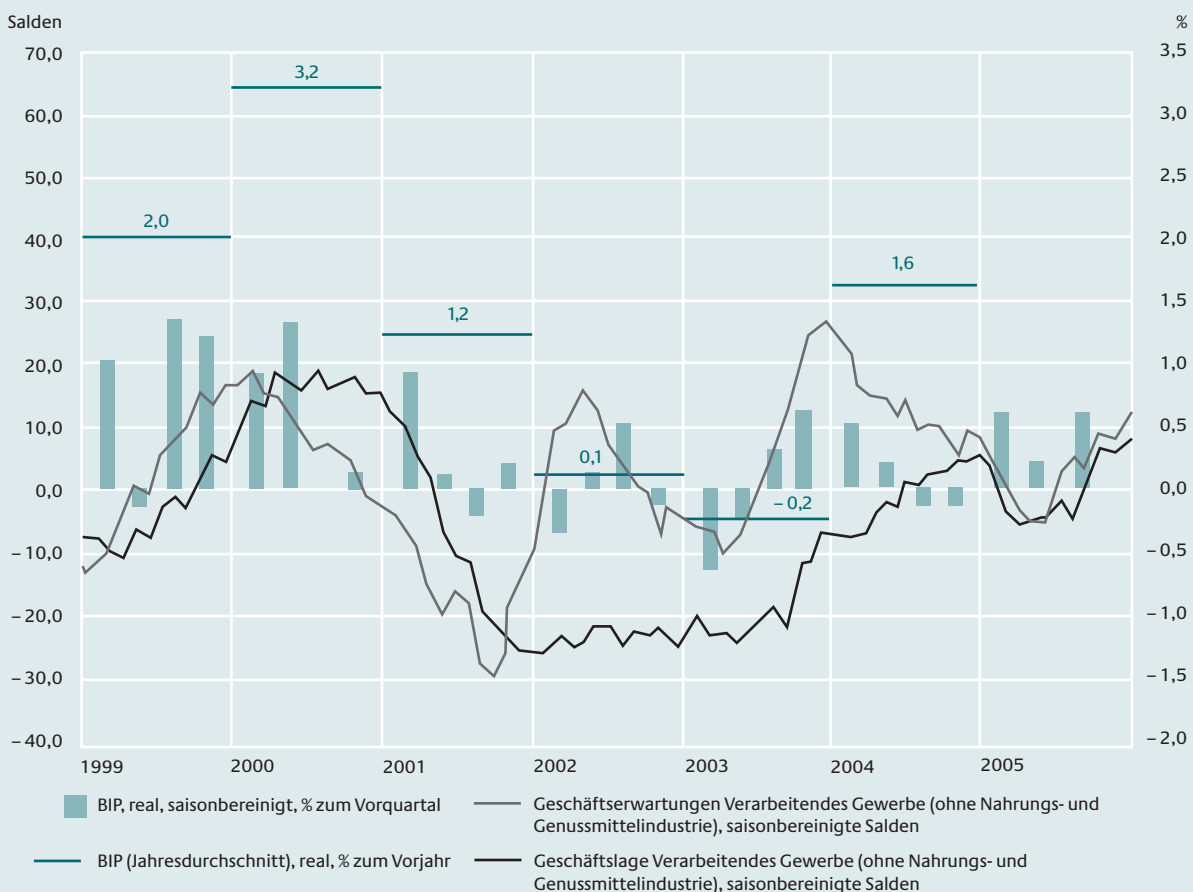
Auf dem Arbeitsmarkt gibt es zwar einige positive Signale, aber insgesamt sind die Fortschritte noch schwach bzw. beruhen teilweise lediglich auf statistischen Effekten, so dass daraus noch kein Beitrag zur Belebung der Privaten Konsumausgaben und der öffentlichen Einnahmen resultieren dürfte. Wie schon in den vorangegangenen Monaten haben sich weniger Personen aus Erwerbstätigkeit arbeitslos gemeldet als vor einem Jahr, und es konnten mehr Personen aus den Arbeitsgelegenheiten heraus eine Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt aufnehmen. Gleichzeitig hat sich das ungeforderte Stellenangebot weiter erhöht. Die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl ist im November um 53 000 Personen im Vergleich zum Vormonat zurückgegangen (saisonbereinigte Arbeitslosenquote - 0,1 Prozentpunkte auf 11,5 %). Diese Abnahme dürfte allerdings zum einen aufgrund der vergleichsweise milden Witterung und der um etwa eine Woche früheren Zählung um bis zu 30 000 Personen überzeichnet sein, mit der Folge, dass sich der Aufbau saisonaler Arbeitslosigkeit nun stärker in den Dezember verschieben könnte. Zum anderen dürfte der darüber hinausgehende Rückgang in etwa die Größenordnung widerspiegeln, die auf weitere Effekte der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe und weniger auf eine originäre Verbesserung der Arbeitsmarktlage zurückzuführen ist. Nach Ursprungszahlen waren im November 4,53 Mio. Personen arbeitslos gemeldet, 274 000 mehr als vor einem Jahr (Arbeitslosenquote + 0,6 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr auf 10,9 %). Der Vorjahresabstand kann mittlerweile allein mit Sondereffekten infolge des Hartz-IV-Effekts erklärt werden. Der quantifizierbare Effekt lag im November bei etwa 340 000 Personen.

Die Zahl der Erwerbstätigen mit Arbeitsort Deutschland (Inlandskonzept) erhöhte sich im Oktober saisonbereinigt gegenüber dem Vormonat um 15 000 Personen, nach monatsdurchschnittlichen Zuwächsen von etwa 32 000 in den vier Monaten zuvor. Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Zahl der erwerbstätigen Personen kaum verändert (+ 9 000 Erwerbstätige). Dabei gab es gegensätzliche Entwicklungen: Während sich die Zahl der Selbstständigen gegenüber dem Vorjahr erhöhte und Tätigkeiten in Arbeitsgelegenheiten weiter ausgedehnt wurden, hat sich die Expansion der geringfügig entlohten Beschäftigung in einen Rückgang verkehrt (September – 88 000 Minijobs gegenüber Vorjahr). Darüber hinaus ist die voll sozialversicherungspflichtige Beschäftigung bis in den September

hinein gegenüber dem Vorjahr immer noch deutlich zurückgegangen. Dazu hat nicht zuletzt das Auslaufen bestimmter Arbeitsmarktmaßnahmen beigetragen. Die sich abzeichnende Belebung der Investitionstätigkeit im Verarbeitenden Gewerbe sowie die auf einen verhaltenen Beschäftigungsaufbau deutende Beschäftigungskomponente des Einkaufsmanagerindex geben Hoffnung, dass es nach und nach zu einer Entlastung des Arbeitsmarktes kommt.

Der Preisniveauanstieg in Deutschland hält sich, trotz des gestiegenen Niveaus der Energiepreise, insgesamt in Grenzen. Die Jahresteuerraten haben zwar weiter zugelegt, im Oktober bzw. November jedoch weniger stark als zuvor. Hauptverantwortlich dafür ist eine immer noch kräftige, wenngleich etwas schwächere

BIP-Wachstum und ifo-Geschäftsklima



Zunahme des Rohölpreises gegenüber dem Vorjahr (Sorte Brent in Euro September: + 43,8 %, Oktober: + 21,6 %). So lag der Index der Einfuhrpreise im Oktober (+ 4,3 % gegenüber Vorjahr) deutlich unter den Teuerungsraten von Juli bis September. Der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte stieg im November mit 5,0 % gegenüber dem Vorjahr zwar so stark wie seit über 23 Jahren nicht mehr. Dieser hohe Wert beruht allerdings auf einem Basiseffekt; gegenüber dem

Vormonat ging der Index geringfügig um 0,1 % zurück. Auf der Verbraucherstufe lag der Preisindex im November wie auch schon einen Monat zuvor um 2,3 % über dem Vorjahr und damit unter dem Höchstwert von September (+ 2,5 %). Da die Verbraucher jedoch mit deutlichen Nachzahlungen von Betriebskosten im nächsten Jahr rechnen müssen, dürfte der Preisauftrieb der Haushaltsenergie weiter anhalten und so die Kaufkraft und damit den privaten Konsum dämpfen.

Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

Rückblick auf den ECOFIN-Rat am 6. Dezember 2005 in Brüssel

Wirtschaftsreformen

– WPA-Bericht zu den Herausforderungen der Globalisierung

Der ECOFIN-Rat nahm Schlussfolgerungen zum Bericht des Wirtschaftspolitischen Ausschusses (WPA) über die „Herausforderungen der Globalisierung“ an. Eine erste Debatte hierzu hatte auf dem informellen ECOFIN im September 2005 stattgefunden.

Die Ratsschlussfolgerungen unterstreichen die im Bericht identifizierten Herausforderungen in den Politikfeldern „Arbeitsmarkt“ (Flexibilisierung der Arbeitsmärkte) und „Gütermarkt“ (Vollendung des Binnenmarktes, Verbesserung der unternehmerischen Rahmenbedingungen, Öffnung der europäischen Märkte). Im Bereich öffentlicher Finanzen wird die Bedeutung eines effizienten Ressourceneinsatzes zur Finanzierung wachstumsfördernder Investitionen betont. Mitgliedstaaten und EU werden eng

bei der Entwicklung und Implementierung entsprechender Reformen zusammenarbeiten. Die Debatte wird im ECOFIN-Rat unter österreichischer Präsidentschaft fortgesetzt.

– WPA-Bericht zu den Lissabon-Reformprogrammen

Der ECOFIN-Rat nahm Schlussfolgerungen zum Bericht des WPA über die „Nationalen Lissabon-Reformprogramme“ der Mitgliedstaaten an. Der Bericht des WPA nimmt als strukturpolitischer Teil der „Multilateralen Überwachung“ eine erste (horizontale) Evaluierung der Reformprogramme auf Grundlage der vom Europäischen Rat im März 2005 beschlossenen Neuausrichtung bzw. Fokussierung der Lissabon-Strategie auf Wachstum und Beschäftigung vor.

Die Ratsschlussfolgerungen heben die im Bericht des WPA identifizierten Herausforderungen für die Mitgliedstaaten (Nachhaltigkeit öffent-

licher Finanzen, Reform der Arbeitsmärkte, Förderung von Wissen und Innovation) sowie für die Lissabon-Strategie (Vollendung des Binnenmarktes, bessere Rechtsetzung) hervor. Die vollständige Implementierung der nationalen Reformen bildet dabei den Schlüssel für einen langfristigen wirtschaftlichen Erfolg der EU. Wichtig ist neben einer Einbindung nationaler Akteure – etwa der Sozialpartner – in die Strategie eine effiziente und partnerschaftliche Evaluierung der Umsetzung durch Mitgliedstaaten und Kommission.

Die EU-Kommission wird im Januar 2006 einen ersten „Fortschrittsbericht zur Lissabon-Strategie“ vorlegen. Im März 2006 ist eine Befassung des Europäischen Rates im Lichte der Schlussfolgerungen von 2005 vorgesehen.

Bessere Rechtsetzung

Nach den Schlussfolgerungen des November-ECOFIN zur „Gemeinsamen Messmethode administrativer Lasten für Unternehmen durch EU-Gesetzgebung“ hoben die Minister erneut die Bedeutung der 2005 von luxemburgischer Präsidentschaft ins Leben gerufenen Initiative „Bessere Rechtsetzung“ hervor. Grundlage war das gemeinsame Papier der britischen sowie der zukünftigen österreichischen und finnischen Präsidentschaften, welches die bisherigen Ergebnisse der Initiative (u. a. Kommissions-Leitlinien zur Gesetzesfolgenabschätzung, Rechtsvereinfachungsprogramm der Kommission) zusammenfasst sowie künftigen Handlungsbedarf (u. a. Implementierung des Rechtsvereinfachungsprogramms, Prüfung von Alternativen zur Regulierung) skizziert.

Minister Steinbrück unterstrich die Bedeutung der Initiative. Es handle sich um eine der wichtigsten Maßnahmen, um mehr Flexibilität und Wettbewerbsfähigkeit in Europa zu erreichen sowie die Lissabon-Strategie umzusetzen. Vor allem die Kommission solle die Initiative als eigene Aufgabe annehmen (Top-Down-Ansatz). Ein Übermaß an Bürokratie führe zu einer kriti-

schen Haltung der Öffentlichkeit gegenüber der EU und gefährde somit deren politische Legitimation in der Bevölkerung.

Der ECOFIN-Rat wird die Initiative „Bessere Rechtsetzung“ unter österreichischer und finnischer Präsidentschaft fortführen.

Steuern

– Ermäßigte Mehrwertsteuersätze

Der ECOFIN-Rat setzte seine zuletzt im November 2005 geführte Debatte zur Frage ermäßigter Mehrwertsteuersätze fort. Die Minister konnten erneut keine Einigung auf den von der britischen Präsidentschaft vorgelegten Kompromissvorschlag erzielen. Der Kompromissvorschlag sieht u. a. vor, den Anwendungsbereich der territorialen Sondersätze sowie der Null- und stark ermäßigten Mehrwertsteuersätze unverändert beizubehalten, den Anwendungsbereich der ermäßigten Mehrwertsteuersätze auszudehnen sowie das zum 31. Dezember 2005 auslaufende Experiment „Arbeitsintensive Dienstleistungen“ fortzusetzen.



Minister Steinbrück unterstrich die bisherige deutsche Position. Deutschland setze sich grundsätzlich für einen Subventionsabbau ein – reduzierte Mehrwertsteuersätze für einzelne Sektoren wirkten dagegen wie Subventionen. Der Kompromissvorschlag der britischen Präsidentschaft führe weder zu einer Vereinfachung noch zu einer Harmonisierung der europäischen MwSt-Gesetzgebung. Minister Steinbrück zeigte sich offen für eine Befassung des Europäischen Rates.

Die Verhandlungen werden zunächst auf dem Europäischen Rat am 15./16. Dezember 2005

fortgesetzt. Gegebenenfalls wird der ECOFIN erneut im Januar 2006 befasst. Der Vorsitz schlussfolgerte informelles Einverständnis, bis zu einer Lösung keine rechtlichen Schritte (Vertragsverletzungsverfahren) einzuleiten.



– Bericht der Gruppe „Verhaltenskodex“

Der ECOFIN-Rat verwies den Bericht der Gruppe „Code of Conduct (Verhaltenskodex)“ über die Bekämpfung von unfairer Steuerwettbewerb im Unternehmensteuerbereich zurück in die Gruppe. Die Gruppe soll erneut versuchen, Konsens über die Bewertung des Berichts bezüglich der Regelung Ungarns bei der Besteuerung von Zinszahlungen verbundener Unternehmen zu erzielen.

Finanzdienstleistungen

Kommissar Mc Creevy stellte den Ministern das Kommissions-Weißbuch zur Finanzdienstleistungspolitik 2005 bis 2010 vor. Das Weißbuch bestätigt die wesentlichen Inhalte des im Oktober 2005 vom ECOFIN-Rat in Schlussfolgerungen gebilligten Kommissions-Grünbuchs vom Mai 2005. Kommissar Mc Creevy unterstrich die Bedeutung eines europäischen Finanz Binnenmarktes für Arbeitsplätze und Wachstum und damit für die Lissabon-Strategie. Priorität haben die fristgerechte und konsistente Umset-

zung von EU-Richtlinien des „Financial Services Action Plan“ in nationales Recht, bessere Rechtsetzung, die Berücksichtigung der Interessen von Verbrauchern und Finanzwirtschaft sowie die Konvergenz der nationalen Finanzmarktaufsicht.

Bekämpfung des Terrorismus

Der ECOFIN-Rat erzielte politisches Einvernehmen zum Verordnungsentwurf „Übermittlung von Angaben über den Auftraggeber bei Geldtransfers“. Ziel der Verordnung ist die Verhinderung der Terrorismusfinanzierung durch Sicherstellung lückenloser Rückverfolgbarkeit von Geldtransfers durch Zahlungsverkehrsdienstleister. Die Verordnung ist Teil des seit September 2001 weiterentwickelten „Aktionsplans zur Bekämpfung des Terrorismus“.

Der ECOFIN-Rat nahm zudem den weiterentwickelten „Aktionsplan zur Bekämpfung des Terrorismus“ zustimmend zur Kenntnis.

Ölmarkt

Im Nachgang zum informellen ECOFIN vom September 2005 diskutierte der Rat die Entwicklungen auf dem Öl- und Energiemarkt im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung in den Mitgliedstaaten. Hervorgehoben wurde die Bedeutung einer gemeinsamen Energiemarktpolitik in der EU sowie die Notwendigkeit einer Verbesserung der Transparenz bei Ölmarktdaten, der Verbesserung der Energieeffizienz, der Verbesserung der Versorgungssicherheit bei Öl und Gas sowie die Notwendigkeit einer Erschließung alternativer Energiequellen. Die Debatte wird unter österreichischer Präsidentschaft fortgesetzt.

Einigung zur Finanziellen Vorausschau 2007 bis 2013 auf dem Europäischen Rat vom 15./16. Dezember 2005 in Brüssel

Nach langen und harten Verhandlungen haben sich die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union auf dem Europäischen Rat am 15./16. Dezember 2005 auf einen Finanzrahmen für den EU-Haushalt für die Periode 2007 bis 2013 geeinigt. Diese Finanzielle Vorausschau sieht ein maximales Ausgabevolumen in Höhe von rd. 862 Mrd. € (Verpflichtungsermächtigungen in Preisen 2004) und damit 1,045 % des EU-BNE (Bruttonationaleinkommen) vor. Der im Juni gescheiterte Verhandlungsvorschlag der luxemburgischen Präsidentschaft war noch von 871 Mrd. € und damit 1,06 % des EU-BNE ausgegangen. Zum Vergleich: Der Vorschlag der EU-Kommission lag bei rd. 1000 Mrd. € (1,21 % des EU-BNE).

Im Mittelpunkt der Debatte hatten bis zuletzt der britische Beitragsrabatt und die Zukunft der EU-Agrarpolitik gestanden. Der Durchbruch kam, nachdem sich Großbritannien bereit erklärte, die im Britenrabatt bisher enthaltene Kompensation auf die Kosten der Erweiterung bis 2013 schrittweise abzubauen, was einer Reduzierung von insgesamt rd. 10,5 Mrd. € entspricht. Ab 2013 soll der Britenrabatt nur noch für die britischen Nettolasten aus Kosten für die „alten“ Mitgliedstaaten und die Agrarausgaben in den Beitrittsländern gewährt werden. Großbritannien bekennt sich damit zu seiner Verantwortung, sich an den Kosten der EU-Erweiterung zu beteiligen. Im Gegenzug soll ab 2008 auf Basis eines Berichtes der Europäischen Kommission eine Diskussion über eine umfassende Modernisierung des EU-Budgets und damit verbundene Reformen u. a. auch im Agrarbereich geführt werden.

Großes Augenmerk lag außerdem auf dem zweiten großen Ausgabenbereich, der Struktur- und Kohäsionspolitik. Hier sind bis 2013 insgesamt 307 Mrd. € vorgesehen, wovon die neuen

Mitgliedstaaten rd. 157 Mrd. € erhalten sollen. Dies stellt einen Rückgang in Höhe von 5 Mrd. € gegenüber dem Luxemburger Präsidentschaftsvorschlag vom Juni dar, wird jedoch durch günstigere Abfluss- und Kofinanzierungsregelungen für die neuen Mitgliedstaaten kompensiert.

Auf der Einnahmenseite des EU-Haushaltes werden die großen Nettozahler künftig stärker entlastet. So reduziert sich der deutsche Finanzierungsbeitrag durch eine Senkung des Abrufsatzes für die MwSt-Eigenmittel von 0,30 % auf 0,15 % um durchschnittlich rd. 1 Mrd. € jährlich. Österreich, Schweden und die Niederlande erhalten ebenfalls Rabatte auf ihre Beiträge.

Bei der künftigen Finanzierung des Europäischen Entwicklungsfonds gelang es darüber hinaus, den deutschen Beitragsschlüssel gegenüber dem luxemburgischen Kompromissvorschlag weiter abzusenken. Damit liegt der Anteil Deutschlands am Europäischen Entwicklungsfonds wieder unterhalb seines BNE-Anteils.

Eine abschließende Bewertung der finanzpolitischen Auswirkungen aus deutscher Sicht wird erst nach Abschluss der jetzt anstehenden Verhandlungen des Rates mit dem Europäischen Parlament möglich sein. Schon jetzt lässt sich allerdings festhalten, dass es notwendig und letztlich erfolgreich war, dass die Bundesrepublik seit Beginn der Verhandlungen gemeinsam mit den anderen großen Nettozahlern konsequent für mehr Haushaltsdisziplin und eine Begrenzung der Nettolasten eingetreten ist. Mit einem Gesamtvolumen von 1,045 % des EU-BNE und der vorgesehenen Entlastung des deutschen Finanzierungsbeitrags trägt die vom Europäischen Rat erzielte Einigung den Konsolidierungserfordernissen der Haushalte in den Mitgliedstaaten Rechnung.

Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober 2005

Das Bundesministerium der Finanzen legt eine Zusammenfassung über die Haushaltsentwicklung der Länder für Januar bis einschließlich Oktober 2005 vor.

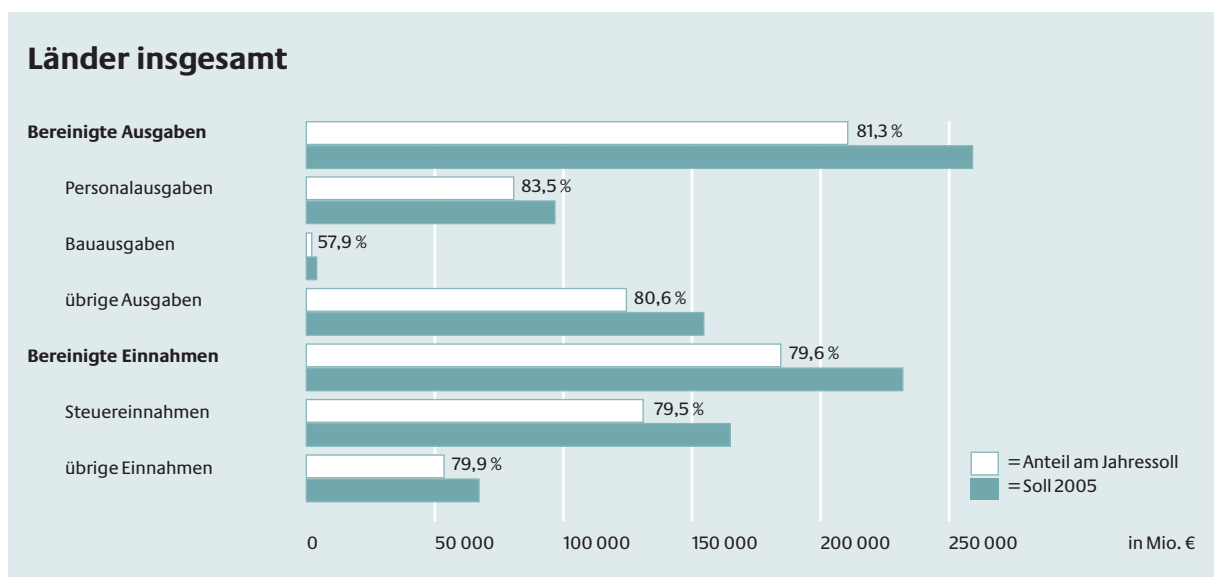
Die Ausgaben der Länder insgesamt sind bis einschließlich Oktober 2005 moderat um +0,6 % auf 210,7 Mrd. € gestiegen. Die Haushaltsplanungen der Länder insgesamt sehen für das Jahr 2005 einen Zuwachs der Ausgaben um +1,3 % auf 259,3 Mrd. € vor. Die ostdeutschen Flächenländer konnten ihre Ausgaben um –1,0 % zurückführen, in den westdeutschen Flächenländern stiegen die Ausgaben um 0,7 % und in den Stadtstaaten um 2,7 %.

Die Einnahmen der Länder insgesamt haben sich im Berichtszeitraum weiter positiv entwickelt. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum stiegen sie um +1,6 % auf insgesamt 184,8 Mrd. €. Der Zuwachs fiel in den Stadtstaaten mit +3,9 % höher aus als in den Flächenlän-

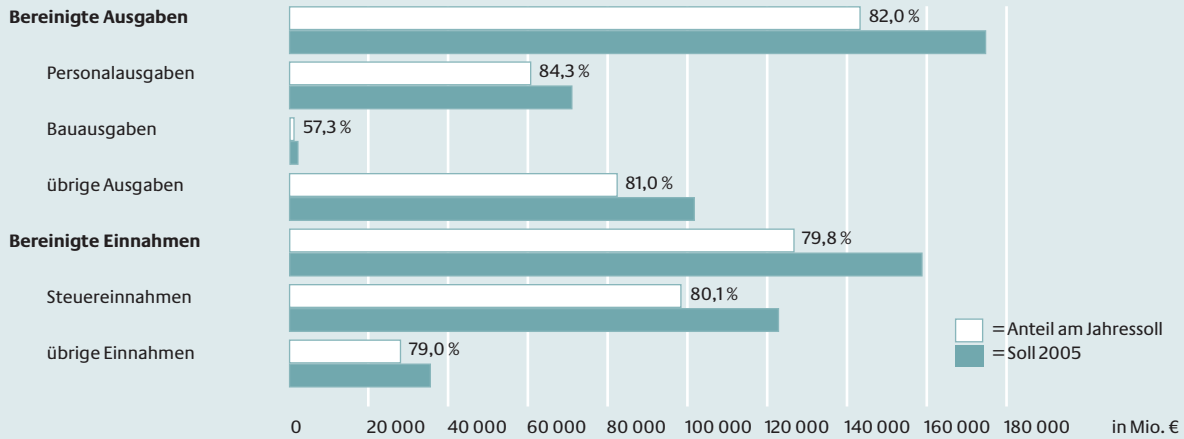
dern West (+1,7 %), in den Flächenländern Ost stagnierten die Einnahmen.

Rückläufig entwickelten sich die Steuereinnahmen der Länder insgesamt. Im Berichtszeitraum sanken sie um –0,7 %. Nur die Flächenländer West verzeichneten einen geringen Zuwachs um +0,4 %. In den Flächenländern Ost fielen die Steuereinnahmen um –4,7 % und in den Stadtstaaten um –3,4 % niedriger aus als im Vorjahreszeitraum.

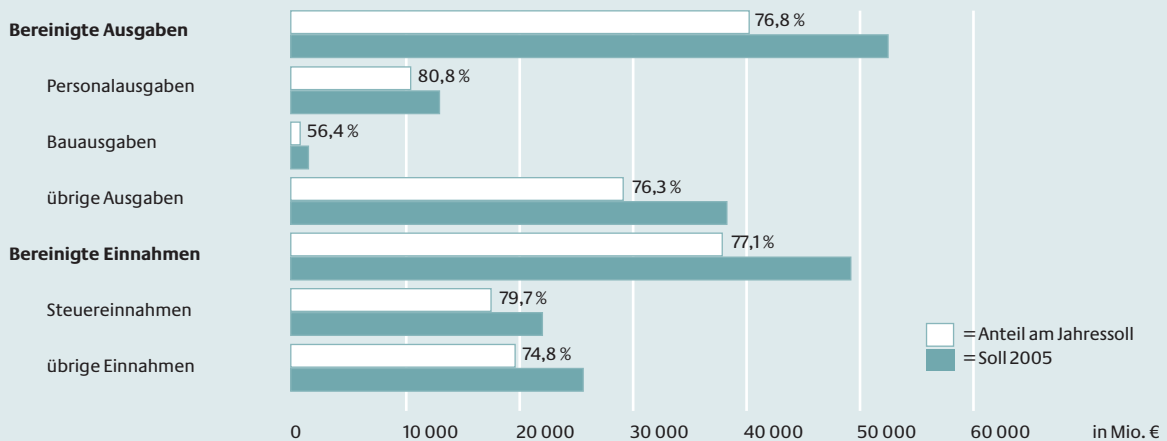
Das Finanzierungsdefizit der Länder insgesamt stieg im Oktober im Vergleich zum Vormonat um 5,3 Mrd. € und betrug am Monatsende 26,0 Mrd. €. Es liegt jedoch damit rund 1,6 Mrd. € niedriger als das Finanzierungsdefizit im Vorjahreszeitraum und rund 1,1 Mrd. € unter den Planungen (27,1 Mrd. €). Gesicherte Schlussfolgerungen für das voraussichtliche Jahresergebnis können hieraus allerdings noch nicht gezogen werden.



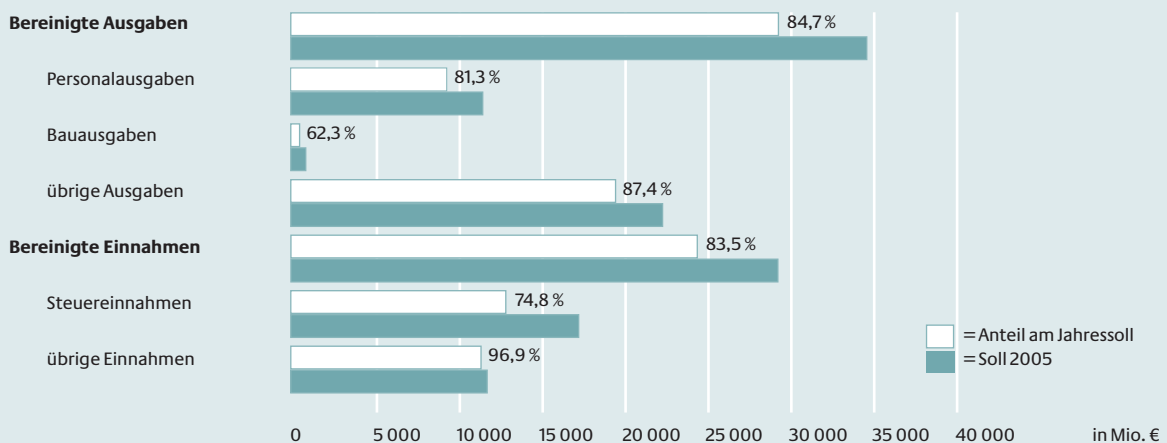
Flächenländer West



Flächenländer Ost



Stadtstaaten



Termine

Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

- 11. bis 13. Januar 2006 – Reise von Bundesfinanzminister Steinbrück nach Russland und Finnland
- 23./24. Januar 2006 – Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel
- 13./14. Februar 2006 – Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel
- 22. Februar 2006 – Kabinettsvorlage Bundeshaushalt 2006

Hinweis auf Veröffentlichungen

Das Bundesministerium der Finanzen hat folgende Publikation neu herausgegeben:

Fachblick – Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich
(Ausgabe 2005)

Diese und andere Publikationen können kostenfrei bestellt werden beim

Bundesministerium der Finanzen
– Referat Bürgerangelegenheiten –
Wilhelmstraße 97
10117 Berlin

telefonisch: 0 18 88 / 80 80 800 (0,12 €/Min.)
per Telefax: 0 18 88 / 10 80 80 800 (0,12 €/Min.)

Internet: <http://www.bundesfinanzministerium.de> oder
<http://www.bmf.bund.de>

Veröffentlichungskalender der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten (nach IWF-Standard SDDS)

Monatsbericht Ausgabe	Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
2006		
Januar	Dezember 2005	27. Januar 2006
Februar	Januar 2006	22. Februar 2006
März	Februar 2006	22. März 2006
April	März 2006	21. April 2006
Mai	April 2006	22. Mai 2006
Juni	Mai 2006	21. Juni 2006
Juli	Juni 2006	20. Juli 2006
August	Juli 2006	21. August 2006
September	August 2006	21. September 2006
Oktober	September 2006	20. Oktober 2006
November	Oktober 2006	20. November 2006
Dezember	November 2006	21. Dezember 2006



Analysen und Berichte

Die finanz- und wirtschaftspolitischen Leitlinien der neuen Bundesregierung	37
Wirtschaftslage: Finanz- und Wirtschaftspolitik in wichtigen Volkswirtschaften	45
Bevölkerungsalterung und Staatsausgaben: Vorbereitung neuer Langfristrechnungen für die Mitgliedstaaten der EU	61
Erweiterungspaket und -strategie der EU-Kommission	67
Die Abgaben auf Fahrzeuge in Europa im Jahr 2005	75

Die finanz- und wirtschaftspolitischen Leitlinien der neuen Bundesregierung

1	Konsolidierung und Wachstum	37
2	Finanzmärkte und -dienstleistungen	41
3	Föderalismusreform	42

Im Folgenden werden die wesentlichen Vereinbarungen des Koalitionsvertrages der Regierungsparteien dargestellt, die die Leitlinien der Finanz- und Wirtschaftspolitik der Bundesregierung in dieser Legislaturperiode vorgeben.

1 Konsolidierung und Wachstum

Zentrale Aufgabe einer verantwortungsvollen Finanzpolitik ist die nachhaltige Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Hierbei geht es um weit mehr als um die Erfüllung nationaler und europäischer Vorgaben. Nur mit tragfähigen öffentlichen Haushalten werden wir die Herausforderung der demografischen Entwicklung und der Globalisierung meistern. Ein Aufschub würde nur zu weiter steigenden Schulden und noch größeren strukturellen Anpassungslasten führen. Die Tragfähigkeit und Qualität der öffentlichen Finanzen zu verbessern, ist deshalb nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund der Generationengerechtigkeit unabdingbar.

Das Maßnahmenpaket der Bundesregierung verfolgt zwei Ziele, die beide unverzichtbar für nachhaltig solide öffentliche Finanzen sind:

- strukturelle Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, insbesondere auch durch weitere Reformen der sozialen Sicherungssysteme, und
- dauerhaft höheres Wachstum mit höherer Beschäftigung durch gezielte Wachstumsimpulse und Stärkung des Wachstumspotenzials.

Bund, Länder und Gemeinden stehen dabei gemeinsam in der Pflicht, die öffentlichen Haushalte strukturell zu konsolidieren und die

chronischen Ungleichgewichte zwischen den laufenden Ausgaben und Einnahmen dauerhaft zu beseitigen. Das Vertrauen von Verbrauchern und Investoren kann nur zurückgewonnen werden, wenn die öffentlichen Haushalte solide finanziert sind.

Die Bundesregierung wird die Aufgabe der strukturellen Konsolidierung des Bundeshaushalts mit großer Entschlossenheit angehen:

- Alle Maßnahmen des Koalitionsvertrages stehen unter Finanzierungsvorbehalt.
- Erste Maßnahmen zur Konsolidierung wurden von der Bundesregierung bereits beschlossen: Beispiele hierfür sind die Beschränkung der Verlustverrechnung aus Steuerstundungsmodellen nach dem 10. November 2005 und die Abschaffung der Eigenheimzulage zum 1. Januar 2006.
- Das Gros der Maßnahmen wird im Jahr 2007 greifen. Dann wird es gelingen, sowohl die verfassungsrechtliche Verschuldungsgrenze als auch die Regeln des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes wieder einzuhalten.

Konsolidierung durch Einsparungen...

Um das erforderliche Konsolidierungsvolumen zu erreichen, muss die Aufgaben- und Ausgabendynamik der letzten Jahrzehnte gestoppt werden. Nicht alles, was wünschenswert erscheint, kann der Staat bereitstellen. Zunächst müssen alle vorhandenen Einsparpotenziale auf der Ausgabenseite angegangen werden. Auch seit langem bestehende Ausgabenpositionen

sind auf ihre Notwendigkeit hin zu überprüfen. Neue finanzwirksame Vorhaben müssen prinzipiell durch neue Prioritätensetzung gegenfinanziert werden.

Gesetzliche Leistungsansprüche müssen ebenfalls hinterfragt werden. Das bedeutet im Einzelnen u. a.:

- Im Bereich der Grundsicherung („Hartz IV“) werden 3 Mrd. € (2006) bzw. 4 Mrd. € (ab 2007) jährlich eingespart. Damit wird die erhebliche Dynamik der Arbeitsmarktausgaben gebrochen.
- Die Ausgaben der öffentlichen Verwaltung werden um 1 Mrd. € jährlich reduziert.
- Durch gezielte Einsparungen bei einzelnen Fördertatbeständen (Regionalisierungsmittel, Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Wirtschaftsförderung“, Landwirtschaft) werden 1 Mrd. € bis 1,4 Mrd. € jährlich erbracht.
- Im Bereich der Gesetzlichen Krankenversicherung werden die Zuweisungen aus dem Bundeshaushalt schrittweise auf null reduziert.

... und durch Stabilisierung der Einnahmenseite

Für eine erfolgreiche strukturelle Konsolidierung sind die Beseitigung steuerlicher Gestaltungsmöglichkeiten und der Abbau unnötiger Steuervergünstigungen von zentraler Bedeutung. Bei den Steuervergünstigungen sind u. a. folgende Maßnahmen geplant bzw. bereits umgesetzt:

- Abschaffung der Eigenheimzulage für Neufälle ab 2006;
- Beschränkung der Verlustverrechnung aus Steuerstundungsmodellen;
- Entfernungspauschale erst ab dem 21. Kilometer;
- Reduzierung des Sparerfreibetrags (von 1370 €/2740 € auf 750 €/1500 € jeweils für Alleinstehende oder Verheiratete);
- Ordnungspolitische Quotenlösung für Bio-kraftstoffe anstelle steuerlicher Förderung.

Insgesamt führen die beabsichtigten Maßnahmen in 2007 zu einer Entlastung des Bundes in Höhe von rd. 4 Mrd. €, die in den Folgejahren weiter aufwächst (2009: rd. 7 Mrd. €). Generell muss ein Umdenken einsetzen: Stärker als bisher muss geprüft werden, ob anstelle der steuerlichen Subventionierung andere gesamtwirtschaftlich effiziente Alternativen zur Verfügung stehen, die die angestrebte Wirkung erzielen.

Es gilt aber auch, vorhandene Steuerquellen – nicht zuletzt im Interesse größtmöglicher Steuergerechtigkeit – generell effektiver auszuschöpfen und Besteuerungsrechte konsequent durchzusetzen. Umsatzsteuerbetrug muss noch stärker bekämpft werden. Die notwendigen Kontrollen sind hierfür noch stärker zu koordinieren. Um den organisierten Steuerbetrug „an der Quelle“ zu unterbinden, wird die generelle Einführung des „Reverse-charge-Modells“ angestrebt. Die Bundesregierung wird sich dafür einsetzen, hierfür auf EU-Ebene die rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen.

Gemeinsam mit den Ländern wird sich die Bundesregierung um einen effizienteren Steuervollzug bemühen mit dem Ziel, steuerehrliches Verhalten zu honorieren, Missbrauch und Steuerkriminalität entschlossen zu bekämpfen und die Vollzugsabläufe weiter kosten- und ressourcenschonend zu optimieren. Dazu gehören auch Maßnahmen, die eine Stärkung der Rechtsposition des Bundes im Bereich der Auftragsverwaltung zum Ziel haben. Die Vereinbarungen im Koalitionsvertrag zur Reform des Föderalismus bieten hierzu eine gute Basis.

Die auf der Ausgabenseite möglichen Einsparungen sowie die Maßnahmen zum Abbau von Steuervergünstigungen und eine bessere Ausschöpfung der Steuerquellen reichen insbesondere in der kurzen Frist nicht aus, die strukturelle Lücke in den öffentlichen Haushalten zu schließen. Weitere Maßnahmen

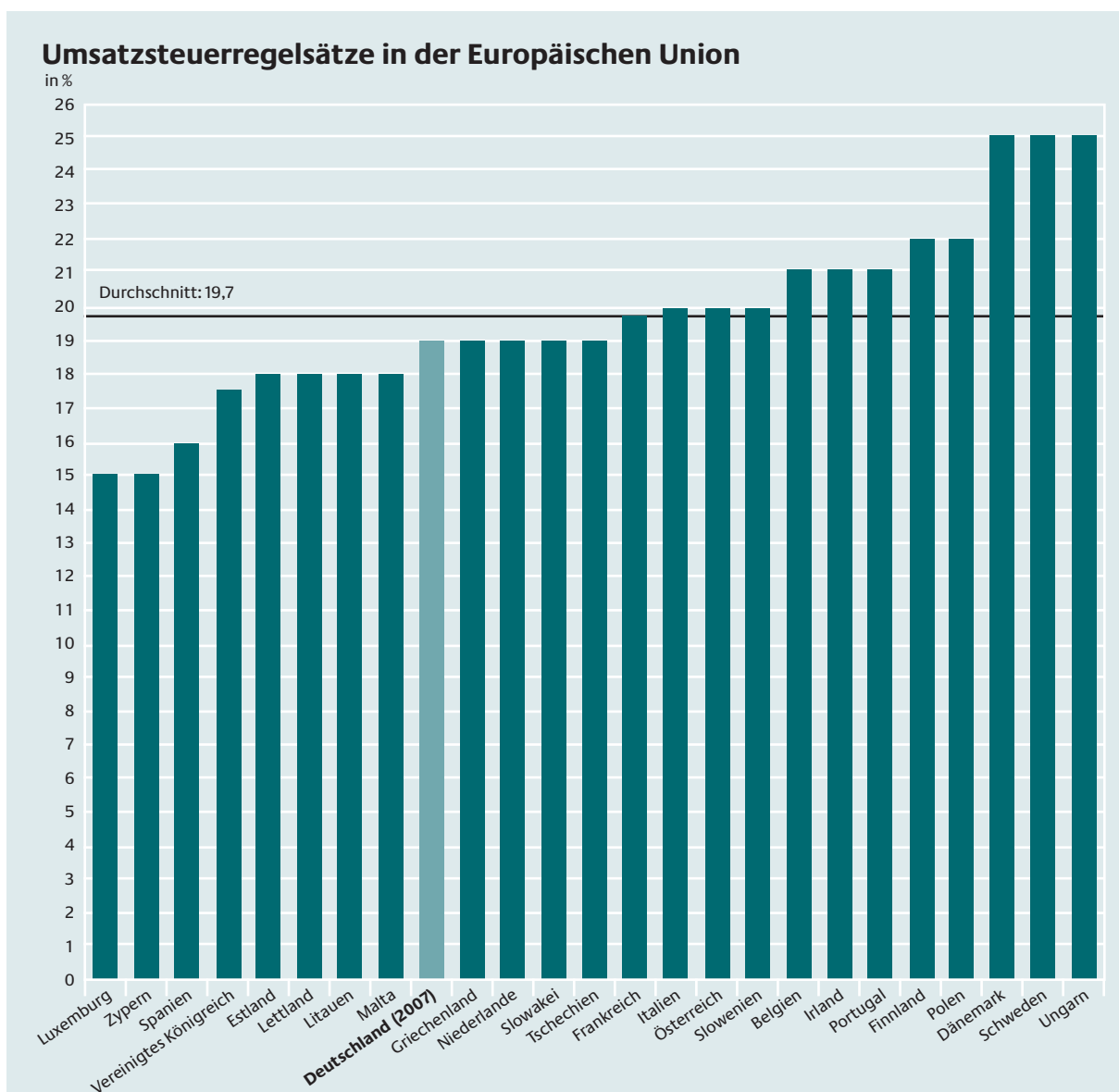
auf der Einnahmenseite sind daher erforderlich.

Die Steuerquote in Deutschland hat ein historisch niedriges Niveau erreicht. Damit ist Handlungsspielraum entstanden, für die Bewältigung von Zukunftsaufgaben auch die Einnahmenseite zu nutzen. So wird etwa der Umsatzsteuerregelsatz und die Versicherungssteuer im Jahr 2007 auf 19 % erhöht. Im internationalen Vergleich hat Deutschland einen der niedrigsten Umsatzsteuersätze, auch ein Regelsatz von 19 % liegt noch immer im EU-weiten Vergleich im Mittelfeld.

Konjunkturelle Aspekte berücksichtigen und soziale Balance wahren

Um dem beginnenden Aufschwung Zeit zur Entfaltung zu lassen, wird die Umsatzsteuer erst 2007 angehoben. Zur Wahrung der sozialen Balance wird außerdem der insbesondere für Grundnahrungsmittel geltende ermäßigte Umsatzsteuersatz von 7 % nicht verändert. So wird eine besondere Belastung einkommensschwächerer Haushalte vermieden.

Als Beitrag zur Verbesserung der Verteilungsgerechtigkeit wird gleichzeitig mit der



Erhöhung des Regelsatzes der Umsatzsteuer auch der Spitzensteuersatz für besonders hohe Einkommen angehoben, allerdings nicht für gewerbliche Einkünfte. Die Konsolidierungslast muss solidarisch von allen in unserer Gesellschaft getragen werden. Deshalb ist es gerecht, auch von denen einen Sonderbeitrag zu fordern, die besonders leistungsfähig sind.

In den letzten Jahren wurde der Progressionsbereich der Einkommensteuer immer weiter verringert. Um diese Entwicklung umzukehren, wird eine zweite Proportionalstufe eingeführt. Sie gilt ab einem zu versteuernden Einkommen von 250 000 € für Ledige (500 000 € für Verheiratete). Der Steuersatz wird moderat um drei Prozentpunkte erhöht und beträgt 45 %. Mit dem nun sehr viel später einsetzenden Spitzensteuersatz wird auch die Progressionszone des Tarifs wieder verlängert. Die Spitzenbelastung gilt

jetzt nicht mehr schon ab dem 1,5fachen, sondern erst ab dem 4,5fachen des durchschnittlichen Einkommens.

Strukturelle Reformen der sozialen Sicherungssysteme unverzichtbar

Das Haushaltssanierungskonzept der Bundesregierung führt bereits kurz- und mittelfristig zu einer deutlichen Entlastung der öffentlichen Haushalte. Die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte kann jedoch nur durch weitere strukturelle Reformmaßnahmen gewährleistet werden. Auf mittlere und längere Sicht müssen deshalb die sozialen Sicherungssysteme „demografiefest“ gemacht werden, um deren Funktionsfähigkeit zu bewahren und die Kosten unter Kontrolle zu halten. Die stufenweise Anhebung der Regelaltersgrenze auf 67 Jahre sowie die Einführung eines Nachholfaktors in die Rentenformel sind hierzu weitere wichtige Beiträge. Die Reform der Gesetzlichen Krankenversicherung bleibt eine prioritäre Aufgabe. Im kommenden Jahr ist vorgesehen, ein umfassendes Zukunftskonzept auszuarbeiten, das auch darauf angelegt ist, die Beiträge zur Gesetzlichen Krankenversicherung mindestens stabil zu halten und möglichst zu senken. Für die Pflegeversicherung soll bis Sommer 2006 ein Gesetz zur Sicherung einer nachhaltigen und sozial gerechten Finanzierung vorgelegt werden.

Konsolidierungserfolg nur bei mehr Wachstum und Beschäftigung

Solide finanzierte öffentliche Haushalte können nur bei einem höheren Wirtschaftswachstum erreicht und auf Dauer gewährleistet werden. Durch ein höheres Wachstum entstehen mehr Arbeitsplätze, die Ausgaben für den Arbeitsmarkt sinken infolgedessen und das Steueraufkommen steigt. Die Bundesregierung wird deshalb konkrete Impulse zur Stärkung von Innovation, Investition, Beschäftigung geben:

Wesentliche Beiträge zur Konsolidierung des Bundeshaushalts

Minderausgaben

- Einsparung bei der Grundsicherung für Erwerbsfähige (Hartz IV)
- Rückführung des Zuschusses an die Gesetzliche Krankenversicherung
- Einsparungen bei Förderprogrammen
- Einsparungen im öffentlichen Dienst

Minderausgaben 2006 bis 2009 rd. 34 Mrd. €

Abbau von Steuervergünstigungen z. B.:

- Abschaffung der Eigenheimzulage für Neufälle ab 2006
- Abschaffung von Steuersparmodellen
- Einschränkung der Entfernungspauschale
- Reduzierung des Sparerfreibetrags
- Beimischungspflicht für Bio-Kraftstoffe

Gesamtsumme 2006 bis 2009 rd. 18 Mrd. €

Steuererhöhung

- Anhebung des Regelsatzes der Mehrwert- und Versicherungsteuer ab 1. Januar 2007 auf 19 %. Die ermäßigten Sätze bleiben unverändert.
- Anhebung des Spitzensteuersatzes auf 45 % für hohe Einkommen ab 250 000 € Ledige/500 000 € Verheiratete ab 2007 (nicht bei gewerblichen Einkünften)

Mehreinnahmen 2006 bis 2009 rd. 29 Mrd. €¹

¹ Mehreinnahmen, mit denen die Absenkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung finanziert werden, sind bereits abgezogen.

- **Belebung der Wirtschaft** u. a. durch (zeitlich begrenzte) Anhebung der degressiven Abschreibung auf bewegliche Wirtschaftsgüter;
- **Haushalt als Arbeitgeber** (Steuerliche Förderung privater Aufwendungen für Erhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen, Kinderbetreuungskosten);
- **Erhöhung der Ausgaben für Forschung und Innovation** (insbesondere für zukunftssträngige Bereiche wie Bio- und Gentechnologie, Informations- und Kommunikationstechnik, Nanotechnologie und Mikrosystemtechnik, optische Technologien, Energietechnologie, Umwelt- und Raumfahrttechnik sowie die Hochschulforschung);
- **Erhöhung der Verkehrsinvestitionen;**
- **Verbesserung der Familienförderung** (Einführung eines einkommensabhängigen Elterngeldes ab 2007).

Hierdurch wird nicht nur unmittelbar die Wachstumsdynamik belebt, sondern es werden auch dauerhaft die Strukturen für mehr Wachstum und Beschäftigung verbessert. Mit der Intensivierung der Familienförderung wird zudem ein wichtiger Beitrag zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit Deutschlands geleistet. Um den Konsolidierungserfolg nicht zu gefährden, werden die Impulse zur Belebung der Wirtschaftsdynamik durch Maßnahmen finanziert, die nicht Bestandteil des Konsolidierungspakets sind.

Ein Prozentpunkt der Erhöhung der Umsatzsteuer wird eingesetzt, um die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung abzusenken. Dies erhöht die Wettbewerbsfähigkeit des Faktors Arbeit am Standort Deutschland und kommt Arbeitgebern und Arbeitnehmern gleichermaßen zugute.

Um die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen weiter zu verbessern und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu steigern, ist im Jahr 2008 eine strukturelle Reform der Unternehmensbesteuerung vorgese-

hen. Dabei werden die Investitions-, Rechtsform- und Finanzierungsneutralität, aber auch die Europatauglichkeit der Reform wichtige Aspekte sein. Auch die Zukunft der wichtigsten kommunalen Steuerquellen – Gewerbesteuer und Grundsteuer – wird in die Reformüberlegungen mit einbezogen. Die Bundesregierung setzt darüber hinaus weiterhin auf europäischer Ebene für eine EU-einheitliche Bemessungsgrundlage bei der Körperschaftsteuer ein.

Konkrete Impulse zur Stärkung von Investitionen, Innovationen, Wachstum und Beschäftigung¹

	2006 bis 2009 insgesamt
1. Belebung der Wirtschaft	6,5 Mrd. €
– Anhebung der degressiven AfA auf bewegliche Wirtschaftsgüter (befristet bis 31. Dezember 2007)	
– CO ₂ -Gebäudesanierungsprogramm	
– Verlängerung der Investitionszulage zu bisherigen Konditionen	
– Ausdehnung der Umsatzgrenzen bei der Ist-Versteuerung	
– Mobilisierung Wagniskapital	
2. Intensivierung der Ausgaben für Forschung und Entwicklung	6 Mrd. €
3. Haushalt als Arbeitgeber	5 Mrd. €
(steuerliche Förderung privater Aufwendungen für Erhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen, Kinderbetreuungskosten)	
4. Erhöhung und Verstetigung der Verkehrsinvestitionen	4,3 Mrd. €
5. Verbesserung der Familienförderung	3 Mrd. €
(Einführung eines einkommensabhängigen Elterngeldes ab 2007)	

¹ Impulse werden durch Maßnahmen finanziert, die nicht als Konsolidierungsbeitrag aufgeführt sind.

2 Finanzmärkte und -dienstleistungen

Effiziente Kapital- und Kreditmärkte sind wesentlich für das Wachstum von Wirtschaft und Beschäftigung. Sie mobilisieren Risikokapital, stellen Instrumente zur Unternehmensfinanzierung zur Verfügung und eröffnen vor allem auch kleinen und mittelständischen Unternehmen neue Finanzierungsformen. Das deutsche

Finanzsystem befindet sich derzeit im Wandel hin zu einer stärkeren Marktorientierung. Dies zeigt sich vor allem durch die verstärkte Nutzung kapitalmarktbasierter Finanzierungsinstrumente, den wieder wachsenden Markt für Beteiligungskapital sowie die steigende Bedeutung institutioneller Investoren. Die Bundesregierung hat diese Entwicklungen aufgegriffen und die Stärkung des Finanzstandortes Deutschland zu einer zentralen Aufgabe gemacht.

Insbesondere im Bereich des Mittelstandes sollen die Finanzierungsbedingungen weiter verbessert werden. Dazu wird die Bundesregierung eine Mittelstandsoffensive auf den Weg bringen. Diese soll unter anderem eine mittelstandsfreundliche Umsetzung der Eigenkapitalvorschriften nach Basel II sowie den verstärkten Einsatz neuer Finanzierungsinstrumente vorsehen. Das Angebot an Beteiligungskapital und mezzaninen Finanzierungsprodukten soll weiter ausgebaut werden. Die Programme der KfW-Mittelstandsbank sollen an die Eigenkapitalbedürfnisse kleiner und mittelständischer Unternehmen weiter angepasst, gegebenenfalls sollen auch neue Programme entwickelt werden. Die Rahmenbedingungen für private Beteiligungs- und Risikokapitalfinanzierung werden weiter verbessert.

Zur Stärkung des Finanzstandortes Deutschland sollen auch Produktinnovationen und neue Vertriebswege unterstützt werden. Hierzu gehören auch die Prüfung der Einführung von Real Estate Investment Trusts (Reits) unter Sicherstellung der Besteuerungsmöglichkeit der Anleger, der Ausbau des Verbriefungsmarktes sowie die Erweiterung der Investitions- und Anlagemöglichkeiten für Public-Private-Partnerships.

Einem effektiven Finanzmarkt muss jedoch auch eine effektive Aufsicht zur Seite stehen. Die Bundesregierung wird die Rechts- und Fachaufsicht durch das Bundesministerium der Finanzen über die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht angemessen stärken und sich für die Vollendung der deutschen Allfi-

nanzaufsicht einsetzen. Die Börsenaufsicht soll, in Abstimmung mit den Ländern, zugunsten einer einheitlichen Aufsicht reformiert werden.

Mit fortschreitender Globalisierung nimmt auch die internationale Dimension der Finanzmärkte weiter zu. Die Bundesregierung unterstützt daher die Integration der europäischen Finanzmärkte zum Nutzen aller Marktteilnehmer, Verbraucher wie Unternehmer. Um den Markt vor wettbewerbshemmender Überregulierung zu schützen, soll jeder neuen gesetzgeberischen Maßnahme eine Kosten-Nutzen-Analyse vorausgehen. Die nationale Umsetzung europäischer Regelungen erfolgt eins zu eins. Nationale Spielräume werden im Sinne der Wettbewerbsfähigkeit genutzt.

Auch im Rahmen der nationalen Gesetzgebung sollen überflüssige Regelungen vermieden und abgebaut werden. Eine interministerielle Arbeitsgruppe soll ein „Möglichkeitenpapier“ zum Bürokratieabbau im Finanzsektor erarbeiten.



3 Föderalismusreform

Die Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung gehört zu den zentralen Vorhaben der neuen Legislaturperiode. Die im Koalitionsvertrag auf der Grundlage der Vorarbeiten der Kommission von Bundestag und Bundesrat zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung vereinbarten Reformschritte werden zügig umgesetzt. Die Handlungsfähigkeit des Staates wird damit entscheidend verbessert.

Die Neuordnung der Gesetzgebungskompetenzen sieht die Abschaffung der Rahmengesetzgebungskompetenz vor und schafft mehr

eigenständige Regelungsmöglichkeiten für Bund und Länder. Gleichzeitig wird die Zahl der zustimmungsbedürftigen Bundesgesetze erheblich reduziert.

Im Bereich der Finanzbeziehungen werden Mischfinanzierungen zugunsten von klaren finanziellen Zuständigkeiten abgeschafft. Die Verantwortung für den Hochschulbau geht in die alleinige Länderzuständigkeit über, und der Bund zieht sich aus der Mitfinanzierung der sozialen Wohnraumförderung und der Gemeindeverkehrswege zurück. Gleichzeitig werden die Voraussetzungen für Finanzhilfen des Bundes an die Länder enger gefasst.

Die Übertragung der Regelungsbefugnis für die Steuersätze bei der Grunderwerbsteuer stärkt die Steuerautonomie der Länder. Die grundgesetzliche Regelung der Beteiligung von

Bund und Ländern an etwaigen Sanktionsmaßnahmen der Europäischen Union bei Verletzung des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes bringt die gemeinsame Verantwortung von Bund und Ländern für die Einhaltung der europäischen Vorgaben bezüglich der staatlichen Defizite zum Ausdruck und vermittelt einen Anreiz für die Länder, ihre Haushaltswirtschaft mit Blick auf die Maastricht-Kriterien zu gestalten.

In einem zweiten Schritt sollen die Bundes-Länder-Finanzbeziehungen insgesamt an die veränderten Rahmenbedingungen der Globalisierung und die fortschreitende europäische Integration angepasst werden. Ziel ist auch hier die Verbesserung der staatlichen Handlungsfähigkeit insbesondere im steuerlichen Bereich.

Wirtschaftslage: Finanz- und Wirtschaftspolitik in wichtigen Volkswirtschaften¹

1	Weltwirtschaft.....	45
2	USA.....	46
3	Japan.....	48
4	Euroraum/EU.....	50
5	Vereinigtes Königreich.....	52
6	Frankreich.....	54
7	Italien.....	56

1 Weltwirtschaft

- **Robuste Wachstumsraten der Weltwirtschaft in 2005 und 2006**
- **Dynamische Entwicklung in Asien**
- **Globale Ungleichgewichte nehmen zu**

Nachdem die **Weltwirtschaft** im Jahr 2004 um mehr als 5% wuchs, was dem größten Zuwachs seit Mitte der 70er Jahre entspricht, rechnen der Internationale Währungsfonds (IWF) und die EU-Kommission (EU-KOM) für 2005 und 2006 mit einem realen BIP-Wachstum von 4,3% (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) für OECD-Länder 2005: 2,7 %, 2006: 2,9 %). Wachstumsmotoren bleiben – wie im vergangenen Jahr – eine unterstützende makroökonomische Politik, niedrige Zinsen, Vermögenseffekte durch die Immobilienmärkte und ein anhaltend starkes Wachstum in China und Indien und den meisten Erdöl exportierenden Ländern. Die vorübergehende Konjunkturabschwächung im 2. Quartal dieses Jahres scheint vor allem auf die erheblich gestiegenen Energiepreise zurückzuführen zu sein. EU-KOM und IWF gehen bei ihren Wachstumsprognosen für 2006 von einem weiterhin hohen Ölpreis und nur einem schwachen Preistrückgang in 2007 aus. Das Welthandelsvolumen wird lt. IWF in diesem und im kom-

menden Jahr um rd. 7% zunehmen (OECD rd. 9%), nach über 10% in 2004.

Auch die **USA** verzeichnen in diesem Jahr ein kräftiges BIP-Wachstum, das voraussichtlich 3,5% bis 3,6% betragen wird (IWF, EU-KOM, OECD). Dennoch könnten sich die hohe Verschuldung der Privathaushalte und das nach wie vor hohe Leistungsbilanz- und Haushaltsdefizit als Risiko für die weitere Konjunkturentwicklung erweisen. Die Wachstumsprognosen gehen allerdings von keinem abrupten Einbruch aus und sind für das nächste Jahr nahezu ebenso günstig wie für dieses Jahr (EU-KOM 3,2%, IWF 3,3%, OECD 3,5%).

Der **Euroraum** ist zwar von solchen Wachstumsraten weit entfernt (Prognosen 2005: IWF 1,2 %, EU-KOM 1,3 %, OECD 1,4 %), trotzdem wird auch hier dank der anziehenden Binnen- nachfrage eine Rückkehr auf einen höheren Wachstumspfad erwartet (Prognosen 2006: IWF 1,8%, EU-KOM 1,9%, OECD 2,1%).

Ein Motor der Weltkonjunktur bleibt der **asiatische Raum**. Trotz Expansionsdämpfung wird ein starkes Wachstum um die 7 % in 2005 und 2006 (IWF, EU-KOM) erwartet (2004: 7,8%). Chinas Wirtschaft dürfte 2006 nur minimal ihre diesjährige Wachstumsrate von etwa 9 ½% unterschreiten (OECD 9,4 %, EU-KOM 8,7 %, IWF 8,2%), während Indiens Wachstum stabil bei 7%

¹ Stichtag: 9. Dezember 2005.

(IWF) erwartet wird. Dank der anziehenden Binnennachfrage setzt sich auch der Erholungskurs der **japanischen Wirtschaft** fort, deren Wachstum in diesem Jahr robuste 2,5 % erreichen könnte. Für 2006 wird von IWF, OECD und EU-KOM ein Wachstum von 2,0 % bis 2,2 % prognostiziert. Es gibt zudem Anzeichen, dass Japan die lang anhaltende Deflation im kommenden Jahr überwinden könnte.

Das Wachstum in **Lateinamerika** wird sich nach über 5 % im letzten Jahr voraussichtlich auf rd. 4 % in diesem Jahr und 3,6 % bis 3,8 % in 2006 (EU-KOM, IWF) abschwächen. Begünstigt durch die hohen Rohstoffpreise, weisen viele Länder Überschüsse in der Leistungsbilanz aus, und die Devisenreserven nehmen deutlich zu. Dennoch bleibt die hohe Auslandsverschuldung der Region ein Risiko, das sich mit einem weiteren Anstieg der US-Zinsen schnell verschärfen könnte.

Risiken für die weltwirtschaftlichen Perspektiven stellen vor allem anhaltend hohe Öl- und Rohstoffpreise dar, deren weiteres Ansteigen auch aufgrund von knappen Reservekapazitäten nicht auszuschließen ist. Auch die wachsenden globalen Ungleichgewichte (hohes Leistungsbilanzdefizit in den USA, wachsende Überschüsse in China, Japan und zunehmend auch in den Öl exportierenden Ländern) bleiben weiterhin ein Risiko für die weltwirtschaftliche Entwicklung.

2 USA

- **US-Konjunktorentwicklung kräftig, aber mit Unsicherheiten behaftet**
- **Führungswechsel bei der US-Notenbank – Kontinuität in der Geldpolitik angekündigt**
- **Steuerexpertenkommission legt Reformvorschläge vor**

In den Vereinigten Staaten hat sich das **reale BIP-Wachstum** – trotz der Auswirkungen der Wirbelstürme Katrina und Rita – im 3. Quartal 2005 mit annualisiert 4,3 % unerwartet positiv entwickelt (1. Quartal 3,8 %, 2. Quartal 3,3 %). Das Wachstum liegt nunmehr seit zehn aufeinander

folgenden Quartalen über 3 %. Nach einem BIP-Wachstum von 4,2 % in 2004 rechnen IWF und EU-KOM für das laufende Jahr mit 3,5 %, die OECD mit 3,6 %. Für 2006 werden zwischen 3,2 % (EU-KOM) und 3,5 % (OECD) erwartet (IWF 3,3 %). Die Regierung erneuerte ihre offizielle Projektion für das BIP-Wachstum: 3,5 % in 2005, 3,4 % in 2006, 3,3 % in 2007. Den Hauptbeitrag zum BIP-Zuwachs leisten privater und Staatskonsum, aber auch Anlage- und Ausrüstungsinvestitionen zogen kräftig an. Die Privaten Konsumausgaben tragen zu über 70 % zum BIP bei und sind damit wichtigster Pfeiler der US-Konjunktur.

Der **US-Arbeitsmarkt** zeigt sich weiterhin in robuster Verfassung – trotz des Verlustes von rund einer halben Million Arbeitsplätze als Folge der Hurrikane. Die Arbeitslosenquote betrug im Oktober und November 5,0 % (September 5,1 %, August 4,9 %). Allgemein wird davon ausgegangen, dass diese Einmaleffekte durch die Naturkatastrophen keine nachhaltigen negativen Auswirkungen auf den US-Arbeitsmarkt haben.

Trotz der guten Wachstums- und Beschäftigungszahlen bestehen aber auch **Risiken** für eine weiterhin positive Konjunktorentwicklung in den USA. So haben die Inflationserwartungen infolge der gestiegenen Energiepreise zugenommen. Zudem ist eine kräftige Korrektur der stark gestiegenen Immobilienpreise nicht ausgeschlossen. Auch die geringe private Sparquote gibt Anlass zur Sorge. Das Leistungsbilanzdefizit hat sich in diesem Jahr erheblich ausgeweitet, die Staatsverschuldung ist weiterhin hoch.

Das Defizit der **US-Leistungsbilanz** lag im 1. Halbjahr 2005 bei 6,4 % des BIP; im Schnitt des Jahres 2004 hatte es noch bei 5,7 % gelegen. Im September erreichte das Defizit der US-Handels- und Dienstleistungsbilanz ein Rekordniveau von 66,1 Mrd. US-Dollar (+ 6,8 Mrd. ggü. Vormonat).

Die **Verbraucher- und Erzeugerpreise** sind im Oktober deutlich geringer gestiegen als im September, dessen Werte durch die Hurrikaneffekte verzerrt waren. Die Kernrate stieg um 0,2 % ggü. Vormonat. Die Jahresrate für die Ver-

braucherpreise ohne Energie und Lebensmittel ist im Oktober auf 2,1 % gestiegen. Für die kommenden Monate wird aber mit einem Anstieg auf 2,5 % gerechnet, da zahlreiche Unternehmen ihre gestiegenen Kosten (Löhne, Energiepreise) auf die Verbraucher abwälzen dürften.



Die **US-Notenbank FED** äußert sich zunehmend besorgt über den Inflationsausblick. Neben den Energiekosten erhält die US-Wirtschaft einen Inflationsschub auch vom Immobilienmarkt. Erwartungsgemäß hat die FED die Leitzinsen im November zum zwölften Mal in Folge um 25 Basispunkte auf nunmehr 4 % angehoben. Analysten erwarten, dass die US-Notenbank den Leitzinssatz bis Mitte 2006 auf 4,5 % bis 4,75 % anheben wird.

Zum 31. Januar 2006 wird **Ben Bernanke** die **Nachfolge von US-Notenbankchef Alan Greenspan** antreten. Bernanke ist seit Juni 2005 Vorsitzender des Council of Economic Advisers im Weißen Haus. Bei seiner Nominierung sprach er sich für Kontinuität in der Geldpolitik aus. Anders als Greenspan ist er aber für „Inflation Targeting“, d. h. für die Festlegung eines konkreten Inflationsziels. Dies ist weder innerhalb der FED noch im Kongress unumstritten.

Das **bundesstaatliche Defizit** ist im Ende September ausgelaufenen Fiskaljahr 2005 mit 319 Mrd. US-Dollar oder 2,6 % des BIP wesentlich niedriger ausgefallen als zu Jahresanfang prognostiziert. Es könnte aber im laufenden Fiskaljahr 2006 (1. Oktober 2005 bis 30. September 2006) angesichts gestiegener öffentlicher Ausgaben für die Katastrophenhilfe (bisher 62 Mrd. US-Dollar, etwa 0,5 % des BIP bewilligt) wieder auf rd. 3 % des BIP ansteigen. Die Bundesausgabenquote stieg in den letzten Jahren auf 20,1 % (in

2000 18,4 %), die Steuereinnahmenquote sank hingegen auf 17,5 % (in 2000 20,9 %).

Die **US-Budgetpolitik** steht vor schwierigen Entscheidungsprozessen. Dem Repräsentantenhaus und dem Senat wurden von ihren jeweiligen Gremien zwei unterschiedliche Gesetzespakete empfohlen, die sich sowohl auf der Ausgaben- als auch auf der Einnahmenseite in wesentlichen Punkten unterscheiden. Dies betrifft weniger die grundlegenden steuerpolitischen Zielsetzungen als vielmehr die Prioritätensetzung und die Haushaltszwänge. Während der vom Senat beschlossene Entwurf keine Verlängerung der im Jahr 2003 eingeführten und nach gegenwärtiger Rechtslage Ende 2008 auslaufenden tariflichen Steuererleichterungen auf Veräußerungsgewinne und Dividenden enthält, ist in dem Entwurf des Repräsentantenhauses eine zweijährige Weiterführung bis Ende 2010 vorgesehen. Ein weiterer Unterschied der Entwürfe betrifft die Reform der Alternative Minimum Tax (AMT) – deren Reformbedürftigkeit allerdings parteiübergreifend anerkannt wird.

Parallel zu den laufenden Haushaltsberatungen hat die von der Regierung eingesetzte **Steuerreform-Kommission** ihre Vorschläge zum 1. November 2005 offiziell vorgestellt. Die Vorschläge wurden in Form zweier alternativer Konzepte vorgelegt, die jedoch in den Grundfragen weitgehend übereinstimmen. Es handelt sich zwar um bedeutende, nicht aber das Steuersystem grundsätzlich verändernde Reformvorschläge. Insbesondere kam es nicht zur Empfehlung einer allgemeinen Verbrauchsteuer auf Bundesebene (Sales Tax oder VAT), die einen weiteren Spielraum für Steuersenkungen bei direkten Steuern geschaffen hätte. Den Vorgaben der Regierung entsprechend sind die Vorschläge aufkommensneutral. Vorgesehen ist in beiden Konzepten die Abschaffung des parallelen Steuersystems AMT (Mindestbesteuerung positiver Einkommen). Die hierdurch über die nächsten zehn Jahre auf 1,2 Bio. US-Dollar geschätzten Steuermindereinnahmen sollen vor allem durch

erhebliche Einschränkungen im Bereich der Absetzbarkeit privater Schuldzinsen, die für Hypothekendarlehen für selbst genutztes Wohneigentum gezahlt werden, gegenfinanziert werden. Auch sollen auf Ebene der Bundesstaaten gezahlte Einkommen- und Körperschaftsteuern künftig nicht mehr für die Berechnung der Bundessteuern zugelassen werden. Die Steuerreformvorschläge sehen zudem Vereinfachungen bei der Besteuerung von Kapitaleinkünften sowie tarifliche Änderungen (Körperschaftsteuer, Einkommensteuer) vor. Die Reformvorschläge sind weder für die Regierung noch für den Kongress bindend.

3 Japan

- **Stabiles Wachstum, trotz etwas schwächeren 3. Quartals 2005**
- **Mögliches Ende der Deflation im nächsten Jahr**
- **Wiederwahl von Ministerpräsident Koizumi bestätigt dessen Reformkurs**

Nachdem Japan im 2. Quartal 2005 eine relativ hohe **Wachstumsrate des realen BIP** verzeichnet hatte (1,2 %), schwächte sich das Wachstum im 3. Quartal unerwartet deutlich ab und betrug nur noch 0,2 % im Vergleich zum Vorquartal. Hauptgrund dürfte ein unerwartet hoher Abbau der Lagerbestände infolge einer stärkeren Nachfrage sein. So nahmen die privaten Investitionen ggü. dem Vorquartal um 1,6 % zu, der private Konsum um 0,4 %. Die verbesserten Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt könnten sich nachhaltig positiv auf den Konsum auswirken, der gut die Hälfte des japanischen BIP ausmacht. Damit könnte sich die Konjunktur dauerhaft erholen und die fast achtjährige Deflation überwunden werden.

Für das Gesamtjahr 2005 rechnet die OECD mit 2,4 % Zuwachs des realen BIP im Vergleich zum Vorjahr (IWF 2,0 %; EU-KOM 2,5 %). Für 2006 prognostizieren OECD und IWF 2,0 %, die EU-KOM 2,2 %.

Die **Arbeitslosigkeit** liegt in Japan derzeit bei 4,5 %. Die Arbeitsmarktlage ist jedoch nicht ohne Probleme angesichts einer hohen Jugendarbeitslosigkeit von rund 10 % und des Anstiegs der befristeten und Teilzeitbeschäftigung zu Lasten von Vollbeschäftigungsverhältnissen in den vergangenen Jahren. In diesem Jahr ist die Zahl der Vollzeitbeschäftigungsverhältnisse jedoch erstmalig seit sieben Jahren wieder gestiegen. Vor allem Firmen mit Arbeitsplätzen, die hohe Qualifikationen erfordern, beschäftigen wieder bevorzugt einheimische Arbeitskräfte bzw. verlagern ihre Produktion wieder ins Inland zurück. Große Firmen klagen bereits teilweise über einen entstehenden Mangel an Fachkräften.

Der Verbraucherpreisindex, ohne die volatilen Preise für frische Nahrungsmittel, blieb im Oktober gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum stabil. Die Bank of Japan (BoJ) sieht Tendenzen, dass sich die Preisveränderungsraten zunehmend in positives Territorium bewegen könnten.

Für das Fiskaljahr 2005, das am 31. März 2006 endet, rechnet die japanische Zentralbank mit einer **Inflationsrate** von 0,0 % bis 0,1 %, also mit dem Ende der Deflation (OECD- und IWF-Prognose für Kalenderjahr 2005 – 0,4 %, für 2006: IWF – 0,1 %, OECD 0,1 %). Damit wären die von der BoJ formulierten Voraussetzungen für eine Abkehr von der äußerst expansiven Geldpolitik in Sicht. Die Regierung warnt aber wegen möglicher Konjunkturrisiken eindringlich vor einer zu frühen Abkehr von der gegenwärtigen Geldpolitik. Nach der jahrelangen Deflation liegen die japanischen Preise heute durchschnittlich 3 % unter denen des Jahres 2000. Vorerst werden die Geschäftsbanken daher unverändert mit reichlich Liquidität versorgt und die Leitzinsen bleiben nahe null.

Japan leidet nach wie vor unter einer extrem hohen **Staatsverschuldung**. Sie wird vom IWF für 2005 bei 174,4 % des BIP erwartet. Allerdings stehen dieser hohen Verschuldung die größten Währungsreserven der Welt und hohe Privatvermögen gegenüber.

Das Defizit des Staatshaushalts betrug in Japan 2004 lt. OECD 6,5 % des BIP und wird für 2005 ebenfalls bei 6,5 % erwartet. Für 2006 und 2007 werden 6,0 % prognostiziert. Der IWF hält Konsolidierungsschritte sowohl auf der steuerlichen (Mehrwertsteuer, Einkommensteuer) als auch auf der Ausgabenseite für notwendig.

Die **demografische Entwicklung** in Japan stellt sich noch brisanter dar als in den meisten europäischen Ländern. Der Anteil der über 65-Jährigen an der Gesamtbevölkerung wird 2010 voraussichtlich bei 22,5 % liegen. Außerdem wird es in der Dekade 2010 bis 2020 zu einer deutlichen Abnahme der japanischen Bevölkerung kommen. Das kann sich wiederum negativ auf das Wirtschaftswachstum auswirken und damit auch die Haushaltskonsolidierung erschweren. Deshalb dürften Steuererhöhungen auf Dauer unvermeidbar sein, wie z. B. die Erhöhung der im Vergleich zu anderen Industriestaaten niedrigen Mehrwertsteuer von 5 %. Der 2004 eingeführten Rentenreform wird mit Skepsis begegnet, da die zugrunde liegenden Annahmen als zu optimistisch eingeschätzt werden. Doch selbst unter dieser Maß-

gabe werden die Beiträge, die Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu gleichen Teilen zu zahlen haben, bis 2017 im Vergleich zu heute um rd. fünf Prozentpunkte steigen.

Die Ablehnung der **Privatisierung der japanischen Post** im Sommer 2005 im japanischen Oberhaus hatte zur Ausrufung von Neuwahlen geführt. Mit der klaren Wiederwahl von Ministerpräsident Koizumi im September 2005 wurde auch sein Reformprogramm bestätigt.

Weitere Reformvorhaben sind neben der Postprivatisierung (weltgrößtes Finanzunternehmen) der weitere Rückzug des Staates aus der Wirtschaft und die Dezentralisierung der Fiskalpolitik, die den Lokalregierungen mehr Entscheidungsmacht und Steuerautonomie bringen soll. Außerdem ist ein massiver Abbau der Bürokratie (700 000 Stellen sollen eingespart werden) geplant. Auch aus dem Gesundheitswesen will sich der Staat zunehmend zurückziehen.

Das Reformprogramm der Regierung sieht darüber hinaus die Umgestaltung von acht **regierungsnahen Finanzinstituten** vor. Einige sollen zusammengelegt und insbesondere mit

Staatsschuldenquote Japan in % des BIP



Quelle: IWF, September 2005.

Aufgaben der Mittelstandsförderung betraut werden, andere sollen privatisiert werden. Ziel ist dabei, sowohl den Staat zu verschlanken als auch unnötigen Wettbewerb zwischen privaten Anbietern und der öffentlichen Hand zu verhindern.



4 Euroraum/EU

- **BIP-Wachstum könnte sich in den nächsten zwei Jahren beschleunigen**
- **EZB erhöht erstmals seit fünf Jahren den Leitzins**
- **Vorlage nationaler Reformprogramme im Rahmen der reformierten Lissabon-Strategie**

Das **Wirtschaftswachstum** im Euroraum hat sich mit einem Anstieg des realen BIP von 0,6 % im 3. Quartal 2005 beschleunigt. Auf Jahresbasis betrug das Wachstum im Euroraum 1,5 %, nach 1,1 % im 2. Quartal. Für das Gesamtjahr 2005 sieht die EU-KOM das BIP-Wachstum bei 1,3 %, für 2006 bei 1,9 % und im Jahr 2007 bei 2,1 %. Wachstumsfaktoren sind eine starke Beschleunigung der Investitionen und eine allmähliche Zunahme des privaten Verbrauchs. Der Kurs des Euro ist gegenüber den Erwartungen der Frühjahrprognose gesunken und dürfte sich günstig auf die Exportwirtschaft auswirken. Die größten Risiken bilden weiterhin die hohen und volatilen Ölpreise sowie die globalen Ungleichgewichte in den Leistungsbilanzen. Die robuste Konjunktur der Weltwirtschaft unterstützt das Wachstum im Euroraum.

Die **Arbeitslosenquote** im Euroraum war in den vergangenen Monaten rückläufig. Im Vergleich zum Vormonat sank sie im Oktober 2005 um 0,1 Prozentpunkte auf 8,3 % (USA 5,0 %,

Japan 4,5 %), im Oktober 2004 hatte sie noch bei 8,8 % gelegen. Für das Gesamtjahr 2005 erwartet die EU-KOM 8,6 % und für 2006 8,4 %. Die niedrigsten Arbeitslosenquoten wiesen im Oktober 2005 Irland (4,3 %), die Niederlande (4,7 %) sowie Österreich (5,3 %) auf, die höchsten Griechenland (9,9 %, Stand Juni), Frankreich (9,3 %) und Deutschland (9,1 %). Nach wie vor gravierend ist die Jugendarbeitslosigkeit im Euroraum mit 17,2 %, obwohl auch sie im Vergleich zum Vorjahresmonat gesunken ist (Oktober 2004 17,9 %). Die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit verzeichneten die Niederlande und Irland mit jeweils 8,5 %.

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat am 1. Dezember 2005, erstmals seit fünf Jahren, eine **Erhöhung des Leitzinses** um 25 Basispunkte auf 2,25 % vorgenommen. Der Zinsschritt wurde von EZB-Präsident Trichet als Anpassung des akkommodierenden geldpolitischen Kurses an den gestiegenen Inflationsdruck dargestellt, den die EZB sowohl aus ihrer umfassenden wirtschaftlichen Analyse (wachsende globale Nachfrage, günstige Finanzierungsbedingungen für Investitionen, wachsende Unternehmensgewinne) als auch aus ihrer monetären Analyse (hohes Wachstum der Geldmenge M3, v. a. bei den liquiden Komponenten) ableitet. Aktuell liegt die **Inflationsrate** für den Euroraum bei 2,4 % (Eurostat-Schätzung für November; Oktober 2,5 %). Sie liegt damit deutlich über dem Preisstabilitätsziel der EZB von „unter, aber nahe 2 %“. Unmittelbar ursächlich dafür sind vor allem die gestiegenen Öl- und Energiepreise, während Zweitrundeneffekte über die Lohnentwicklung bislang weitgehend ausgeblieben sind. Dies dürfte ein Grund dafür sein, dass auch die Inflationserwartungen moderat geblieben sind. Die EZB erwartet allerdings, dass erhöhte Inflationsrisiken auch aufgrund von längerfristig wirkenden Einflussfaktoren bestehen. Nach ihrer Einschätzung wird die Inflationsrate über der 2 %-Marke verharren. Die derzeit deutlich niedrigere Kernteuerung im Euroraum (Oktober +1,5 %) sei weniger aussagekräftig, da sie die Inflationsentwicklung häufig

erst verzögert abbilde. Die Reaktionen auf den Zinsschritt der EZB waren geteilt. Während die Mehrheit der Beobachter keine wesentlichen Rückwirkungen für die wirtschaftliche Entwicklung im Euroraum erwartet, sehen Kritiker die Zinserhöhung als Gefahr für den Aufschwung.

Die Herbstprognose der EU-Kommission geht von einem **Staatsdefizit** von 2,9 % im laufenden Jahr und in den Jahren 2006 und 2007 von je 2,8 % im Euroraum aus (2004: 2,7 %). Dabei gelten die Schätzungen für 2007 unter der Voraussetzung einer unveränderten Politik. Insgesamt weisen im laufenden Jahr neun Staaten des Euroraums ein Haushaltsdefizit auf, fünf davon ein übermäßiges Defizit von mehr als 3 % des BIP (Deutschland, Italien, Frankreich, Portugal und Griechenland).

Die aktuelle britische EU-Präsidentschaft hat die Herausforderungen der **Globalisierung** zum Schwerpunktthema ihrer Amtsperiode erklärt. Der ECOFIN-Rat hat auf seiner Tagung am 6. Dezember Schlussfolgerungen zu einem Bericht des Wirtschaftspolitischen Ausschusses (WPA) der EU angenommen, der sich mit den Auswirkungen der Globalisierung insbesondere auf die Arbeits- und Gütermärkte der Mitgliedstaaten beschäftigt. Vorteile werden insbesondere in einer dynamischeren Produktivitätsentwicklung, technologischen „spill-overs“ durch ausländische Direktinvestitionen, höheren Absatzchancen durch stärkere Nachfrage aus aufstrebenden Volkswirtschaften wie z. B. China, höherer Integration der Finanzmärkte und letztendlich niedrigeren Kosten für die Konsumenten gesehen. Diese Vorteile werden sich aber nicht automatisch einstellen. Es ergeben sich auch Anpassungskosten für bestimmte Regionen und Sektoren und somit Herausforderungen für die Arbeitsmärkte, für die Gestaltung des unternehmerischen Umfeldes und die öffentlichen Finanzen. Um auf diese Herausforderungen zu reagieren und gleichzeitig deren Chancen zu nutzen, werden für Europa als wesentliche Handlungsfelder Reformen auf den Arbeits- und

Gütermärkten gesehen. Die Arbeitsmärkte müssten eine flexible Reaktion auf den durch die Globalisierung verstärkten strukturellen Wandel ermöglichen. Im Bereich der Gütermärkte sollten der europäische Binnenmarkt vervollständigt und günstigere Rahmenbedingungen für Investitionen und Innovationen geschaffen werden. Eine weitere Öffnung der Märkte und verstärkte internationale Zusammenarbeit im Bereich der Regulierung können ebenfalls einen Beitrag leisten.

Im Rahmen der reformierten **Lissabon-Strategie** haben die Mitgliedstaaten in diesem Herbst erstmals so genannte Nationale Reformprogramme vorgelegt, in denen sie ihre Reformpolitiken zur Umsetzung der Lissabon-Strategie für die Jahre 2005 bis 2008 darlegen. Der ECOFIN-Rat hat im Dezember Schlussfolgerungen angenommen, die aus einer ersten Analyse der nationalen Reformprogramme durch den WPA im Rahmen seiner jährlichen Länderexamen Mitte November resultierten. Als Prioritäten weisen die meisten Mitgliedstaaten Reformen auf dem Arbeitsmarkt, die Förderung von Wissen und Innovation, die Verbesserung des Unternehmensklimas sowie die Verbesserung der Nachhaltigkeit und Qualität der öffentlichen Finanzen aus. Die EU-Ebene sollte demgegenüber die Prioritäten auf die Vollendung des Binnenmarktes, bessere Rechtsetzung und eine ambitionierte Einigung bei den WTO-Verhandlungen legen. Als wesentlich für den Erfolg der Strategie werden zudem die Einbindung der nationalen Akteure (u. a. Parlamente, Gebietskörperschaften, Wirtschaftsverbände, Sozialpartner, NGOs) und die effiziente und partnerschaftliche Evaluierung der Umsetzung durch die Mitgliedstaaten und die EU-Kommission erachtet.

Ein weiteres Schwerpunktthema auf europäischer Ebene ist derzeit die **Verbesserung des regulatorischen Umfeldes** in der EU, die auf einer gemeinsamen Initiative der Präsidentschaften von Irland, den Niederlanden, Luxemburg, Großbritannien, Österreich und Finnland

beruht. Wesentliche Bestandteile sind die Gesetzesfolgenabschätzung und die Rechtsvereinfachung. In diesem Kontext hat sich der ECOFIN-Rat auf seiner Sitzung im November 2005 auf die Einführung einer gemeinsamen Methode zur Messung von Bürokratiekosten verständigt, mit der zukünftig die administrativen Kosten neuer Gesetzgebungsvorhaben auf EU-Ebene erfasst werden sollen.

5 Vereinigtes Königreich

- **Wachstum verliert an Dynamik, aber Erholung für 2006 erwartet**
- **Arbeitsmarkt nahe Vollbeschäftigung, Problem Fachkräftemangel**
- **Fortgesetzte Diskussion um Rentenreform**

Das **Wirtschaftswachstum** im Vereinigten Königreich hat im 3. Quartal 2005 weiter an Fahrt verloren. Die ersten Schätzungen gehen nur noch von einem Plus von 0,4 % ggü. dem Vorquartal aus. Der Dienstleistungssektor, der für ca. 78 % der Wirtschaftsleistung verantwortlich ist, wächst zwar weiterhin (0,6 % im 3. Quartal), die Industrieproduktion ging jedoch deutlich zurück (–0,6 % im 3. Quartal). Für das Gesamtjahr 2005 erwartet die EU-KOM nur noch ein Wachstum von 1,6 %, genau die Hälfte des Vorjahreswertes. Damit liegt die Wachstumsrate im Vereinigten Königreich nur noch knapp über dem EU-Durchschnitt. Vor allem der private Konsum hat wegen der gestiegenen Zinsbelastung für die verschuldeten Verbraucher und wegen der Abkühlung am Immobilienmarkt zu diesem Rückgang beigetragen. Für 2006 erwarten die internationalen Organisationen jedoch einheitlich eine Erholung (EU-KOM 2,3 %). Staatliche Konsumausgaben, eine anziehende Investitionstätigkeit (+ 0,3 % im 3. Quartal ggü. Vorquartal) und der erholte Außenhandel sind dafür wichtige Impulse. Für den Außenhandel erwartet die EU-KOM für 2005 erstmals keinen negativen Wachstumsbeitrag und geht ab 2006 sogar von einem positiven Wert (0,2 Prozentpunkte) aus.

Risiken liegen kurzfristig v. a. in Schocks (Energiepreise, Terrorismus), mittelfristig könnten sich die abnehmenden fiskalpolitischen Impulse und die schwache Produktivitätsentwicklung als bremsend erweisen.

Für den **Wechselkurs** des Pfund Sterling wird aufgrund der flauerer Konjunktur und der unsicheren Erwartungen bezüglich der weiteren Zinsentwicklung eine Schwächephase erwartet. Damit setzt sich der Trend eines nachgebenden Wechselkurses fort, der seit einem Jahr besteht, da die Märkte das Ende der Zinserhöhungen reflektieren.

Für das Defizit im **Staatshaushalt** rechnet die EU-KOM für das Gesamtjahr 2005 mit einem Wert von 3,4 % des BIP (OECD 3,1 %, IWF 3,2 %). Umfangreiche Investitionen in die Infrastruktur und den öffentlichen Dienst sowie hinter den Erwartungen zurückbleibende Steuereinnahmen werden von Beobachtern als wesentliche Gründe für die steigenden Defizite gesehen. Die EU-KOM hat im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes einen Bericht nach Art. 104.3 EG-Vertrag vorgelegt. Die endgültige Bewertung, ob ein übermäßiges Defizit vorliegt, steht jedoch noch aus. Die Schuldenquote sieht weiterhin sehr günstig aus, auch wenn mit einem Anstieg in 2005 zu rechnen ist (EU-KOM 43,1 % ggü. 41,5 % in 2004).

Die Arbeitslosenquote verharrt weiterhin nahe dem Vollbeschäftigungsniveau. Die EU-KOM erwartet für 2005 4,6 % und geht von einem leichten Anstieg auf 4,9 % in 2006 aus. Das Problem auf dem britischen **Arbeitsmarkt** besteht in einem Mangel an qualifizierten Fachkräften. Der schlechte Ausbildungsstand wird als wesentlicher Grund dafür gesehen, warum das Vereinigte Königreich trotz des flexiblen Arbeitsmarktes an Wettbewerbsfähigkeit verliert. Die Beschäftigungsquote liegt mit 74,9 % auf einem sehr hohen Niveau. Die EU-KOM erwartet hier für 2005 einen Zuwachs von 0,6 % (nach 1,0 % in 2004).

Die **Inflation** hat sich weiter beschleunigt. Die jährliche Rate erreichte im Oktober 2,3 % (Eurostat). Die EU-KOM erwartet für das Gesamt-

jahr einen Wert von 2,4 %, der damit deutlich über dem Vorjahreswert von 1,3 % liegt und die Zielmarke der Regierung von 2 % überschreitet. Neben dem gestiegenen Ölpreis sieht die EU-KOM einen starken Nachfragedruck und steigende Importpreise als wesentliche Faktoren.

Die Bank of England (BoE) sieht derzeit **keinen Handlungsbedarf für Zinssenkungen**, da die britische Wirtschaft gegenwärtig unterhalb ihres langfristigen Trends wachse, was den Preisauftrieb bremsen werde. Im August hatte die BoE zum ersten Mal seit zwei Jahren den Leitzins um einen Viertelprozentpunkt auf 4,5 % gesenkt. Bis August vergangenen Jahres hatte die BoE die Zinsen fünfmal erhöht, um den starken privaten Konsum zu dämpfen und der Inflationsgefahr vorzubeugen. Diese Zinspolitik hat dazu beigetragen, dass am **Immobilienmarkt** das Risiko einer Blase allgemein als abnehmend eingestuft wird und die Chancen für eine weiche Landung steigen. Die Hauspreisinflation lag im 2. Quartal nur noch bei 0,3%.



Die Regierung hat Ende Oktober eine wichtige **strukturpolitische Reform** zurückgenommen. Nach heftigen Protesten der Gewerkschaften wurde die Erhöhung des Pensionsalters im öffentlichen Dienst von 60 auf 65 Jahre aufgeschoben. Neue Impulse für die **Rentenpolitik** könnten vom Bericht einer unabhängigen Rentenkommission ausgehen, dessen Veröffentlichung für Ende November geplant war. Es wird erwartet, dass die Kommission sich für eine großzügigere Ausgestaltung der staatlichen Säule der Alterssicherung ausspricht, dafür aber eine Erhöhung des Rentenalters fordern wird. Das britische Rentensystem steht vor Problemen,

weil die staatlichen Renten wegen der reinen Anpassung an die Preisentwicklung gegenüber den Lohneinkommen relativ an Wert verlieren und weil die stark ausgeprägte Säule betrieblicher Rentenfonds aufgrund schlechter Renditen und steigender Kosten Milliardenlücken aufweist. Transfers im Fall von **Arbeitsunfähigkeit** sollen in Zukunft als Teil des „Welfare-to-work“-Programms an strengere Auflagen gebunden werden, um sicherzustellen, dass diejenigen, die wieder arbeiten können, auch tatsächlich in den Arbeitsmarkt zurückkehren.

Die volle **Liberalisierung des Postmarktes** steht unmittelbar bevor. Derzeit liegen Royal Mail und die Regulierungsbehörde im Konflikt über Preiskontrollen für die Periode 2006 bis 2010, die aus Sicht von Royal Mail eine Bevorzugung der Konkurrenten bedeuten, da diese sich auf rentable Teile des Marktes konzentrieren können, während Royal Mail im Privatkundengeschäft nicht zu kostendeckenden Preisen agieren kann.

Das von der Regierung im Oktober im Rahmen der reformierten Lissabon-Strategie vorgelegte **Nationale Reformprogramm** zielt insbesondere auf die Erhöhung von Produktivität und Beschäftigung und identifiziert drei Reformschwerpunkte in den nächsten Jahren: Makroökonomische Stabilität, Förderung des Produktivitätswachstums und verbesserte Beschäftigungsmöglichkeiten für alle. In diesem Rahmen werden die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen, die weitere Verbesserung der öffentlichen Dienstleistungen, die Reduzierung der administrativen Kosten und verbesserte Finanzierungsmöglichkeiten für Unternehmen, verstärkte Investitionen in Innovation, Forschung und Bildung sowie Arbeitsmarktreformen (hier v. a. institutionelle Verbesserungen bei Vermittlung und Unterstützung von Arbeitslosen sowie bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie) Schwerpunkte der politischen Agenda bilden. Die **OECD** sah bei ihrem jüngsten Länderexamen des Vereinigten Königreichs im Oktober

die größte Herausforderung darin, die stabilen makroökonomischen Voraussetzungen für eine schnellere Steigerung der Produktivität und der Lebensstandards zu nutzen. Dies sei insbesondere durch ergebnisorientierte Reformen in Bildung, Forschung und Entwicklung sowie Infrastruktur zu erreichen.

6 Frankreich

- **Konjunktur zeigt sich im 3. Quartal leicht erholt**
- **Lage auf dem Arbeitsmarkt nach wie vor schwierig**
- **Haushaltsdefizit soll 2006 wieder unter 3 % sinken**

Nachdem sich im 2. Quartal 2005 das **BIP-Wachstum** in Frankreich deutlich abgeschwächt hatte, zeigt sich eine Erholung im 3. Quartal. Eurostat geht in einer ersten Schätzung von einem leicht überdurchschnittlichen Anstieg des BIP im 3. Quartal von 0,7 % aus. Dabei wirkt der private Konsum aktuell konjunkturstützend. Positive Anstöße ergeben sich auch aus den Unternehmensinvestitionen, wohingegen die Exportwirtschaft weiterhin als Achillesferse der französischen Wirtschaft gilt. Vor diesem Hintergrund erwartet die EU-KOM in ihrer aktuellen Herbstprognose für das Jahr 2005 ein BIP-Wachstum von 1,5 %. Dies liegt am unteren Ende der Regierungsprognose von 1,5 % bis 2 %. Für das Jahr 2006 wird ein weiterer Anstieg auf 1,8 % erwartet und für 2007 ein – leicht über der Potenzialrate liegendes – Wachstum von 2,3 % geschätzt (OECD 2005: 1,6 %, 2006: 2,1 %, 2007: 2,2 %). Dabei dürften nach Einschätzung der EU-KOM deutliche Impulse von der Inlandsnachfrage ausgehen, während die negativen Effekte schwacher Exporte nachlassen sollten. Es wird allgemein davon ausgegangen, dass die jüngsten Unruhen zwar die Konsumlaune der Franzosen leicht beeinträchtigen, dass aber insgesamt kaum dämpfende Einflüsse auf das Wirtschaftswachstum ausgehen.

Die **Inflationsrate** dürfte laut EU-KOM im Jahr 2005 von 2,3 % auf 2,0 % zurückgehen und damit moderat bleiben (ähnlich OECD mit 1,9 %). Dämpfend wirken sich hier Transport- und Kommunikationspreise aus, Preise für Bekleidung und Gesundheitsdienstleistungen nehmen ebenfalls nur geringfügig zu. Nicht zuletzt wirken sich die Regulierungen der französischen Regierung im Bereich der Preisbildung im Groß- und Einzelhandel (Galland-Gesetz) inflationsdämpfend aus. Inflationsdruck geht – wenn auch nur mäßig – von den Ölpreisen sowie von einigen administrierten Preisen aus. Aktuell lag die Inflationsrate im Oktober bei 2,0 % und damit deutlich unter dem Durchschnitt des Euroraums (2,5 %). Die weitere Inflationsentwicklung wird im Wesentlichen von der Entwicklung der Energiepreise abhängen und sich verringern, wenn die Teuerungsimpulse aus dem Ölpreisanstieg auslaufen. Im Übrigen bemüht sich die neue Regierung weiterhin darum, eine Senkung der Einzelhandelspreise zu fördern.



Die **Arbeitslosenquote** lag im Oktober 2005 – nur unwesentlich verbessert gegenüber den Vormonaten – bei 9,3 % und damit deutlich um rd. einen Prozentpunkt über dem EU-Durchschnitt. Da die Beschäftigungszunahme im Jahr 2005 nur schwach ausfallen dürfte, erwartet die EU-KOM für das Gesamtjahr 2005 eine gegenüber 2004 unveränderte Arbeitslosenquote von 9,6 %. Für die kommenden Jahre geht die EU-KOM von einer Belebung der Beschäftigung aus, nicht zuletzt aufgrund einer verbesserten Gewinnsituation der Unternehmen, einer allgemeinen Verbesserung der Wirtschaftslage sowie

einer Regierungsinitiative, die die Beschäftigung in KMU und die Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt verbessern soll. Während derzeit auch die Lohnmoderation noch stabilisierend auf den Arbeitsmarkt wirkt, steht zu erwarten, dass die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen der Vergangenheit nunmehr Lohndruck induzieren. In ihrer Gesamteinschätzung geht die EU-KOM von einem Rückgang der Arbeitslosigkeit auf 9,3 % in 2006 und 8,9 % in 2007 aus (zum Vergleich OECD für 2005: 10,0 %, 2006: 9,6 %, 2007: 9,0 %).

Mit Blick auf die **öffentlichen Finanzen** geht die EU-KOM für das Jahr 2005 von einem Staatsdefizit von 3,2 % aus und für die Jahre 2006 und 2007 von 3,5 % des BIP, nach 3,6 % im Jahr 2004 (im Unterschied dazu erwartet die OECD für 2005 und 2006 je 3,2 % und für 2007 3,0 %). Damit würde Frankreich das Defizitziel von unter 3 % für 2005 und 2006 verfehlen. Die französische Regierung selbst hat für das kommende Jahr einen Haushalt vorgelegt, der von der Einhaltung der 3-%-Grenze ausgeht. Abweichungen der Prognose der EU-KOM von der offiziellen Regierungsprognose resultieren vor allem aus niedrigeren Wachstumsannahmen sowie unterschiedlichen Ansätzen bei den Ausgaben im Kommunalbereich und bei den Zuschüssen zu den sozialen Sicherungssystemen. Defizitmindernd wirken sich in jedem Fall zusätzliche Zins-einnahmen aus steuerlichen Maßnahmen sowie Einmaleffekte aufgrund der Integration der Pensionsverpflichtungen der öffentlichen Elektrizitäts- und Gasunternehmen in die öffentlichen Haushalte aus. Das recht hohe Defizit in den Folgejahren gründet sich darauf, dass einige Einmaleffekte auslaufen und sich ansonsten keine zusätzlichen Politikmaßnahmen defizitmindernd auswirken. Wichtige bislang bekannte finanzpolitische Maßnahmen (Einkommensteuerreform in 2007, Steuersubventionen für Investitionen, Integration der Pensionssysteme im Bereich der Post in das allgemeine System) sind in der Prognose der EU-KOM bereits berücksichtigt.

Um die staatliche Handlungsfähigkeit zu verbessern, hat die französische Regierung im Rahmen ihrer **Budgetreform** neue Haushaltsverfahren und ergebnisorientierte Ansätze implementiert, die als effizienzsteigernder Rahmen für das öffentliche Verwaltungshandeln dienen sollen. Um die sozialen Sicherungssysteme zu entlasten und damit die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen zu verbessern, wurden Reformen im Bereich der Renten (sukzessive Verlängerung der Beitragszeiten, Anreize zur Verlängerung der Lebensarbeitszeit, aber auch Möglichkeiten zur Frühverrentung) und der Gesundheit (Effizienzsteigerung durch klarere Zuständigkeiten, Regulierungsmaßnahmen, verbessertes Krankenhausmanagement) durchgeführt, die allmählich Wirkung zeigen.

Im Rahmen der Lissabon-Strategie hat die französische Regierung ein **Nationales Reformprogramm** vorgelegt, das zentrale Handlungsschwerpunkte für wirtschaftliches und soziales Wachstum unter den Herausforderungen der Globalisierung skizziert. Im Sinne einer wachstumsorientierten, aktiven Wirtschaftspolitik werden Schwerpunkte gelegt bei der Schaffung von Arbeitsplätzen („Make Work Pay“) und bei der Wiedereingliederung von Arbeitslosen. Um die unternehmerische Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen, will die Regierung sowohl das steuerliche als auch das regulatorische Umfeld der Unternehmen verbessern. Insbesondere sollen mit steuerlichen Maßnahmen auch Unternehmensgründungen erleichtert werden. Frankreich kündigt darüber hinaus an, im Bereich der Industrie und der Forschung eine aktivere Rolle einzunehmen und die Industriepolitik zu revitalisieren, nicht zuletzt durch öffentliche Investitionen und neue Finanzierungsarrangements. Frankreich beabsichtigt in diesem Zusammenhang die Gründung einer „Agentur zur Förderung der industriellen Innovation“, um die nach Ansicht einer Beratungskommission unzureichende Wettbewerbsfähigkeit hochtechnologischer Produkte in Frankreich zu verbessern.

Um die soziale Flanke der Lissabon-Agenda zu stärken, soll auch den sozialen Besonderheiten Frankreichs Rechnung getragen werden. Die Kommunikation der Notwendigkeit der Lissabon-Reformen wird als wichtiges Element einer sozial ausgewogenen Strategie angesehen.

Mit Blick auf die jüngsten Unruhen in Frankreich hat die Regierung Villepin ein Maßnahmenpaket angekündigt, das es den kommunalen und Sozialverbänden ermöglichen soll, den Bewohnern in Problemregionen Hilfestellung zu geben. Außerdem will der Staat 20 000 neue Stellen für junge Arbeitslose aus den Vororten schaffen.

7 Italien

- **Konjunktur zieht wieder leicht an**
- **Defizitverfahren wurde eingeleitet**

Nachdem Italien im letzten Quartal 2004 sowie im 1. Quartal des laufenden Jahres Einbußen in der Entwicklung des **realen BIP** hinnehmen musste, stieg das BIP im Vergleich zum Vorquartal im 2. Quartal erstmals wieder um 0,7%. Wesentliche Ursachen für diesen jüngsten Wandel waren der private Konsum und der Export, wobei sich bei Letzterem auch der niedrigere Euro-Außenwert bemerkbar gemacht haben dürfte. Trotz der positiven Entwicklung liegt das 1. Halbjahr noch 0,4% unter dem Ergebnis des 2. Halbjahres 2004. Die Konjunkturindikatoren deuten darauf hin, dass sich die gesamtwirtschaftliche Produktion im Jahresverlauf weiter stabilisieren wird, begünstigt durch die positive Weltkonjunktur, die den Export weiter stützen dürfte. Die OECD korrigierte vor diesem Hintergrund ihre Wachstumserwartungen von –0,6% für 2005 auf 0,2% nach oben. Auch die EU-KOM schätzt in ihrer Herbstprognose für 2005 einen Zuwachs von 0,2%. Sie erwartet für 2006 mit einem BIP-Wachstum von 1,5% eine deutliche Erholung.

Allerdings ist das Verbrauchervertrauen, im Unterschied zum Geschäftsklima in der Wirt-

schaft, weiterhin niedrig, was sich u. a. auch in der Entwicklung der Einzelhandelsumsätze niederschlägt. Negativ könnte sich überdies die allgemeine Unsicherheit im Zusammenhang mit den 2006 anstehenden Neuwahlen auswirken.

Weiter ungünstig entwickeln sich Handels- und Leistungsbilanz. In den ersten sieben Monaten dieses Jahres summierte sich das Handelsbilanzdefizit auf fast 5 Mrd. €. Das **Leistungsbilanzdefizit** soll lt. Prognose des IWF von 0,9% des BIP in 2004 auf 1,7% 2005 steigen (OECD 1,5%). Die Leistungsbilanzentwicklung ist u. a. Ausdruck einer für den internationalen Wettbewerb ungünstigen Exportstruktur.

Aufgrund des Ölpreisanstiegs verharrte die **Inflationsrate** im September bei 2,2% und lag damit über der 2%-Marke. Die EU-KOM sieht die jährliche Inflationsrate für 2005 bei 2,2%, für 2006 bei 2,1% und für 2007 bei 1,9%. Hauptrisiko bleiben, wie im gesamten Euroraum, die hohen Öl- und Energiepreise.

Die **Arbeitslosenquote** lag im Juni 2005 in Italien bei 7,7% und ist damit im Vergleich zum Jahresanfang (8,0%) rückläufig. Sie wird von der EU-KOM für das Gesamtjahr 2005 mit 7,7% prognostiziert (2006 7,6% und 2007 7,5%) und liegt damit unter dem Durchschnitt von 8,4% des Euroraums. Allerdings ist vor allem die hohe Arbeitslosigkeit von Frauen und Älteren problematisch. Auch die Arbeitslosigkeit der Jugendlichen unter 25 Jahren liegt mit 23,1% überdurchschnittlich hoch.

Der Regierung gelang es bisher nicht, die **Staatsfinanzen** zu sanieren und die hohe Verschuldung abzubauen. Die EU-Kommission hat Anfang Juni ein Defizitverfahren eingeleitet und für das kommende Jahr strikte Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung gefordert.

Der am 30. September vorgestellte Haushalt beinhaltet Kürzungen vor allem für die Regionen und Kommunen. EU-KOM und OECD prognostizieren für das laufende Jahr ein Staatsdefizit von 4,3%. Die italienische Regierung schätzt 4% und geht mit dem IWF konform, dass das Defizit 2006 knapp

über 5 % steigen könnte (EU-KOM und OECD 2006: 4,2%; EU-KOM 2007 4,6%; OECD 4,8%).

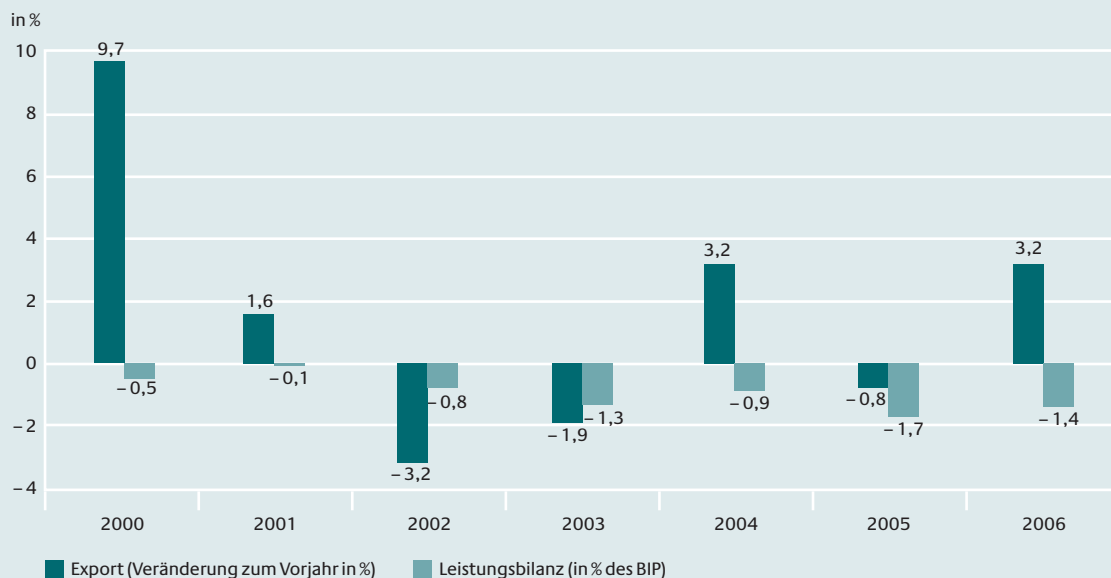
Die Staatsverschuldung in Italien ist weiterhin hoch. Mit rd. 106 % des BIP in 2004 lag sie deutlich über dem Maastricht-Referenzwert von 60 %. Die Regierung versucht, mit Privatisierungserlösen in Höhe von rd. 25 Mrd. € in diesem Jahr der wachsenden Verschuldung entgegenzuwirken.

Die italienische Wirtschaft ist weiterhin durch einige **Besonderheiten** gekennzeichnet. Hierzu gehört z. B. ihr hoher Anteil kleiner Familienbetriebe, in denen hauptsächlich Konsumgüter produziert werden. Dies bringt Probleme in der internationalen Wettbewerbsfähigkeit mit sich, die das Land insbesondere anfällig im Wettbewerb mit asiatischen Niedrigpreis Anbietern macht. Ein weiteres Strukturproblem der italienischen Volkswirtschaft bleibt das starke Nord-Süd-Gefälle.

Die Mitte-Rechts-Regierung von Ministerpräsident Berlusconi hat nach den Kommunalwahlen im April 2005 eine Regierungsumbil-

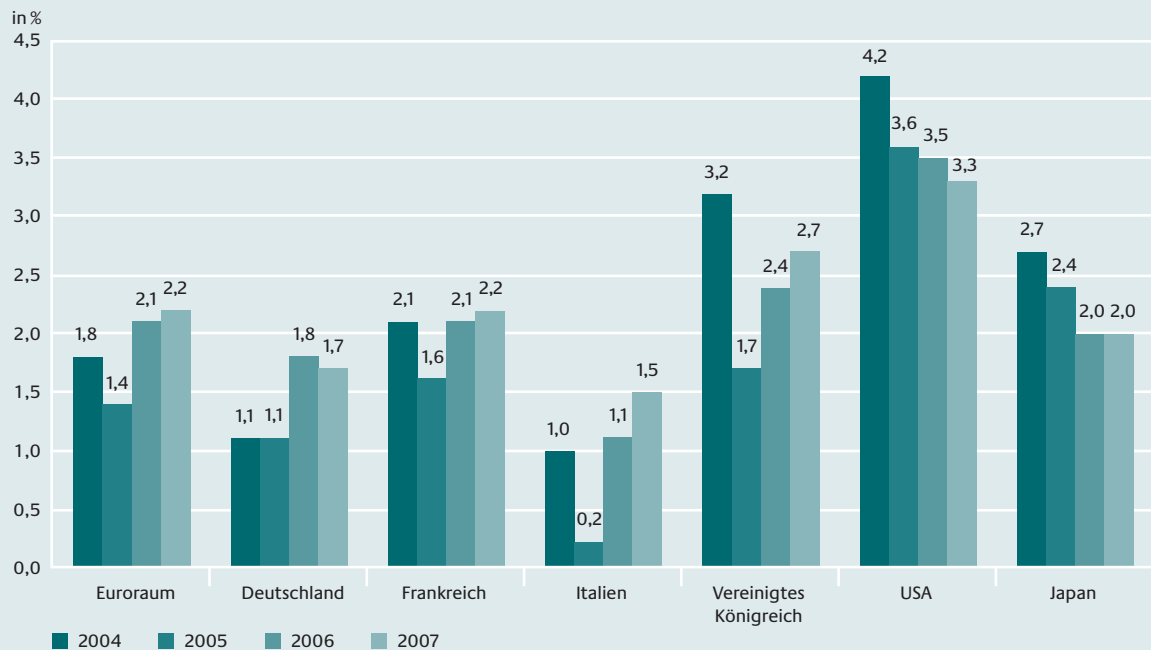
dung vorgenommen und die Reformpläne für 2005/2006 angepasst. Die italienische Regierung bekundet in ihrem jüngst auf EU-Ebene vorgelegten **Reformprogramm** ihren festen Willen zu Reformen. Als Schwerpunkte identifiziert wurden insbesondere ordnungspolitische Maßnahmen wie z. B. die Liberalisierung des Dienstleistungsbereiches, die Erhöhung der Leistungsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung und die Reduzierung der administrativen Regelungsdichte, verbesserte Rahmenbedingungen für KMU, bessere Nutzung von Humankapital und der Ausbau der Infrastruktur (Verkehrssysteme). Weiterhin ist vorgesehen, die Infrastruktur im Energie- und Wasserbereich auszubauen und Technologieprojekte in strategischen Bereichen, wie auf dem Gebiet alternativer Energien in Angriff zu nehmen. Auch im Bereich der Forschung sind umfangreiche Maßnahmen vorgesehen. Einige davon sind insbesondere auf den Süden konzentriert und sollen diesem Landesteil zu mehr Innovationskraft verhelfen.

Italien: Export und Leistungsbilanz

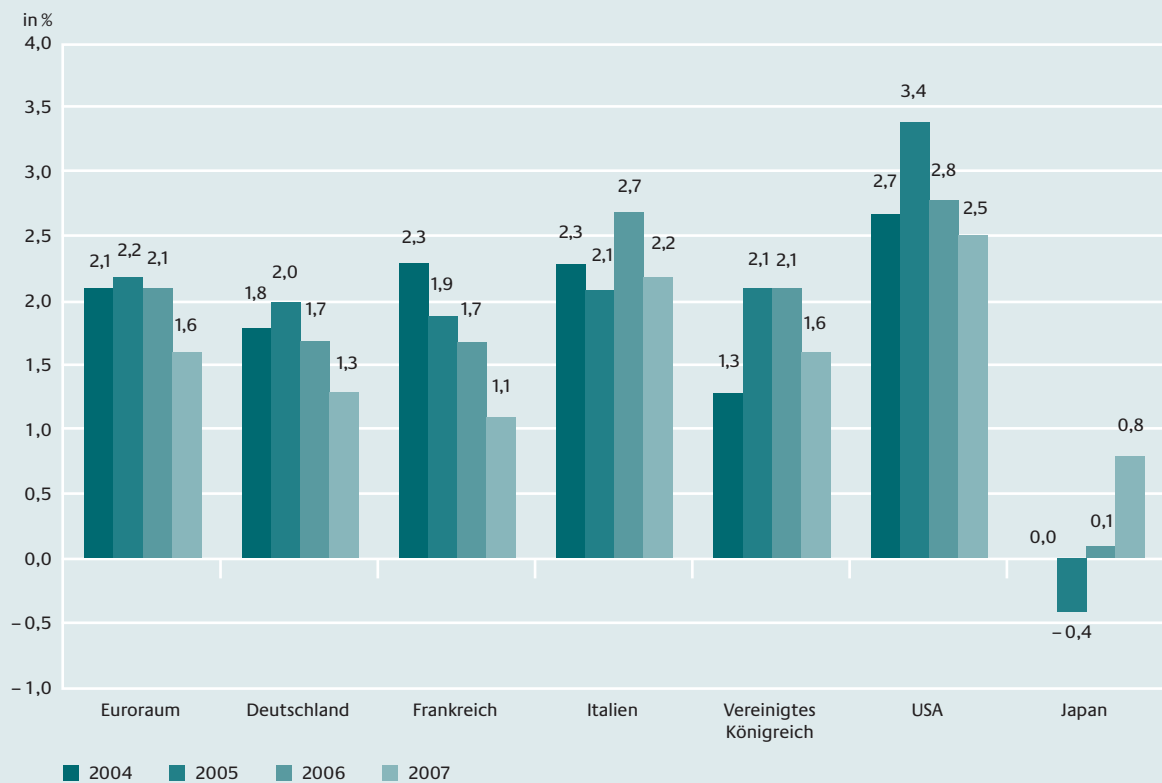


Quelle: IWF, September 2005.

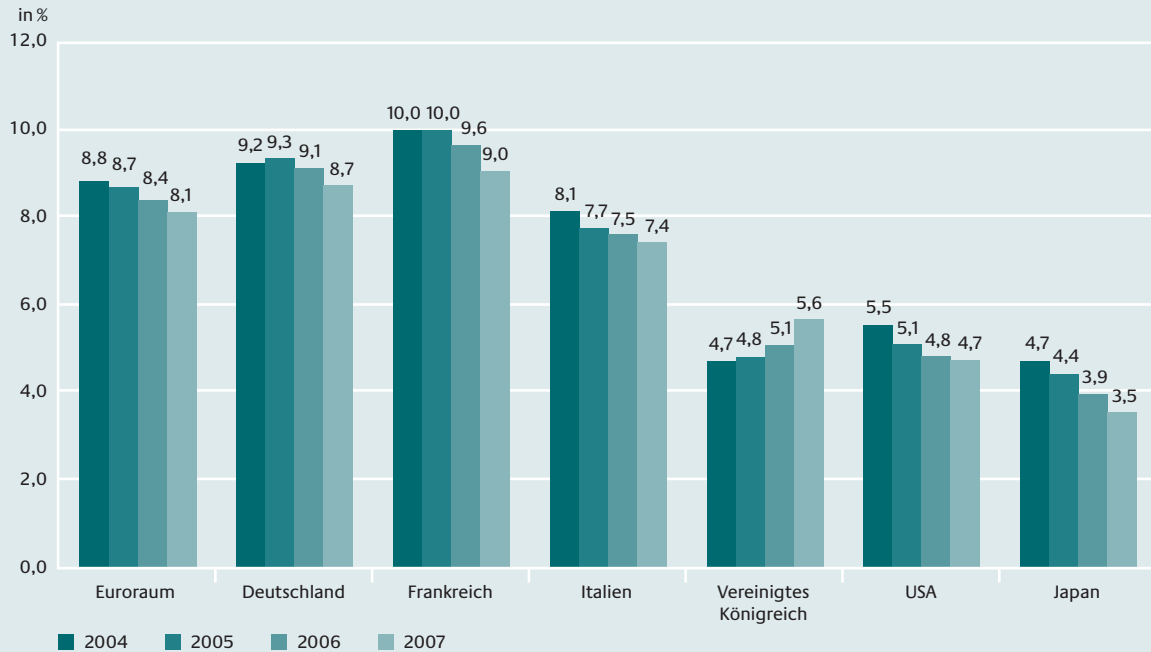
Reales BIP in % gegenüber dem Vorjahr



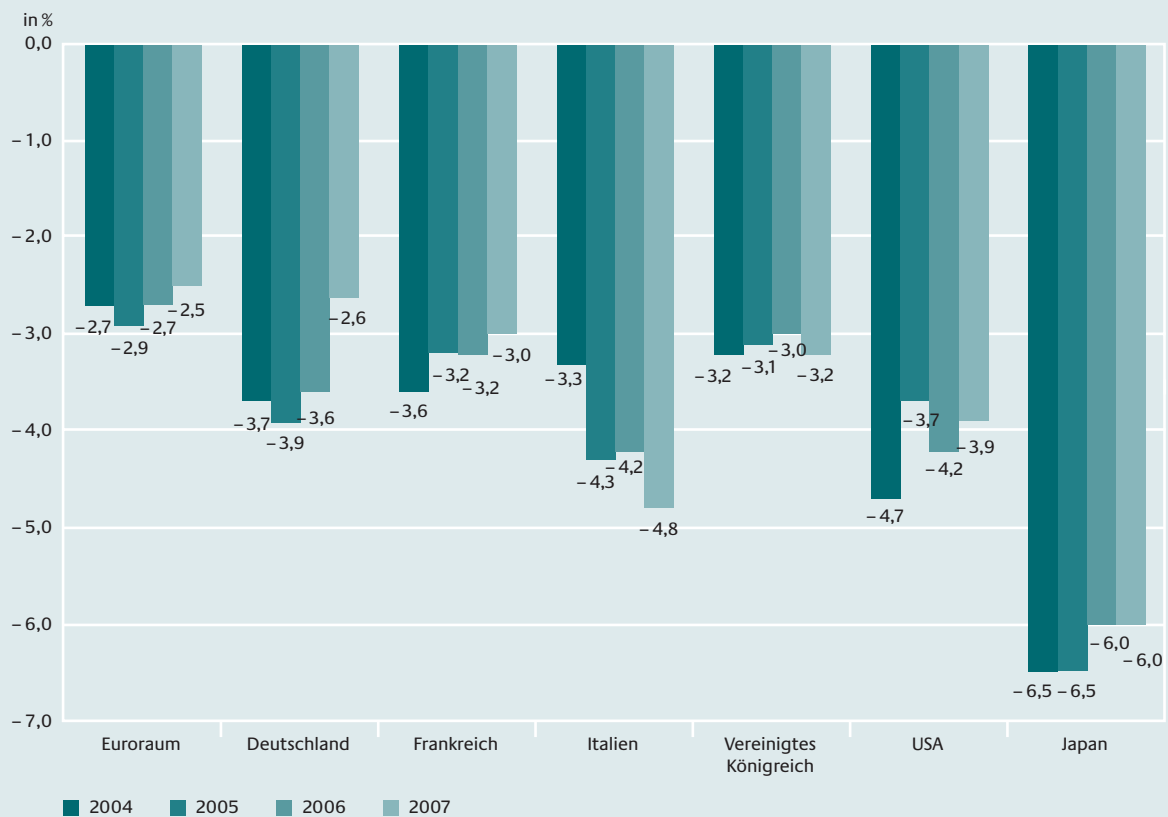
Inflation in %



Arbeitslosenquote in %



Haushaltssaldo in % des BIP



Bevölkerungsalterung und Staatsausgaben: Vorbereitung neuer Langfristrechnungen für die Mitgliedstaaten der EU

1	Einleitung	61
2	Methodik der Modellrechnungen	62
3	Ergebnisse der Abstimmung der Annahmen	63
3.1	Bevölkerungsentwicklung	63
3.2	Erwerbsbeteiligung und Beschäftigung	63
3.3	Produktivität und gesamtwirtschaftliches Wachstum	64
4	Sensitivitätsanalysen	65
5	Ausblick	65

1 Einleitung

Dass der demografische Wandel negative Konsequenzen für die öffentlichen Haushalte hat und in Zukunft – ohne gegensteuernde Maßnahmen – in noch größerem Umfang haben wird, ist seit vielen Jahren bekannt und wird kaum noch bestritten. Wie groß genau dieser Effekt sein wird und welchen belastungsmindernden Einfluss bereits verabschiedete Reformen in den sozialen Sicherungssystemen haben, ist allerdings weit aus weniger klar vorherzusagen. Untersuchungen zu den Auswirkungen des demografischen Wandels auf die öffentlichen Finanzen sind daher keine Seltenheit mehr. Nicht nur die Wissenschaft hat in den letzten Jahren ein verstärktes Interesse an diesem Thema entwickelt. Auch die Regierungen einzelner Länder haben mit einer eigenen Berichterstattung zu den fiskalischen Folgen der Bevölkerungsalterung begonnen.¹ Auskünfte über die potenzielle Entwick-

lung der Staatsausgaben in langfristiger Perspektive werden von den Mitgliedstaaten der EU zudem in den jährlich vorzulegenden Stabilitäts- und Konvergenzprogrammen verlangt.

Die Berechnungen der einzelnen EU-Mitgliedstaaten beruhen in der Regel auf unabhängig voneinander durchgeführten nationalen Analysen, die wegen unterschiedlicher Annahmen und Methoden in den Ergebnissen nicht ohne weiteres über die Länder vergleichbar sind. Der Rat der Wirtschafts- und Finanzminister (ECOFIN-Rat) hat den Wirtschaftspolitischen Ausschuss der EU (WPA) deshalb mit der Durchführung harmonisierter Rechnungen auf Gemeinschaftsebene für den Zeitraum bis 2050 beauftragt. Diese sehen Projektionen für jeden einzelnen Mitgliedstaat der EU auf Basis zuvor verabredeter Annahmen und Methoden vor. Damit sollen ältere Untersuchungen für die EU-15 aktualisiert und auf die neuen Mitgliedsländer ausgeweitet werden.² Die Untersuchungen

¹ In Deutschland hat das Bundesministerium der Finanzen im Juni 2005 einen ersten umfassenden „Bericht zur Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen“ vorgelegt (siehe Monatsbericht des BMF, Juni 2005, S. 37 ff.). An entsprechenden Arbeiten auf internationaler Ebene ist es seit langem beteiligt.

² Eine erste gemeinschaftsweite Rechnung wurde im Jahr 2001 erstellt, siehe dazu den Bericht des WPA „Budgetary challenges posed by ageing populations: The impact on public spending on pensions, health and long-term care for the elderly and possible indicators of the long-term sustainability of public finances“. Ein Download von dessen Website http://europa.eu.int/comm/economy_finance/epc_en.htm ist möglich.

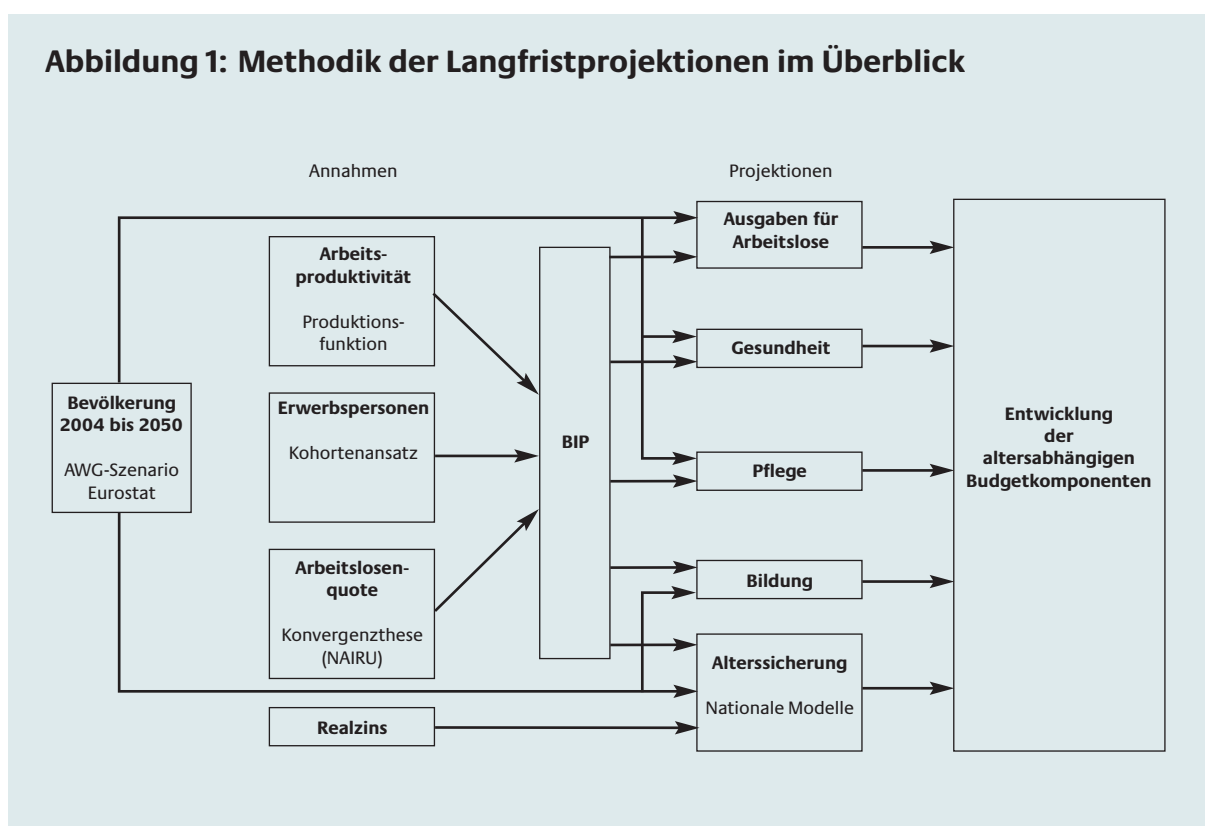
werden erneut von der EU-Kommission (Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen) und Experten der Mitgliedstaaten in der Arbeitsgruppe Bevölkerungsalterung (Ageing Working Group – AWG) des Wirtschaftspolitischen Ausschusses der EU durchgeführt.

Die konzeptionellen Vorarbeiten für die neuen Budgetrechnungen sind inzwischen abgeschlossen, eine intensive Diskussion über deren demografische und gesamtwirtschaftliche Annahmen hat stattgefunden. Die Arbeits-hypothesen und Methoden wurden vom WPA im November 2005 gebilligt. Die Vorgehensweise wird in einem umfassenden Bericht dokumentiert, der Interessenten schon jetzt in elektronischer Form zur Verfügung steht.³ Dessen wichtigste Inhalte werden im Folgenden ausgewertet und zusammengefasst.

2 Methodik der Modellrechnungen

Ausgangspunkt der Untersuchungen auf Gemeinschaftsebene sind die vom Statistischen Amt der Europäischen Union (Eurostat) erstellten Bevölkerungsvorausberechnungen bis zum Jahr 2050, die mit den nationalen Statistikämtern abgestimmt und – soweit erforderlich – angepasst wurden (AWG-Szenario). In einem zweiten Arbeitsschritt erfolgte die Einigung auf einen gemeinsamen Rahmen von Annahmen zur Abbildung des Arbeitsmarktes und zur künftigen Entwicklung der Arbeitsproduktivität. Das grundsätzliche Vorgehen lässt sich in Abbildung 1 nachvollziehen. Ziel der jetzt noch laufenden Untersuchungen ist die Darstellung langfristiger Entwicklungslinien für solche Kategorien

Abbildung 1: Methodik der Langfristprojektionen im Überblick



³ Das Dokument mit dem Titel „The 2005 EPC projections of age-related expenditure: Agreed underlying assumptions and projection methodologies“ kann von der Website des Wirtschaftspolitischen Ausschusses der EU unter http://europa.eu.int/comm/economy_finance/epc_en.htm abgerufen werden.

staatlicher Ausgaben, die von Änderungen in der Zusammensetzung der Bevölkerung – bei ansonsten unveränderten Bedingungen – voraussichtlich stark beeinflusst werden.

Explizit betrachtet werden die potenziellen Entwicklungen der öffentlichen Ausgaben bis zum Jahr 2050 in den Bereichen Alterssicherung, Gesundheit und Pflege, dazu die Bildungsausgaben und die Entwicklung der Lohnersatzleistungen als Folge möglicher Änderungen der strukturellen Arbeitslosigkeit. Die Ergebnisse für die einzelnen Budgetkomponenten können nach Abschluss der diesbezüglichen Arbeiten zu einer Projektion der demografieabhängigen Ausgaben zusammengefasst und in eine Prüfung der Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen als Ganzes eingebracht werden.

An der grundsätzlichen Methodik der Belastungsrechnungen hat sich gegenüber den früheren Arbeiten auf internationaler Ebene⁴ nur wenig geändert. Bei der Ableitung der Zahl der Erwerbspersonen (Kohortenansatz) und mit der Verwendung einer Produktionsfunktion wurden allerdings Neuerungen eingeführt. Sie erhöhen zwar die Komplexität der Rechnungen, erlauben aber ein genaueres Nachvollziehen der unterstellten ökonomischen Zusammenhänge. Der Festlegung konsistenter Annahmen und Methoden kommt für die spätere Vergleichbarkeit der Ergebnisse eine hohe Bedeutung zu.

3 Ergebnisse der Abstimmung der Annahmen

3.1 Bevölkerungsentwicklung

Die Zahl der Einwohner in der gesamten EU wird nach den Annahmen des AWG-Szenarios von heute etwa 457 Millionen bis zum Jahr 2025 auf etwa 470 Millionen weiter steigen, anschließend

aber allmählich zurückgehen und im Jahr 2050 einen Stand erreichen, der mit 454 Millionen etwas unter dem derzeitigen Niveau liegt.

Dahinter stehen in den einzelnen Mitgliedstaaten sehr unterschiedliche Entwicklungen. Während die Bevölkerung in manchen Ländern bis zum Projektionshorizont weiter wächst (Belgien + 4 %, Frankreich + 9 %, Schweden + 13 %, Vereinigtes Königreich + 8 %), geht sie in einigen anderen in etwa gleichem Umfang zurück (Deutschland – 6 %, Italien – 7 %, Polen – 12 %). Gemessen an dem sehr langen Zeitraum sind die Veränderungen in der absoluten Zahl der Einwohner nicht sonderlich groß. Von der Vorstellung eines stetigen Wachstums der Bevölkerung wird man sich – wenn die hier unterstellten Bedingungen eintreten – aber in vielen Fällen verabschieden müssen.

Noch viel deutlicher wird sich in Zukunft die altersmäßige Zusammensetzung der Bevölkerung vom heute gewohnten Bild unterscheiden. Der Altenquotient, der die Zahl der Senioren im Verhältnis zur Zahl der Einwohner im erwerbsfähigen Alter beschreibt, dürfte sich in der EU insgesamt – wie auch in Deutschland – bis 2050 annähernd verdoppeln. Tempo und Ausmaß der zu erwartenden Veränderungen unterscheiden sich allerdings von Land zu Land.

3.2 Erwerbsbeteiligung und Beschäftigung

Nach dem Schätzansatz, auf den sich die AWG für ihre Rechnungen verständigt hat, wird die Erwerbsbeteiligung der 15- bis 64-Jährigen in der EU insgesamt um etwa sechs Prozentpunkte ansteigen, von 69,4 % im Jahr 2003 über 74,6 % im Jahr 2025 auf 75,2 % im Jahr 2050. Der Anstieg in Deutschland läge mit etwa 6 1/2 Prozentpunkten über den gesamten Zeitraum sogar darüber und wäre bei den Frauen durchweg stärker als bei

⁴ Die ersten Untersuchungen in der EU wurden im Zusammenhang mit einer Expertengruppe der OECD durchgeführt. Beide Projekte basierten auf identischen makroökonomischen und demografischen Annahmen. Siehe OECD Economic Outlook Nr. 69, Juni 2001.

den Männern ausgeprägt. Am deutlichsten nimmt die Erwerbsbeteiligung in der EU in der Altersgruppe der 55- bis 64-Jährigen zu, weil sich hier nach den Annahmen der AWG auch die Effekte der – in Deutschland wie in einigen anderen Ländern – bereits verabschiedeten Rentenreformen in einer Erhöhung des tatsächlichen Renteneintrittsalters niederschlagen.

Aus dem unterstellten Erwerbsverhalten und der Entwicklung des Arbeitskräfteangebots lassen sich in Kombination mit einer Hypothese über den Verlauf der Arbeitslosigkeit Informationen über die anzunehmende Entwicklung der Beschäftigung im Projektionszeitraum gewinnen. In den Rechnungen auf Gemeinschaftsebene wird grundsätzlich unterstellt, dass die Arbeitslosenquote bis 2010 einen Wert annimmt, der dem Ansatz der EU-Kommission für die inflationsstabile Arbeitslosenquote (NAIRU) entspricht. In Mitgliedstaaten mit überdurchschnittlich hoher struktureller Arbeitslosigkeit wird grundsätzlich davon ausgegangen, dass es bis 2015 zu einer Annäherung an den derzeit für die EU-15 insgesamt geschätzten Wert kommt. Im Falle Deutschlands bedeutet das, dass die Arbeitslosigkeit in den Modellrechnungen von rund 10 % aktuell über 8,5 % im Jahr 2010 auf rd. 7 % im Jahr 2015 sinkt. Im Falle der neuen EU-Mitgliedstaaten wird – bei wesentlich höheren Werten – ein längerer Anpassungszeitraum unterstellt. Vom Jahr 2025 an verändern sich die Arbeitslosenquoten in der Ausgangsvariante dann nicht mehr. Mögliche Reaktionen auf die langfristig eintretende Verknappung des Faktors Arbeit werden in einer Sensitivitätsanalyse (siehe Abschnitt 4, S. 65) berücksichtigt.

3.3 Produktivität und gesamtwirtschaftliches Wachstum

Der vergleichsweise einfache Ansatz der letzten koordinierten SchätZRunde, bei der das gesamtwirtschaftliche Wachstum aus der Zahl der Erwerbstätigen und der angenommenen Verän-

derung der Arbeitsproduktivität abgeleitet wurde, wird für die neuen Rechnungen auf Gemeinschaftsebene aufgegeben. Stattdessen kommt eine Produktionsfunktion zum Einsatz, die neben dem Faktor Arbeit die Entwicklung des gesamtwirtschaftlichen Kapitalstocks einbezieht. Die Schätzung des Produktionspotenzials erfordert in diesem Fall zusätzliche Annahmen über die künftige Entwicklung der Investitionen sowie den technischen und organisatorischen Fortschritt (die totale Faktorproduktivität). Sie wurden so kalibriert, dass sich am Ende des Projektionszeitraums über alle Länder hinweg eine Konvergenz in der Entwicklung der Arbeitsproduktivität auf einen Wert von jahresdurchschnittlich $+1\frac{3}{4}\%$ ergibt. Langfristig unterscheidet sich diese Annahme von den bisher – auch von der OECD – verwendeten Setzungen nicht.



Werden alle Daten in der Produktionsfunktion zusammengeführt, ergibt sich schließlich ein Zeitpfad für die Entwicklung des potenziellen Bruttoinlandsprodukts. Für die EU-25 würde sich das für die Jahre 2004 bis 2010 geschätzte Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten von preisbereinigten 2,4 % auf einen Zuwachs von 1,2 % pro Jahr im Zeitraum 2031 bis 2050 verringern. In den neuen Mitgliedstaaten würde das Wachstum mit einer Verlangsamung von 4,2 % auf 0,9 % noch stärker gebremst. Dies ist auf die unterstellte Angleichung beim Produktivitätsfortschritt, vor allem aber auch auf die angenommene (gegenüber den Jahren zuvor deutlich ungünstigere) demografische Entwicklung zurückzuführen. In Deutschland liegt das errechnete Potenzialwachstum auf mittlere Sicht (2004 bis 2010) bei

jahresdurchschnittlich 1,7%. Unter den hier getroffenen Annahmen – das heißt auch ohne weitere Politikmaßnahmen – dürfte es gegen Ende des Projektionszeitraums wie in der Gemeinschaft insgesamt bei nur noch 1,2% liegen. Schon in den Jahrzehnten dazwischen würde die Verminderung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter durch eine Zunahme der Erwerbsbeteiligung bzw. der Beschäftigung nicht mehr vollständig ausgeglichen.

4 Sensitivitätsanalysen

Um die Reagibilität der geplanten Budgetprojektionen gegenüber Änderungen in den Annahmen zu testen, sollen – wie bei Langfristrechnungen üblich – Sensitivitätsanalysen durchgeführt werden. Auch die Grundzüge hierzu sind für die Rechnungen auf Gemeinschaftsebene bereits

festgelegt. Der WPA verständigte sich auf Variationen der Annahmen bezüglich der Lebenserwartung, der Beschäftigung, der Produktivität und des langfristigen Zinssatzes, der in der Ausgangsvariante bei real 3% liegt. Über die Durchführung weiterer Zusatzrechnungen, mit denen sich die Auswirkungen künftiger Reformen abschätzen ließen, soll zu einem späteren Zeitpunkt entschieden werden.

5 Ausblick

Die Arbeiten an den Budgetprojektionen werden voraussichtlich Anfang nächsten Jahres abgeschlossen. Ein Bericht darüber soll dem ECOFIN-Rat im Februar 2006 vorgelegt werden. Eine Veröffentlichung auch dieser Ergebnisse durch den WPA ist geplant, und wir werden zu gegebener Zeit an dieser Stelle darüber berichten.

Erweiterungspaket und -strategie der EU-Kommission

1	Überblick und Erweiterungsstrategie	67
2	Die Beitrittsländer	68
3	Die potenziellen Kandidatenländer	71

1 Überblick und Erweiterungsstrategie

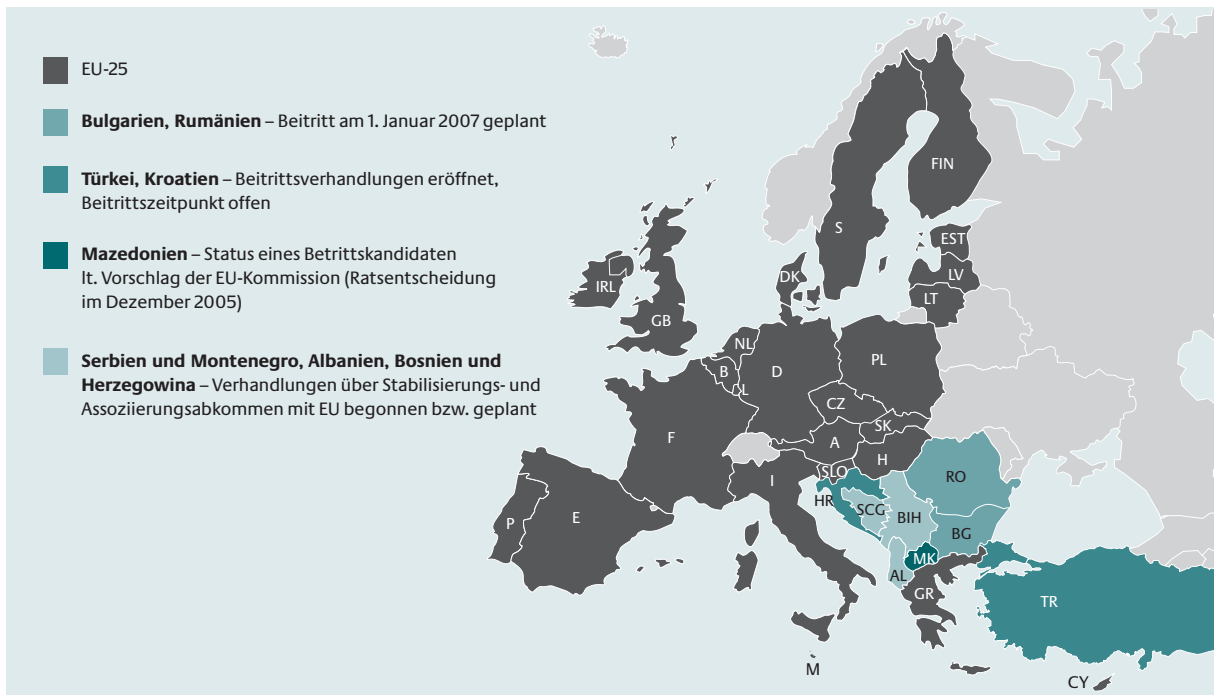
Die EU-Kommission hat am 9. November 2005 ein Erweiterungspaket vorgelegt – bestehend aus der allgemeinen Erweiterungsstrategie und den regelmäßigen Fortschrittsberichten für die Türkei, Kroatien und die Westbalkanländer (Albanien, Mazedonien, Bosnien und Herzegowina, Serbien und Montenegro sowie Kosovo). Bestandteil des Erweiterungspakets ist ferner die Stellungnahme der EU-Kommission zum Beitrittsantrag von Mazedonien sowie Beitrittspartnerschaften für die Türkei und Kroatien. Für die Westbalkanländer schlägt die EU-Kommission Europäische Partnerschaften vor. Bereits am 25. Oktober 2005 hatte die EU-Kommission umfassende Monitoringberichte über die Vorbereitung Bulgariens und Rumäniens auf den EU-Beitritt vorgelegt.

In ihren Monitoringberichten bescheinigt die EU-Kommission sowohl Bulgarien als auch Rumänien deutliche Fortschritte auf dem Weg zum Beitritt, weist aber gleichzeitig auf ernsthafte Defizite hin, die einen Beitritt zum 1. Januar 2007 gefährden können. Die EU-Kommission wird im Frühjahr 2006 Berichte vorlegen, die ausschlaggebend dafür sein werden, ob die Beitritte wie geplant erfolgen können oder der Beitritt eines Landes oder beider Länder um ein Jahr auf den 1. Januar 2008 verschoben wird. Beide Länder erhielten von der EU-Kommission Frühwarnbriefe, in denen die Behebung der Defizite angemahnt wird. Aus den Berichten der EU-

Kommission zur Türkei und Kroatien sowie zu den Ländern des Westbalkans wird erkennbar, dass diese Länder weitere Schritte in Richtung Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Marktwirtschaft gemacht haben. Gleichwohl wird aber offen auf die noch vorhandenen, zum Teil nicht unerheblichen Defizite hingewiesen.

In ihrem Strategiepapier unterstreicht die EU-Kommission, dass der EU-Erweiterungsprozess wesentlich zur erfolgreichen Transformation der mittel- und osteuropäischen Länder beigetragen hat. Neben der Gesamtdarstellung der Erweiterungspolitik bezogen auf die Beitrittsländer Türkei und Kroatien wird ein Fahrplan für die potenziellen Kandidatenländer des Westbalkans vorgestellt. Die EU-Kommission lässt sich hierbei von drei Grundprinzipien leiten:

- Konsolidierung, d. h. die Europäische Union steht zu ihren eingegangenen Verpflichtungen gegenüber der Türkei und den Westbalkanländern. Es wird jedoch künftig keine Gruppenbeitritte mehr geben, sondern streng differenziert je nach Fortschritt eines Bewerbers. Gleichzeitig muss die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union erhalten bleiben, die finanziellen Grenzen sind zu respektieren und die ordnungsgemäße Implementierung der EU-Politiken muss gewährleistet sein.
- Konditionierung, d. h. strikte und faire Erfüllung des jeweiligen Kriteriums, um die nächste Stufe zu erreichen. Dies soll Ansporn für Reformanstrengungen sein, impliziert aber auch bei schwer wiegenden Versäumnissen,



die Verhandlungen auszusetzen. Für die Westbalkanstaaten entwickelte die EU-Kommission einen Fahrplan in sechs Stufen zur Verwirklichung der Beitrittsperspektive, die über den Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess in der letzten Stufe zur Eröffnung der Beitrittsverhandlungen führt, wenn die Kopenhagener Kriterien hinreichend erfüllt sind.

- Kommunikation, d. h. verstärkte Öffentlichkeitsarbeit zur Erweiterungspolitik, um der gerade in letzter Zeit zunehmenden negativen Haltung der Bevölkerung der EU-Mitgliedstaaten entgegenzuwirken.

2 Die Beitrittsländer

Bulgarien

Das politische Kriterium wird nach Einschätzung der EU-Kommission nach wie vor erfüllt. Während in einigen Bereichen, wie Schutz der freien Meinungsäußerung, gegenüber dem letzten Bericht Fortschritte erzielt wurden, besteht in anderen Bereichen, wie Reform der öffentlichen Verwaltung, Funktionieren des Justizsys-

tems und Bekämpfung von Menschenhandel, noch weiterer Handlungsbedarf. Vor allem der Korruptionsbekämpfung muss weiterhin hohe Priorität eingeräumt werden.

Bulgarien wird eine funktionierende Marktwirtschaft weiterhin bestätigt, die bei Beibehaltung des Reformkurses in der Lage sein dürfte, dem Wettbewerbsdruck standzuhalten. Die wirtschaftliche Entwicklung ist mit Wachstumsraten von über 5 %, einer niedrigen Inflationsrate und einer gesunkenen Arbeitslosenquote anhaltend positiv. Allerdings haben sich die außenwirtschaftlichen Defizite ausgeweitet, im 1. Halbjahr 2005 lag das Leistungsbilanzdefizit trotz Maßnahmen zur Einschränkung des Kreditwachstums bei 9,6 % des BIP. Deshalb bleiben die Fortsetzung einer umsichtigen Fiskalpolitik und ein moderates Lohnwachstum wichtige wirtschaftspolitische Herausforderungen. Weitere Reformen sind notwendig zur Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, insbesondere im administrativen und rechtlichen Bereich und bei der Flexibilisierung des Arbeitsmarktes. Erhebliche Fortschritte wurden bei der Privatisierung staatseigener Unternehmen und bei der Liberalisierung der Sekto-

Voraussetzung für die Mitgliedschaft ist die Erfüllung der Kopenhagener Kriterien:

- eine institutionelle Stabilität als Garantie für die demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, für die Wahrung der Menschenrechte sowie die Achtung und den Schutz von Minderheiten – **politisches Kriterium**;
- eine funktionsfähige Marktwirtschaft sowie die Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften innerhalb der Union standzuhalten – **wirtschaftliches Kriterium**;
- dass die einzelnen Beitrittskandidaten die aus einer Mitgliedschaft erwachsenen Verpflichtungen übernehmen und sich die Ziele der politischen Union sowie der Wirtschafts- und Währungsunion zu Eigen machen – **Kriterium der Übernahme des Besitzstandes der Gemeinschaft (Acquis)**.

ren Telekommunikation, Energie und Transport erreicht.

15 Monate vor dem geplanten Beitritt am 1. Januar 2007, den die EU-Kommission als noch realisierbar einschätzt, hat Bulgarien seine Rechtsvorschriften in relativ hohem Maße an den gemeinsamen Besitzstand angeglichen. Um den Beitritt jedoch nicht zu gefährden, sind noch größere Anstrengungen u. a. bei der Geldwäschebekämpfung und bei der Umsetzung von Umweltvorschriften erforderlich. Anlass zu ernster Besorgnis sieht die EU-Kommission auch bei Produkt- und Markenpiraterie, in unzureichenden Verwaltungskapazitäten im Landwirtschaftsbereich, bei Kraftfahrzeugversicherungen sowie bei Korruption und organisierter Kriminalität.

Rumänien

Rumänien erfüllt nach Auffassung der EU-Kommission das politische Beitrittskriterium. Es gibt aber vor allem bei der Reform des Justizwesens (inkl. Korruptionsbekämpfung), der Integration von Minderheiten und der Rückgabe von Eigentum noch Reformbedarf.

Die EU-Kommission sieht Rumänien weiterhin als funktionierende Marktwirtschaft an, die gekennzeichnet ist durch ein solides Wachs-

tum, eine – trotz steigender Energiepreise – insgesamt erfolgreiche Disinflationspolitik, die Verringerung der registrierten Arbeitslosigkeit und eine entspannte Budgetlage. Rumänien verzeichnet zwar einen stark negativen Außenbeitrag. Dieser ist aber zu großen Teilen durch Auslandsinvestitionen finanziert. Strukturreformen müssen in Rumänien weiterhin eine Stärkung der Finanzdisziplin von Unternehmen (Steuerpflicht sowie Bezahlung von Wettbewerbspreisen bei Energielieferungen) und eine Fortsetzung des Privatisierungsprozesses beinhalten.

Derzeit hält die EU-Kommission einen Beitritt, wie geplant, zum 1. Januar 2007 für möglich, stellt aber folgende Bereiche heraus, in denen Rumänien noch größere Anstrengungen vornehmen muss: Bekämpfung der Geldwäsche, Voraussetzungen zur effizienten und nachkontrollierbaren Auszahlung von EU-Mitteln der Landwirtschafts-, Struktur- und Kohäsionspolitik, Kontrolle von staatlichen Beihilfen, Anwendung des Besitzstandes in der Zollunion sowie Bekämpfung der organisierten Kriminalität.

Türkei

Nach Auffassung der EU-Kommission erfüllt die Türkei zwar „weiterhin in ausreichendem Maße die politischen Kriterien“, jedoch hat sich 2005

Wichtige Indikatoren der Wirtschaftsstruktur 2004

	Bevölkerung	BIP pro Kopf in KKS ¹	Anteil Landwirtschaft am BIP	Arbeitslosigkeit	Investitionen	Exporte
	in Mio. Einwohner	in % des Durchschnitts EU-25	in %	in %	in % des BIP	in % des BIP
Bulgarien	7,8	30,8	10,9	12,0	20,9	58,4
Rumänien	21,7	31,6	11,6	8,1	22,5	36,2
Kroatien	4,4	46,0	8,2	14,2	27,6	47,5
Türkei	71,2	29,0	11,1	10,3	18,0	29,1

¹ Kaufkraftstandards.

Quelle: Fortschrittsberichte der EU-Kommission, Herbst 2005.

das Reformtempo verlangsamt. Es gibt weiterhin Menschenrechtsverletzungen und mangelnden Minderheitenschutz. Trotz des vorhandenen Rechtsrahmens zur Bekämpfung von Folter und Misshandlungen „kommen derartige Fälle immer noch vor“. Defizite sind vor allem bei Meinungsfreiheit, religiösen Freiheiten, Frauen- und kulturellen Rechten vorhanden. Bezüglich der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit erkennt die EU-Kommission an, dass die Türkei wichtige Reformen vollzogen hat.

Die EU-Kommission weist darauf hin, dass die Türkei das Kriterium der funktionsfähigen Marktwirtschaft erfüllt, solange sie den Stabilisierungs- und Reformkurs entschlossen beibehält. Dabei werden die Fortschritte im Rahmen der makroökonomischen Stabilisierung unterstrichen. Insgesamt ist die Beurteilung der Wirtschaftslage positiv: Die Türkei „dürfte mittelfristig in der Lage sein, dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften innerhalb der Union standzuhalten“.

Die EU-Kommission konstatiert gute Fortschritte bei der Übernahme des gemeinsamen Besitzstandes in den Bereichen Binnenmarkt und Wettbewerbspolitik. Jedoch weist sie darauf hin, dass in vielen anderen Bereichen die Türkei „umfangreiche weitere Anstrengungen unternehmen sollte, um die entsprechenden gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften und Standards zu übernehmen“. Besondere Defizite sieht der Fortschrittsbericht bei der Rechtsangleichung vor

allem im Finanz- und Agrarsektor, in den meisten sektoralen Politikbereichen, in der Regionalentwicklungspolitik und im Umweltbereich.

Kroatien

Nach Auffassung der EU-Kommission erfüllt Kroatien das politische Beitrittskriterium, wobei jedoch insbesondere bei der Anwendung des Strafrechts in Bezug auf Kriegsverbrechen und bei der Umsetzung von Minderheitenrechten zugunsten der Serben noch eine gewisse Lücke besteht. Wichtigster praktischer Punkt ist die zögerliche Rückgabe von Wohneigentum und Wohnrechten.

Die EU-Kommission attestiert Kroatien eine funktionierende Marktwirtschaft. Das Land dürfte mittelfristig dem Wettbewerb in der Europäischen Union standhalten. Eine stabilitätsbewusste makroökonomische Strategie hat in den letzten Jahren dazu beigetragen, das Haushalts- und Leistungsbilanzdefizit stetig zu reduzieren. Trotzdem muss die Konsolidierung der Staatsfinanzen weiter vorangetrieben werden (aktuell ist für 2005 ein Defizit von 4,2% des BIP geplant). Eine insbesondere auf die Tourismusindustrie ausgerichtete Wachstumsorientierung hat in den letzten Jahren zu einem soliden Wachstum zwischen 4 % und 5 % geführt. Handlungsbedarf besteht noch bei der Verringerung von Markteintritts- und Marktaustrittsbarrieren, die durch langfristige Existenzgrün-

dungsprozeduren bzw. Liquidationsverfahren entstehen. Die Durchsetzung von Rechten an geistigem Eigentum sowie von Gläubigerrechten ist ebenfalls noch zu verbessern. Staatlicher Interventionismus zeigt sich insbesondere bei Beihilfen für staatliche Großbetriebe (Schiffswerften und Energie).

Da erst im Oktober 2005 mit den Verhandlungen zu einem EU-Beitritt begonnen wurde, können derzeit bestehende Lücken bei der Rechtsumsetzung des gemeinsamen Besitzstandes nicht verwundern (z. B. freier Kapitalverkehr, Zollunion, Dienstleistungsfreiheit und Finanzkontrolle).

3 Die potenziellen Kandidatenländer

Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien

Mazedonien stellte am 22. März 2004 (vor Inkraft-Treten des Stabilisierungs- und Assoziationsabkommen im April 2004) einen Beitrittsantrag. Dazu legte die EU-Kommission nach Aufforderung des Rates Anfang November 2005 ihre Stellungnahme vor. Sie empfiehlt dem Rat, Mazedonien den Status eines Beitrittskandidaten zuzuerkennen. Der Europäische Rat wird seine Entscheidung hierzu im Dezember 2005 treffen.

Das Land hat einen hohen Grad an makroökonomischer Stabilität, die durch niedrige Inflation, eine solide Haushaltslage und niedrige Schulden gekennzeichnet ist. Das Funktionieren der Marktwirtschaft ist jedoch weiterhin durch wesentliche institutionelle Schwachstellen wie langwierige Verwaltungsverfahren, Mängel im Justizwesen und bei der Eintragung von Grundbesitz behindert. Dies wirkt sich negativ auf das Investitionsklima und vor allem die Gewinnung ausländischer Investitionen aus. Auch der Außenhandel lässt darauf schließen, dass die Volkswirtschaft Mazedoniens nur begrenzt in der Lage ist, dem Wettbewerbsdruck in der Europäischen Union standzuhalten.

Wenngleich die EU-Kommission Mazedonien Erfolge bei der Angleichung an EU-Standards bescheinigt, bedarf es in vielen Bereichen noch erheblicher Anstrengungen.

Bosnien und Herzegowina

Die EU-Kommission hat im Oktober 2005 die Aufnahme von Verhandlungen über ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen empfohlen und dem Rat einen Entwurf für Verhandlungsleitlinien vorgelegt. Zielsetzung ist der Beginn der Verhandlungen im Dezember 2005.

Bosnien und Herzegowina leidet unter komplizierten und zersplitterten Regierungsstrukturen, die verbessert werden müssen. Weiterhin besteht Handlungsbedarf bzgl. der vollständigen Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag sowie beim Minderheitenschutz.

Im wirtschaftlichen Bereich sind gewisse positive Entwicklungen zu verzeichnen: Das Wirtschaftswachstum nahm 2004 wieder zu und die Inflation blieb gering. Insbesondere im Bereich der indirekten Steuern kam es zu einer Harmonisierung zwischen den Verwaltungseinheiten. Allerdings kommen marktwirtschaftliche Grundsätze nur bedingt zur Anwendung, dies gilt besonders für staatlich festgesetzte Preise etwa im Energiesektor. Die Arbeitslosigkeit ist hoch. Nach wie vor sind große außenwirtschaftliche Ungleichgewichte zu verzeichnen. Der Privatisierungsprozess bzw. die Liquidation nicht privatisierungsfähiger Unternehmen muss beschleunigt und die Kapazität des Justizsystems bzgl. der Eigentumsrechte gestärkt werden. Es müssen ferner auch effizientere Regelungen für den Marktaustritt geschaffen werden.

Bei der Übernahme des gemeinsamen Besitzstandes wurden gewisse Fortschritte erzielt: In wirtschaftsrelevanten Gebieten trifft dies vor allem auf Binnenmarktfragen, Zoll und Steuern, Wettbewerb, öffentliches Auftragswesen, Rechte an geistigem und gewerblichem

Eigentum sowie auf die Geldwäschebekämpfung zu.

Serbien und Montenegro (einschließlich Kosovo)

Die Europäische Union nahm am 10. Oktober 2005 Verhandlungen mit Serbien und Montenegro über den Abschluss eines Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens auf, auch weil das Land stärker mit dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag zusammenarbeitet.

Es ist derzeit offen, ob die Staatenunion von Serbien und Montenegro fortgeführt werden wird: Für das Jahr 2006 ist in Montenegro eine Volksbefragung über eine mögliche staatliche Eigenständigkeit geplant. Beide Teile agieren in weiten Bereichen bereits heute als eigenständige Staaten. So gelten z. B. zwei verschiedene Währungen. Die Europäische Union versucht, dieser Situation mit dem sog. Twin-Track-Approach zu begegnen, d. h. sie plant ihre Maßnahmen so, dass sowohl die mögliche Fortführung der Staatenunion als auch die völlige Unabhängigkeit beider Teilrepubliken berücksichtigt werden. Zudem ist der künftige Status des Kosovo ungeklärt. Die Region steht seit 1999 unter der Verwaltung der Vereinten Nationen. Über den zukünftigen Status wurden unter Leitung des finnischen Ex-Präsidenten Martti Ahtisaari im November 2005 Verhandlungen aufgenommen.

In beiden Republiken finden marktwirtschaftliche Grundsätze nur in beschränktem Maße Anwendung, wobei jedoch der Prozess in Montenegro weiter fortgeschritten ist als in Serbien. So befindet sich die Entwicklung des Immobilienmarkts in beiden Teilrepubliken im Anfangsstadium. In beiden Teilrepubliken bedarf es weiterhin entschlossener Reformbemühungen, um dem Mangel an Wettbewerbsfähigkeit entgegenzuwirken. Beide Teilrepubliken erzielten Fortschritte im Binnenmarktbereich und insbesondere bei Zoll, Wettbewerb und Handel. Sie müssen sich weiterhin nachhaltig um die Verbesserung der gesetzge-

berischen und administrativen Kapazitäten bemühen, um ihre künftigen Verpflichtungen aus dem Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit der EU erfüllen zu können.

Die wichtigsten positiven Entwicklungen in Serbien waren die Fortsetzung der straffen Finanzpolitik, die Reduzierung von Handelsdefizit und Auslandsverschuldung sowie weitere Fortschritte bei der Umstrukturierung und Privatisierung des Bankensektors. Inflation und Lohndruck haben jedoch zugenommen; die Rahmenbedingungen für Unternehmen sind weiterhin schwierig.

In Montenegro waren die wichtigsten positiven Entwicklungen die Stärkung des Wirtschaftswachstums, ein weiterer Rückgang der Inflation, das Vorantreiben der Privatisierung, die Verringerung der Arbeitslosigkeit, der Abbau des Haushaltsdefizits sowie die Ausweitung der Kreditfähigkeit des Bankensektors. Allerdings nahm die Auslandsverschuldung weiter zu, die Wettbewerbsfähigkeit ging wegen beachtlicher Lohnanstiege zurück und die Entwicklung des Privatsektors wird weiterhin durch eine ineffiziente Justiz behindert.

Kosovo ist im Begriff, einen Rahmen für eine funktionsfähige Marktwirtschaft zu schaffen. Durch extensive Verwendung des Euro wurde die Geldwertstabilität gewährleistet. Der Privatisierungsprozess ist trotz der offenen Statusfrage und des insgesamt schwierigen Wirtschaftsklimas ansatzweise in Gang gekommen. Das Wirtschaftswachstum war schwach, was zumindest teilweise auf den Rückzug von Gebern und mangelnde Fortschritte bei der Wettbewerbsfähigkeit zurückzuführen ist. Die Arbeitslosigkeit ist weiterhin sehr hoch. Anzugehen sind insbesondere Probleme wie Eigentumsrechte, Schwächen der Justiz und mangelhafte Infrastruktur.

Albanien

Albanien führt seit Januar 2003 Verhandlungen über ein Stabilisierungs- und Assoziierungsab-

kommen mit der Europäischen Union. Nach Auffassung der EU-Kommission ebnen die bisher erzielten Fortschritte bei der Gesetzgebung und der Formulierung von Aktionsplänen den Weg für den Abschluss dieser Verhandlungen. Defizite sind vor allem noch bei der Implementierung von Rechtsvorschriften, der Leistungsfähigkeit und Unabhängigkeit der Justiz, der Durchsetzung von Eigentumsrechten sowie beim Kampf gegen die Korruption vorhanden.

Die albanische Wirtschaft erfüllt die wirtschaftlichen Beitrittskriterien noch nicht vollständig. So ist insbesondere eine weitere Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit notwendig. Das Wirtschaftswachstum ist weiterhin stark (rd. 6 %)

und der Haushalt wurde zunehmend konsolidiert. Bei den kleinen und mittleren Unternehmen ist die Privatisierung abgeschlossen, bei den großen Unternehmen kam es jedoch zu Verzögerungen (Albtelecom, Unternehmen im Energiesektor). Die Leistungsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung ist noch verbesserungsbedürftig.

Albanien hat gewisse Fortschritte bei der Angleichung an europäische Standards erzielt, dies gilt besonders für den Bereich des Binnenmarkts. Nachholbedarf besteht hingegen noch in den Bereichen freier Kapitalverkehr, Wettbewerb sowie bei der Bekämpfung der Geldwäsche und der organisierten Kriminalität.

Wichtige Indikatoren der Wirtschaftsentwicklung der potenziellen Kandidatenländer 2004

	Bevölkerung	BIP pro Kopf	BIP-Wachstum	Inflation	Arbeitslosigkeit	Leistungsbilanzsaldo (einschl. Transfers) in % des BIP
	in Mio. Einwohner	in €	in %	in %	in %	
Mazedonien	2,0	2 020	2,9	– 0,4	39,3	– 7,7
Bosnien und Herzegowina	3,8	1 730	5,0	0,4	47,0	– 23,3
Serbien	7,5	2 320	8,6	9,5	18,5	– 13,1
Montenegro	0,6		3,0	3,4	22,6	– 9,7
(Kosovo)	2,3		3,7	0,2	42,0	– 7,5
Albanien	3,1	1 950	5,9	2,9	14,1	– 4,4

Quelle: Fortschrittsberichte der EU-Kommission, Herbst 2005; Bank Austria.

Die Abgaben auf Fahrzeuge in Europa im Jahr 2005

Neue Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) im Auftrag des Bundesministeriums der Finanzen. Autoren (DIW Berlin): Dominika Kalinowska, Hartmut Kuhfeld, Uwe Kunert, Oliver Rülcke

Im europäischen Raum bestehen hinsichtlich der fiskalischen Belastungen für den Erwerb, das In-Verkehr-Bringen und die Nutzung von Kraftfahrzeugen erhebliche Unterschiede. Dabei zeigen sich die Differenzen nicht nur in unterschiedlichen Steuer- und Abgabenbelastungen, sondern auch in unterschiedlichen Ausgestaltungen der einzelnen relevanten Besteuerungskomponenten wie z. B. der Bemessungsgrundlagen und der Steuertarife.

Die Kfz-bezogenen Steuern sind seit geraumer Zeit Gegenstand intensiver Diskussionen auf innerstaatlicher wie auf EU-Ebene. Reformvorschläge reichen z. B. bei der Kraftfahrzeugsteuer von einer noch stärkeren ökologischen Ausrichtung bis hin zur Abschaffung. Für die Mineralölsteuer werden einerseits eine Absenkung aufgrund des gestiegenen Ölpreises und andererseits Änderungen unter ökologischen Aspekten gefordert. Die EU-Kommission hat im Juli 2005 einen Richtlinienvorschlag zur EU-weiten Annäherung der Besteuerung von Personenkraftwagen und zur gleichzeitigen Einführung von CO₂-Komponenten bei der Bemessung dieser Steuern vorgelegt.

Für die Beleuchtung der verschiedensten Fragestellungen war eine vergleichende Darstellung und Beurteilung der Belastungskomponenten im europäischen Raum notwendig. Die vom DIW Berlin im Auftrag des Bundesministeriums der Finanzen erstellte Studie erfüllt diese Anforderung. Das Bundesministerium der Finanzen ist verantwortlich für die Problem- und Themenstellung der Untersuchung; die Verantwortung

für die empirische Analyse sowie die Datenreihen liegt beim DIW Berlin.

Kurzfassung der Studie

Erwerb, Besitz und Betrieb von Kraftfahrzeugen unterliegen einer Vielzahl von fiskalischen Belastungen, die in ihrer Zielsetzung, Art und Ausgestaltung international sehr verschieden sind. Mit der vorliegenden Untersuchung wird eine vergleichende Darstellung und Beurteilung der Belastungskomponenten gegeben, die als Informationsbasis für viele finanz-, verkehrs- und wettbewerbspolitische Fragestellungen erforderlich ist. Die Untersuchung ist vom DIW Berlin im Auftrag des Bundesministeriums der Finanzen erstellt worden, sie bietet einen systematischen Überblick über die Arten und die Höhe der Abgaben in europäischen Ländern und bereitet diese Informationen datentechnisch so auf, dass für ausgewählte Fahrzeugkategorien aussagekräftige Darstellungen der gesamten Abgabenbelastung möglich sind.

In dieser Studie werden mit der Umsatzsteuer, der Zulassungsteuer, der Kfz-Steuer, der Versicherungsteuer und der Mineralölsteuer fast alle Abgaben auf den Erwerb, das In-Verkehr-Bringen und die Nutzung von Kraftfahrzeugen berücksichtigt. Erfasst werden auch Verwaltungsgebühren, die einmalig oder periodisch fällig sein können. In diese Untersuchung einbezogen wurden die 25 Mitgliedstaaten der EU, die Schweiz und Norwegen (s. Tabelle 1, S. 76).

Nach einem systematischen Überblick der existierenden Abgabearten und ihrer Ausgestaltung in den Untersuchungsländern wurden diese Informationen weiter gehend detailliert aufbereitet, um die konkrete Abgabenbelastung ausgewählter Fahrzeuge in den Ländern berechnen zu können. In Datenbanken wurden alle Informationen zur formalen Inzidenz der Belastung von Kraftfahrzeugen zusammengestellt. In den Dateien werden die Fahrzeugmerkmale mit den relevanten Besteuerungsgrundlagen verknüpft. Basierend auf diesen Informationen werden fixe und variable Kostenbestandteile für ausgewählte Fahrzeuge (22 Pkw-Modelle, zehn Lkw-Modelle) ermittelt und zu einer Gesamtbelastung kombiniert.

Um einen aussagekräftigen Ländervergleich der Abgabensysteme zu erhalten, ist eine Reihe von Annahmen zu treffen, die für alle betrachteten Länder gleichermaßen gelten. Die einmaligen Abgaben werden für Pkw entsprechend dem durchschnittlichen Wertverlust in den ersten vier Jahren verteilt, bei den gewerblichen Fahrzeugen werden die einmaligen Abgaben auf sechs Jahre umgelegt. Für die Berechnungen wird angenommen, dass die betrachteten Pkw privat, die betrachteten Lkw gewerblich gehalten werden. Die ermittelten Abgaben beziehen sich auf die für Neufahrzeuge jährlich beim Erstbesitzer entstehenden Abgaben. Die in den Ländern unterschiedliche Höhe

der Netto-Neuwagenpreise wird bei der Berechnung der Umsatzsteuer und der Zulassungssteuer berücksichtigt. Im Ergebnis bietet diese Untersuchung eine systematische Bestandsaufnahme der Abgaben, gegliedert nach Ländern und den relevanten Komponenten.

In den untersuchten Ländern kommen prinzipiell Steuern zur Anwendung, die einmalig in Verbindung mit dem Kauf und der Zulassung von Fahrzeugen anfallen, solche, die an den Besitz oder das Halten geknüpft periodisch zu entrichten sind, und solche, die in Abhängigkeit von der Nutzung entstehen (s. Tabelle 2, S. 77).

Mit dem Erwerb und der erstmaligen Zulassung eines neuen Pkw sind in allen Ländern einmalige Abgaben zu entrichten. Dies ist zuerst die Umsatzsteuer beim Kauf des Fahrzeuges mit Sätzen von 7,6 % bis 25 %, zu der nur in Schweden keine weitere Abgabe hinzukommt. In Deutschland, Estland, Großbritannien, Litauen, Luxemburg, der Slowakei, der Schweiz und Tschechien zahlt der Fahrzeughalter bei der Zulassung moderate Gebühren, jedoch keine Zulassungssteuer. In weiteren 18 Staaten ist bei der Zulassung eine Steuer zu entrichten, darunter in neun Ländern zusätzlich eine Zulassungsgebühr. Insgesamt gibt es bei der Bestimmung der Zulassungssteuer mindestens zehn verschiedene Bemessungsgrundlagen und Kombinationen davon. Am häufigsten sind dabei der Kaufpreis und das Motorvolumen des Fahrzeuges von

Tabelle 1: Abgaben auf Kraftfahrzeuge
Systematisierung der Untersuchungskriterien

Steuern, Gebühren	Steuer-/Abgaben-gegenstand	Besteuerungsgrundlagen	Fahrzeuggruppen	Länder
Umsatzsteuer	Erwerb	Bemessungsgrundlagen	Neuzulassungen der Fahrzeugarten:	EU-25
Zulassungssteuer	In-Verkehr-Bringen	Steuersätze	Pkw	Schweiz
Verwaltungsgebühren	Besitz	Erstattungen auf Mineralölsteuer für Nutzfahrzeuge	Schwere Nutzfahrzeuge	Norwegen
Halterabgaben/Kfz-Steuer	Nutzung		Leichte Nutzfahrzeuge	
Versicherungssteuer				
Mineralölsteuer				

Tabelle 2: Steuern auf Erwerb, In-Verkehr-Bringen, Besitz und Nutzung von Kraftfahrzeugen

	Belgien	Däne- mark	Deutsch- land	Estland	Finnland	Frank- reich	Griechen- land	Großbri- tannien	Irland	Italien	Lettland	Litauen	Luxem- burg	
Umsatz- steuer in %	21	25	16	18	22	19,6	19	17,5	21	20	18	18	15	
Zulassung- steuer¹	P –	P L	– –	– –	P L	P L	P L	– –	P L	P L	P –	– –	– –	
Zulassungs- gebühr¹	P L	P L	P L	P L	– L	– L	– –	P L	– L	P L	P L	P L	P L	
Kfz-Steuer¹	P L	P L	P L	– L	P L	P L	P L	P L	P L	P L	P L	– L	P L	
Versicherung- steuer/steuer- ähnliche Ab- gaben in % bzw. €	9,25 17,85²	42,9 14³	16	–	22 7,5	18 15,1	10 10,4	17,5	2 1 €	12,5 12,85	–	15	4	
Mineralöl- steuer Euro Super 95 in €/l	0,56	0,54	0,65	0,29	0,58	0,59	0,30	0,69	0,44	0,56	0,29	0,29	0,44	
Mineralöl- steuer Diesel in €/l	0,33	0,37	0,47	0,25	0,32	0,42	0,25	0,69	0,37	0,41	0,24	0,25	0,27	
	Malta	Nieder- lande	Nor- wegen	Öster- reich	Polen	Portu- gal	Schwe- den	Schweiz	Slowa- kei	Slo- wenien	Spanien	Tsche- chien	Ungarn	Zypern
Umsatz- steuer in %	18	19	25	20	21	19	25	7,6	19	20	16	19	25	15
Zulassung- steuer¹	P L	P –	P L	P –	P –	P L	– –	– –	– –	P L	P –	– –	P –	P L
Zulassungs- gebühr¹	– –	P L	– L	P L	P L	P L	– –	P L	P L	– –	P L	P L	– –	P L
Kfz-Steuer¹	P L	P L	P L	P L	– L	P L	P L	P L	P L	P L	P L	P L	P L	P L
Versicherung- steuer/steuer- ähnliche Ab- gaben in % bzw. €	10	7	–	11	–	9 3,757	–	5	–	6,5	6 3,3	–	– 1	5 0,58 €
Mineralöl- steuer Euro Super 95 in €/l	0,31	0,67	0,53	0,42	0,39	0,53	0,53	0,47	0,40	0,38	0,40	0,40	0,42	0,31
Mineralöl- steuer Diesel in €/l	0,24	0,37	0,38	0,30	0,29	0,31	0,39	0,49	0,38	0,32	0,29	0,34	0,35	0,25

¹ P = Pkw, L = Lkw² 0/12,85 % für schwere Lkw und 1,4/12,85 % für leichte Lkw.³ 0/14 % für Lkw.

Quellen: BMF; Association des Constructeurs Européens d'Automobiles; EU-Kommission; International Road Federation; Comité Européen des Assurances.

Stand: August 2005.

Bedeutung, des Weiteren werden die Antriebsart, die Motorleistung, das Alter und das Gewicht des Fahrzeugs sowie die Sicherheitsausstattung herangezogen. Unter den 18 Ländern, die eine Zulassungsteuer aufweisen, berücksichtigen acht mit dem Abgasverhalten oder dem Kraftstoffverbrauch direkt ökologische Aspekte in den Bemessungsgrundlagen. In zwei Ländern weist die Zulassungsteuer regionale Unterschiede auf. Hinzu kommt, dass generell für die Ermittlung der Abgaben in vier Ländern eine Umrechnung technischer Merkmale der Fahrzeuge erfolgt (Engine Rating), um zu einer modifizierten Bemessungsgrundlage zu kommen.

Die Zulassungsteuer ist in Griechenland, den Niederlanden, Österreich, Polen, Slowenien, Spanien und Ungarn eine Wertsteuer auf den Nettopreis, in Dänemark, Finnland, Irland und Malta wird sie auf den Bruttopreis (inkl. Umsatzsteuer) erhoben. Dabei wird in allen elf Ländern, die eine Wertsteuer erheben, ein zweidimensionaler Tarif oder ein Abschlag auf die Bemessungsgrundlage angewendet, die von den Merkmalen des Fahrzeuges abhängig sind. Als Mengensteuer ist die bei der Zulassung fällige Abgabe in Belgien, Frankreich, Italien, Lettland, Norwegen, Polen und Zypern ausgestaltet.

Über alle Länder betrachtet reicht die Höhe der auf ein Jahr umgelegten Zulassungsabgaben für ein Fahrzeug der Mittelklasse bis zu etwa 3 000 €. In den 17 Ländern, die eine Verwaltungsgebühr bei der Zulassung von Personenkraftwagen erheben, beträgt diese bis zu 170 €.

Im internationalen Vergleich zu den Pkw wird die Zulassungsteuer auf Lastkraftwagen selten angewandt und ihre Ausgestaltung stellt sich einfacher dar. Neben der Umsatzsteuer beim Kauf wird nur in fünf Mitgliedstaaten der EU eine Steuer für die Verkehrszulassung von Lkw erhoben, Gebühren sind damit in 22 Ländern verbunden.

Der auf ein Jahr anzurechnende Anteil der Zulassungsteuer reicht für die hier gewählten Fahrzeuge bis zu über 10 000 €. Die Höhe der

Zulassungsgebühren ist in den meisten Ländern unabhängig vom Fahrzeugtyp, für Lkw liegen sie zwischen 9 € und 602 €.



Transporter sind für eine gewerbliche Nutzung oder zum Gütertransport ausgelegt bzw. haben im Vergleich zum Pkw ein höheres Gewicht. Für dieses Fahrzeugsegment gibt es in den Ländern verschiedene Bezeichnungen und unterschiedliche Abgrenzungen. Daraus ergibt sich, dass ein Fahrzeug der mittleren Gewichtsklassen in verschiedenen Ländern unterschiedlichen Fahrzeuggruppen zugerechnet wird und damit unterschiedlichen Besteuerungssystematiken unterliegen kann. In elf der untersuchten Staaten wird eine Steuer auf die Zulassung von leichten Nutzfahrzeugen erhoben. Die jeweilige Ausgestaltung der Zulassungsteuer entspricht meist eher der für Pkw. Die Steuer ist in sechs Ländern als Wertsteuer, in fünf Ländern als Mengensteuer ausgelegt. In 17 Ländern werden bei der Anmeldung von Transportern Gebühren erhoben.

Der Halter eines zum Verkehr zugelassenen Personenkraftwagens hat in fast allen hier betrachteten Staaten periodisch Steuern zu entrichten. Eine Kfz-Steuer auf Pkw besteht – außer in Estland, Litauen, und Polen – in allen Ländern, allerdings werden in Frankreich, Tschechien und der Slowakei private Halter nicht besteuert. Zusätzlich sind in 20 der untersuchten Staaten Steuern auf die Prämien zur Haftpflichtversicherung zu zahlen, die 2 % bis 43 % betragen können. In einigen Ländern sind außerdem steuerähnliche Abgaben auf die Haftpflichtprämien zu entrichten, die jedoch nicht auf alle Fahrzeugarten

erhoben werden (s. Tabelle 2, S. 77). Im Ganzen betrachtet bleiben damit nur in Estland und Polen Autos frei von jeder periodischen Abgabe. Die Kfz-Steuer ist stets eine Mengensteuer. Bei der Ausgestaltung der Kfz-Steuer für Personenkraftwagen lassen sich acht verschiedene Bemessungsgrundlagen identifizieren, die unterschiedlich kombiniert werden. Zusätzlich ist für die Festlegung der Kfz-Steuer in vier Ländern das Ergebnis des „Engine Rating“ relevant, das aber auch auf diese Merkmale (Hubraum, Leistung, Kraftstoffverbrauch) zugreift. Am häufigsten spielen der Hubraum und die Antriebsart für die Höhe der Steuer eine Rolle, wobei die Antriebsart (Otto vs. Diesel) eine Zweiteilung des Tarifs eröffnet, während z. B. innerhalb der Antriebsart der Steuersatz mit dem Hubraum oder einem anderen Fahrzeugmerkmal differenziert wird (Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Großbritannien, Niederlande, Polen und Schweden). Weiterhin ist das Fahrzeuggewicht von Bedeutung, nur wenige Länder besteuern in Bezug zur Motorleistung oder direkt zum Alter des Fahrzeuges. In sechs Ländern treten regionale Unterschiede der Kfz-Steuer auf. Geringer Kraftstoffverbrauch und modernes Abgasverhalten werden in elf Ländern bei der Kfz-Steuer honoriert. Für ein Fahrzeug der Mittelklasse hat in den hier betrachteten Ländern der Halter jährlich bis zu maximal 600 € Kfz-Steuer zu entrichten.

Auch für Lastkraftwagen finden sich in den untersuchten Ländern unterschiedliche Bemessungsparameter für die Kfz-Steuer, jedoch sind in allen Ländern das Leergewicht, das zulässige Gesamtgewicht oder die Nutzlast die entscheidende Bemessungsgrundlage. Weitere bestimmende Faktoren sind die Anzahl der Achsen, über die das Gewicht auf die Fahrbahn gebracht wird, und die technische Ausführung der Achskonstruktion, insbesondere die Luftfederung. In der Mehrzahl der Länder bildet damit

das durch die Fahrwerkskonstruktion modifizierte Gewicht die entscheidende Steuerbasis. Das Motorvolumen und die Emissionen von Lärm und Luftschadstoffen sind weitere Bemessungsgrundlagen. Zusätzlich zur Kfz-Steuer sind die Haftpflichtprämien mit der Versicherungssteuer und steuerähnlichen Abgaben belegt.

In der Mehrzahl der Länder werden für leichte Nutzfahrzeuge auch das Fahrzeuggewicht oder die Nutzlast als entscheidende Bemessungsgrundlagen herangezogen. Einige Länder ermitteln die Kfz-Steuer für Transporter nach den gleichen Regelungen wie für die Pkw. In einigen Ländern werden für dieses mittlere Fahrzeugsegment weder die das Gewicht differenzierenden Merkmale der Lkw-Besteuerung noch die umwelt- und sicherheitsrelevanten Merkmale der Pkw-Besteuerung berücksichtigt.

Für den schweren Sattelzug reichen die Beträge recht kontinuierlich von 400 € bis zu annähernd 3000 €, für den leichteren 7,5-t-Lkw bis zu fast 600 €. Auf den Transporter reicht die Spanne bis zu 350 €.

Die Abgaben auf Kraftstoffe sind die mit der Nutzung von Kraftfahrzeugen direkt verbundenen staatlichen Belastungen; sie setzen sich aus der Mineralölsteuer, den in wenigen Ländern erhobenen sonstigen Abgaben auf Mineralöl¹ und der Umsatzsteuer zusammen. Mineralölsteuer und Umsatzsteuer werden in allen hier betrachteten Staaten erhoben (s. Tabelle 2, S. 77). Bei aktuellen Verbraucherpreisen (August 2005) von 0,85 € (Lettland) bis 1,42 € (Niederlande) machen die Abgaben bei unverbleitem Euro-Super in den Mitgliedstaaten 46 % (Zypern) bis 67 % (Großbritannien) aus. Für Dieselmotor lag der Tankstellenpreis zwischen 0,84 € (Estland, Lettland) und 1,37 € (Großbritannien), der Anteil der gesamten Abgaben beträgt hier 41 % (Zypern) bis 65 % (Großbritannien). Die großen Unterschiede in den Verbraucherpreisen werden nicht nur durch die

¹ Wie z. B. die Erdölbevorratungsabgabe in Deutschland sind diese sonstigen Abgaben sehr gering.

Abgaben hervorgerufen, denn bereits die reinen Produktpreise variieren zwischen den Ländern beträchtlich. In den 25 Ländern der Europäischen Union beträgt der Steuersatz auf Super-Benzin derzeit 0,28 € (Lettland) bis 0,69 € (Großbritannien), auf Diesel-Kraftstoff werden 0,24 € (Lettland) bis 0,69 € (Großbritannien) erhoben. Außer in Großbritannien und der Schweiz ist die Mineralölsteuer auf Dieselkraftstoff in allen Ländern geringer als die auf Euro-Super. Der Steuersatz auf Diesel ist in den Ländern um bis zu 45 % niedriger als der für Benzin (Finnland, Niederlande). Zusätzlich zur Mineralölsteuer wird die Umsatzsteuer mit Sätzen von 7,6 % (Schweiz) bis 25 % (Dänemark, Norwegen, Schweden, Ungarn) auf den Produktpreis (einschließlich Mineralölsteuer) erhoben. Die neuen Mitgliedstaaten der EU liegen bei den Mineralölsteuern und den Verbraucherpreisen tendenziell eher günstig, jedoch ist auch für diese eine erhebliche Spannweite zu verzeichnen.

Die erstellte systematische Übersicht der Abgabensysteme und die quantitativen Auswertungen zu den Belastungskomponenten konkreter Fahrzeuge können als wertvolle Informationsbasis für viele verkehrs- und wettbewerbspolitische Fragestellungen genutzt werden. Auf nationaler und auf EU-Ebene werden zurzeit verschiedene Probleme bei der Besteuerung sowie der Wettbewerbsgestaltung im Verkehrssektor diskutiert. Die jüngsten Initiativen der Europäischen Kommission betreffen insbesondere die Deregulierung des Vertriebswesens für Kraftfahrzeuge sowie die Harmonisierung der Steuersysteme und die der Höhe der Abgaben für Personenkraftwagen und Kraftstoffe sowie deren ökologische Ausrichtung.²

Auch die Belastung durch Abgaben auf Nutzfahrzeuge ist seit geraumer Zeit Gegenstand heftiger politischer Debatten: Auf internationaler Ebene strebt die Europäische Kommission im Rahmen des großen Themas Steuerharmonisierung die Angleichung der Steuern auf Dieselkraftstoff für die gewerbliche Kraftstoffnutzung in der Union an.³ In Deutschland beklagt das Transportgewerbe für die im internationalen Güterverkehr eingesetzten schweren Fahrzeuge eine im Vergleich zu den europäischen Wettbewerbern zu hohe Steuerlast, die sich mit der Einführung der Maut auf deutschen Autobahnen für alle Nutzfahrzeuge ab 12 t Gesamtgewicht noch erhöht hat. Die Kompensation, die die Bundesregierung dem Gewerbe in Aussicht gestellt hat, wird von der EU-Kommission bisher als nicht wettbewerbsneutral abgelehnt. Die zukünftige Stellung der Abgabearten zueinander wird auch berührt vom Ausgang der Diskussion um den Vorschlag zur Änderung der „Eurovignettenrichtlinie“.⁴ Diese Richtlinie würde verbindliche Regelungen für die Erhebung von Straßenbenutzungsgebühren beinhalten.

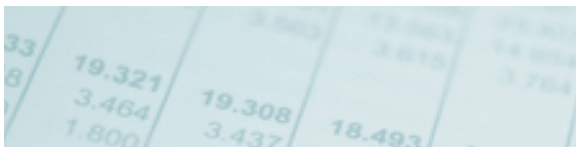
Für die angesprochenen Fragestellungen liefern die ermittelten Informationen empirischen Hintergrund, da für die einbezogenen europäischen Länder die Relationen der einzelnen Abgabekomponenten zueinander und die Stellung der Abgabenbelastung im internationalen Vergleich offen gelegt werden. Exemplarisch wird dies für die Abgaben auf Pkw und Lkw anhand einiger repräsentativer Fahrzeuge und Nutzungsintensitäten illustriert. Unter den gesetzten Annahmen (u. a. 15 000 km Fahrleistung pro Jahr) ergibt sich für die 27 Länder eine Spanne der jährlichen Abgaben für einen Pkw der unteren Mittelklasse in den ersten vier Nut-

² Die geänderten Vertriebsregeln sind in der neuen Gruppenfreistellungsverordnung für den Kfz-Sektor enthalten: Verordnung (EG) Nr. 1400/2002 der Kommission vom 31. Juli 2002, s. ABl. L 203/30 vom 1. August 2002. Vorschläge für eine Harmonisierung und Umgestaltung der Besteuerung von Personenkraftwagen wurden mit der Mitteilung KOM(2002) 431 endgültig vom 6. September 2002 unterbreitet und liegen nun überarbeitet als Richtlinienentwurf vor, vgl. KOM(2005) 261 endgültig, Brüssel, den 5. Juli 2005.

³ Vgl. hierzu den Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Schaffung einer Sonderregelung für die Besteuerung von Dieselkraftstoff für gewerbliche Zwecke und zur Annäherung der Verbrauchsteuern auf Benzin und Dieselkraftstoff, KOM(2002) 410 endgültig vom 24. Juli 2002.

⁴ Vgl. KOM(2003) 448 endgültig vom 29. August 2003.

zungsjahren von 740 € in Estland bis zu annähernd 3800 € in Dänemark. Bei den sieben Ländern am oberen Rand der Abgabenbelastung – insbesondere bei Dänemark – spielt die Zulassungsteuer eine herausragende Rolle. In Malta macht selbst dieser auf ein Jahr entfallende Anteil des Ersthalters die Hälfte und in Dänemark fast 60 % der gesamten jährlichen Belastung aus. Die Zulassungsteuer weist im Vergleich der Abgabekomponenten die größte Variation zwischen den Ländern auf. Erwartungsgemäß differenziert hingegen die Umsatzsteuer auf den Fahrzeugkauf die Abgaben zwischen den Ländern nur sehr gering (s. Abbildung 1, S. 82).



Bei der hier unterstellten Fahrleistung von 15 000 Kilometern ist die Mineralölsteuer in vielen Ländern die höchste Abgabe. Die Umsatzsteuer auf den Kraftstoffkauf ist in der Mehrheit der Länder unter den geltenden Annahmen höher als die Kfz-Steuer. Betrachtet man die Rangfolge der Abgaben für die 27 Länder, so erkennt man ein breites Mittelfeld von etwa der Hälfte der Länder, für die die Summe der Abgaben in einem engen Bereich von 1000 € bis 1500 € liegt. Hinsichtlich der Höhe der Abgabekomponenten liegt Deutschland bei den auf Fahrzeugwerb und -haltung ausgerichteten Abgaben im unteren Viertel der Länderreihung. Die Abgabenbelastung des Kraftstoffverbrauchs wird hingegen nur von zwei Ländern übertroffen (Großbritannien, Niederlande). In der Rangfolge der gesamten Abgabenbelastung liegt Deutschland damit im Mittelfeld: In dieser Beispielrechnung weisen zwölf Länder geringere und 14 Länder höhere Abgaben auf.

Die hier aufgezeigten Unterschiede zwischen den Ländern sind natürlich vom Fahrzeug-

segment und der unterstellten Nutzungsintensität abhängig. Variiert man diese Parameter, so fällt auf, dass die relative Abgabenposition Deutschlands mit zunehmender Fahrzeuggröße immer günstiger wird: Während das Segment „Mini“ in der Mitte der Abgabenpositionen platziert ist, wird die Abgabensumme für einen Pkw der Oberklasse nur noch in sieben Ländern unterboten.

Beispielhaft für die im internationalen Straßengüterverkehr eingesetzten Nutzfahrzeuge werden die Abgaben für einen Lkw-Lastzug Mercedes Actros 2541 LL mit einem Zweiachs-Pritschenanhänger bei einer Jahresfahrleistung von 135 000 Kilometern und den derzeit geltenden Kraftstoffpreisen berechnet. Mit den getroffenen Annahmen ergeben sich jährliche Abgabenbelastungen mit einer Spanne von knapp 11 000 € in Lettland bis zu gut 30 000 € in Großbritannien (s. Abbildung 2, S. 83). Mehr als die Hälfte der Länder bilden ein breites Mittelfeld mit Abgabensummen von 15 000 € bis 20 000 €. Für fast alle Länder weist von den vier Abgabearten die Mineralölsteuer eine überragende Bedeutung von annähernd oder über 90 % der Abgabensumme auf. Deutschland befindet sich unter den gewählten Bedingungen im Bereich der Staaten mit hohen Abgaben. Unter Einbeziehung der Mineralölsteuer weisen nur die Schweiz und Malta (jeweils um etwa 5 %) und Großbritannien als Inselstaat (um 40 %) höhere Abgaben auf. Beschränkt man den Vergleich auf die standortgebundenen Abgaben, so liegen acht Länder oberhalb der in Deutschland fälligen etwa 2200 €.

Mit weiteren Auswertungen wird näher auf die Steuerspreizung über Fahrzeugmerkmale und auf die Berücksichtigung von Umweltaspekten bei der Besteuerung eingegangen. Die sich aus den Berechnungen ergebende Spreizung der Kfz-Steuer für Pkw ist in Portugal, Österreich, Zypern und Belgien am höchsten: Für ein Fahrzeug der Oberklasse ist bis zu 20-mal mehr zu entrichten wie für einen Kleinwagen.

Abbildung 1: Abgaben auf Pkw im europäischen Vergleich

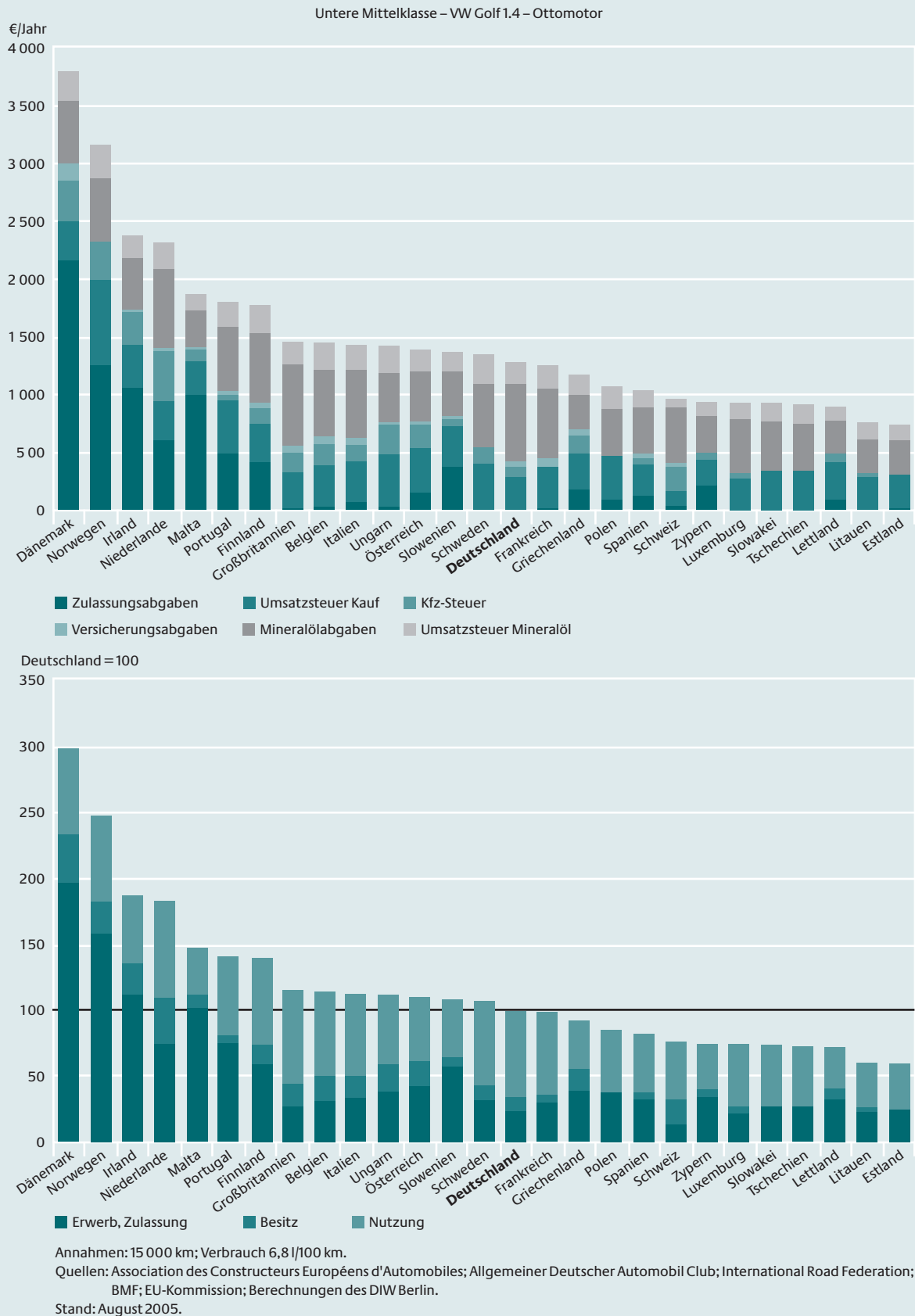
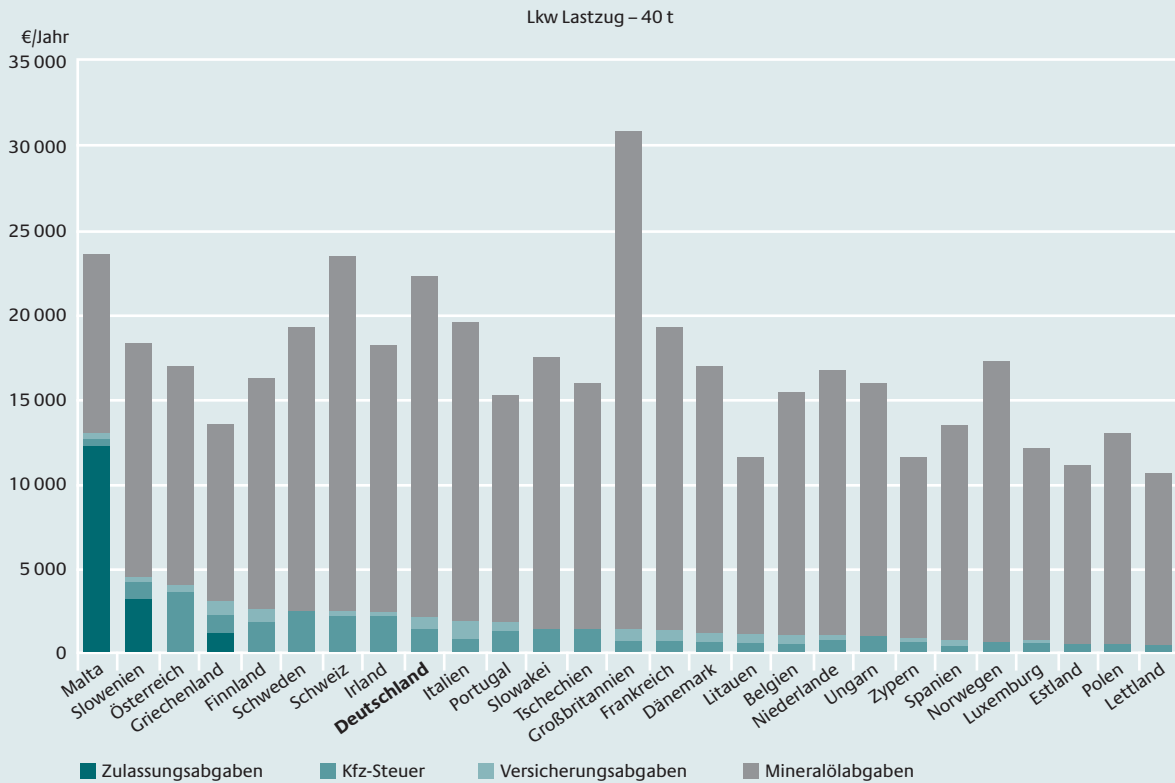
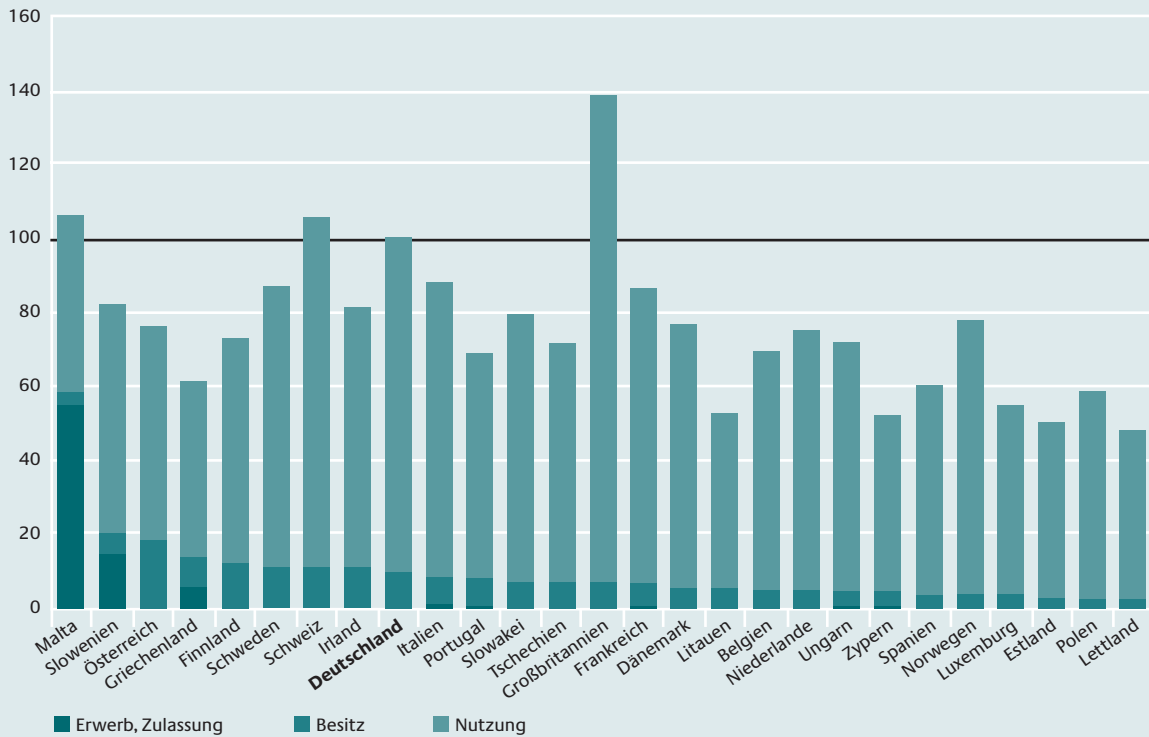


Abbildung 2: Abgaben auf Lkw im europäischen Vergleich



Deutschland = 100



Annahmen: Fahrleistung 135 000 km; Verbrauch 31,5 l/100 km.

Quellen: Association des Constructeurs Européens d'Automobiles; International Road Federation; Ministry of Transport and Communications, Finnland; BMF; EU-Kommission; Vereinigte Motor Verlage; Berechnungen des DIW Berlin.

Stand: August 2005.

Unterschiedliche Strategien sind bei der steuerlichen Berücksichtigung umweltrelevanter Komponenten zu erkennen. Als Bemessungsgrundlage, die die vom Pkw ausgehende Umweltbeeinträchtigungen einbezieht, ist vor allem die Einhaltung von Schadstoff-Emissionsgrenzen zu nennen (Euro2/3/4). Um eine Verminderung des Durchschnittsverbrauchs und damit die Reduzierung des CO₂-Ausstoßes im Verkehrsbereich zu erreichen, sind in einigen Ländern Verbrauch und CO₂-Emissionen als neue Bemessungsgrundlagen eingeführt worden. Unter den 18 Ländern, die eine Zulassungsteuer aufweisen, berücksichtigen acht das Abgasverhalten oder den Kraftstoffverbrauch als eine Bemessungsgrundlage. Umweltgesichtspunkte spielen in elf der betrachteten Länder bei der Höhe der Kraftfahrzeugsteuer eine Rolle. Neben den Bemessungsgrundlagen der Zulassungs- und Kfz-Steuer, die für neue und Bestandsfahrzeuge Anwendung finden, existieren in einigen Ländern noch etliche steuerliche Ausnahmeregelungen, die z. B. für alternative Antriebe oder Kraftstoffe oder für behinderte Fahrzeughalter gelten.

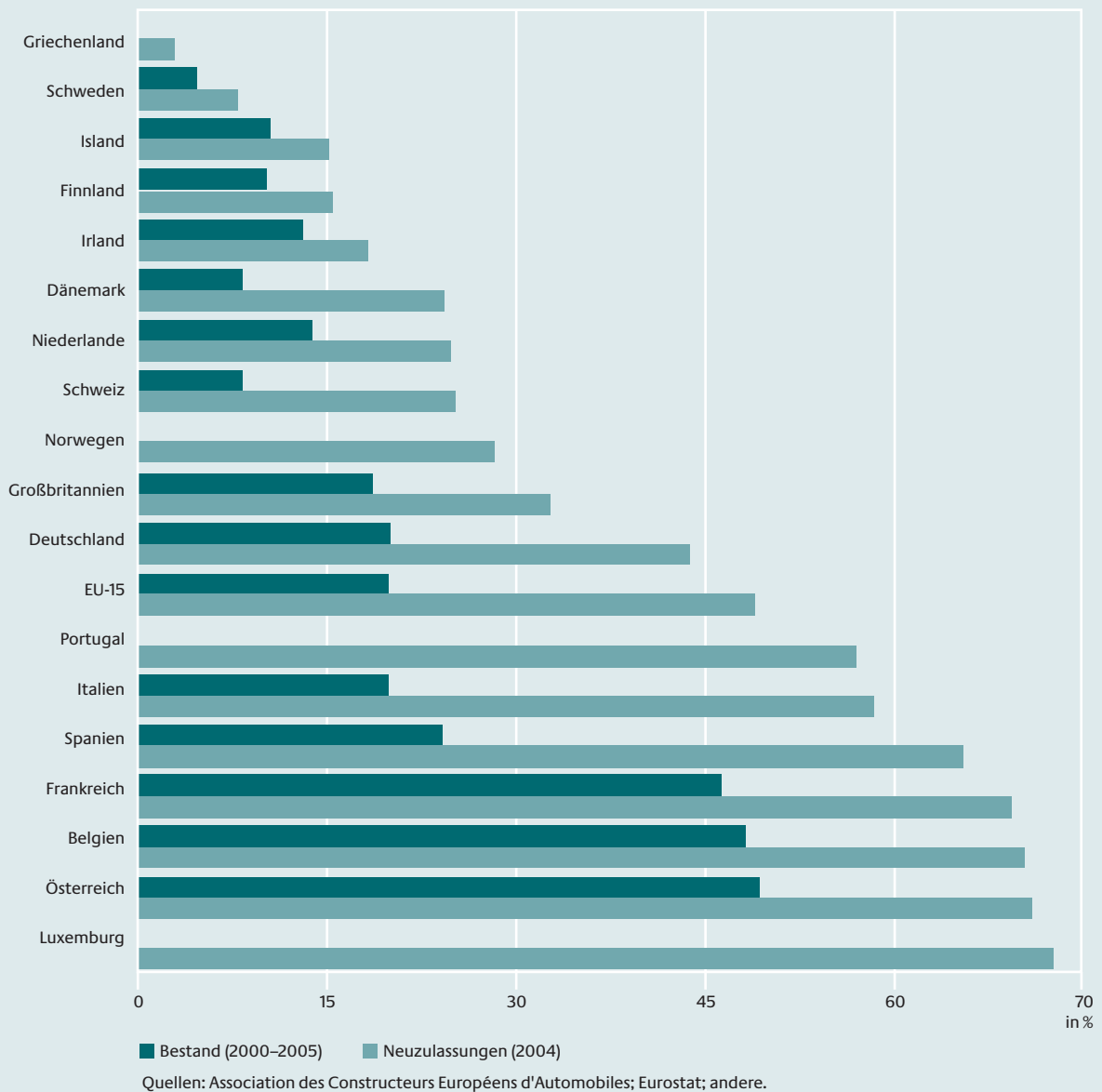
Ausführlich wird in einem Kapitel der in fast allen europäischen Ländern stark ausgeprägte Trend zum Dieselfahrzeug aus verschiedenen Blickwinkeln untersucht, um dessen Triebkräfte und Wirkungen zu identifizieren (s. Abbildung 3, S. 85). Im Mittelpunkt stand dabei die Frage, inwieweit fiskalische Anreize hierbei eine maßgebliche Rolle spielen. Für die Mehrzahl der europäischen Länder ergibt die Analyse, dass die Abgaben für Dieselfahrzeuge generell günstiger als für Otto-Fahrzeuge sind. Dabei wird die relative Attraktivität des Dieselantriebs von einigen Angebots- und nachfrage-seitigen Faktoren beeinflusst, die in dieser Untersuchung nicht im Einzelnen kontrolliert werden konnten. Gleichwohl wird die Tendenz zu einer stärkeren Verbreitung des Dieselantriebes in den Ländern deutlich, in denen er im Kontrast zum Benzinern in der Abgabenbelastung günstig

abschneidet: Die Analyse ergibt eine weitgehende Übereinstimmung der Positionierung der Länder bezüglich der Abgabenrelation und Dieseln-Zulassungen, d. h. in den Ländern, die das Diesel-Auto deutlich geringer belasten, ist sein Anteil an den Zulassungen höher und steigend (Frankreich, Luxemburg, Italien, Österreich, Spanien), während am anderen Ende der Skala sein Anteil gering bzw. stagnierend ist (Dänemark, Griechenland, Irland, Niederlande, Norwegen, Schweden). Mittlere relative Abgabenvorteile in Deutschland, Großbritannien und der Schweiz korrespondieren mit mittleren Werten der Dieselnzulassungen. Dieses Muster wird nur für drei der betrachteten Länder nicht sichtbar, für die sich allerdings besondere Bedingungen anführen lassen. Die tendenzielle steuerliche Bevorteilung trägt also dazu bei, dass in Europa der Dieselmotor als Fahrzeugantrieb auf dem Vormarsch ist.

Für Deutschland zeigen die Daten zu den Bestands- und Nutzungsstrukturen, dass die Dieseln-Durchdringung der Fahrzeugflotte mit einer deutlichen Steigerung der Motorleistungen verbunden war und sich hingegen der steuerrelevante durchschnittliche Hubraum in den letzten zehn Jahren kaum noch erhöht hat. Dabei vollzieht sich eine Selektion der Nutzergruppen, indem zunächst vornehmlich noch „Vielfahrer“ in das Segment Dieseln wechseln, weshalb hier die durchschnittliche Fahrleistung gestiegen ist, während sie für Otto-Fahrzeuge sinkt.

Auch die Analyse von Mikrodaten aus repräsentativen Erhebungen ergibt, dass Dieseln-Pkw überwiegend von Personen gefahren werden, die längere Strecken zurücklegen. Dieseln-Pkw werden häufiger als Pkw mit Ottomotor bei längeren Fahrten zur Arbeit und vor allem überproportional im Wirtschaftsverkehr genutzt. Personen, die viele Kilometer mit Dieseln-Pkw zurücklegen, haben im Mittel ein höheres Haushaltseinkommen als Fahrer von Ottomotor-Pkw. Schließlich gibt es regionale Unterschiede im Anteil der Dieseln-Pkw am Bestand, die nur zum

Abbildung 3: Dieselanteil an Pkw-Bestand und -Neuzulassungen in europäischen Ländern



Teil durch die Siedlungsstruktur und die Erfordernis, lange Strecken zurücklegen zu müssen, erklärbar sind.

In Frankreich war der Diesel schon längere Zeit viel stärker vertreten als in anderen europäischen Ländern, sein Anteil am Pkw-Bestand erreichte schon vor zehn Jahren 30 %, heute liegt er bei 50 %. Ein genauerer Blick in die dortigen Zusammenhänge ist daher aufschlussreich. Ursächlich für den früheren Start des

Diesel-Trends in Frankreich war die schon vor über 25 Jahren gegebene stärkere Differenzierung der Mineralölsteuer und damit höhere Tankstellenpreise für Benzin. Unterstützt wurde diese Entwicklung durch die Produktpalette der einheimischen Anbieter, die schon bald durch attraktive kleinere Diesel-Autos marktgerecht ergänzt wurde. Im weiteren Zeitverlauf war zudem zu beobachten, dass im EU-Vergleich Frankreich mit die größten Differenzen der

Tankstellenpreise zwischen Diesel- und Benzin-kraftstoffen aufweist. Folglich wird außerdem der relative Preisvorteil des Dieselmotors durch die höhere Verbrauchseffizienz dieser Motorkategorie zusätzlich verstärkt. Dadurch gewinnt dann auch die Option eines Antriebsartwechsels von Benzin- zum Dieselmotor bei tendenziell stetig steigenden Kraftstoffpreisen von Jahr zu Jahr immer mehr an Attraktivität. In den Analysen von Mikrodaten zur Auto-Anschaffung und -Nutzung zeigt sich auch, dass die Verbraucher auf diese Anreize reagieren. Die Umsteiger vom Benzin- zum Dieselmotor realisieren im Durchschnitt mit der Zunahme der Pkw-Jahresfahrleistung nach dem Antriebsartwechsel eine Reduktion der jährlichen Kraftstoffausgaben. In Frankreich ist die detaillierte Untersuchung des Diesel-Trends auch dadurch motiviert, dass eine steigende Marktdurchdringung von Diesel-Pkw in der französischen Gesamtflotte wahrscheinlich gleichzeitig mit einer Ursache für das Wachstum der Verkehrsnachfrage ist.

Bei offensichtlichen Analogien zwischen den Diesel-Trend-Verläufen in Frankreich und in Deutschland fällt ein interessanter Unterschied auf: Die Selektion der Vielfahrer hinein ins Dieselsegment ist in Frankreich längst abgeschlossen, während diese Entwicklung in Deutschland anhält. Das Ergebnis ist in Frankreich seit 2001 die im Durchschnitt sinkende Jahresfahrleistung der Diesel-Pkw-Flotte; möglicherweise wird dieser Trend bei anhaltender Zunahme der Dieselmotorisierung in einigen Jahren auch in Deutschland eintreten.

Auf verschiedenen Ebenen sind national und international Initiativen zu beobachten, die das Ziel verfolgen, die Energie- und Umwelteffizienz von Kraftfahrzeugen zu verbessern. Dabei können auch mit fiskalischen Anreizen Impulse in diese Richtung gegeben werden, wie es bereits in einigen Ländern in der Abgabengestaltung zu beobachten ist. Aus den zahlreichen Aktivitätsbereichen werden hier ergänzend zu der systematischen Darstellung der Abgaben

zwei aufgegriffen, die im aktuellen Bezug zum Fokus dieser Untersuchung stehen. Auf überstaatlicher Ebene befindet sich die EU-Initiative zur Förderung von Biokraftstoffen und anderen erneuerbaren Kraftstoffen im Verkehrssektor in der Umsetzung, die in die verschiedenen Ansätze der EU zur Weiterentwicklung der Verkehrs- und Umweltpolitik eingebettet ist. Die wichtigsten nationalen Förderinstrumente in diesem Kontext sind mehrheitlich fiskalische Anreize in Form ermäßigter oder ausgesetzter Mineralöl- bzw. Verbrauchsteuersätze. Weitere oft angewandte Formen der staatlichen Förderung biogener Kraftstoffe sind die Gewährung von Kreditbeihilfen, direkte Förderzahlungen an Produzenten und auch staatlich finanzierte Preisfördermaßnahmen beim Ankauf von Rohstoffen. Im Ergebnis zeigt sich eine einsetzende positive Dynamik der Versorgung mit biogenen Kraftstoffen, jedoch werden nur wenige Länder zur Umsetzung der Mengenvorgaben aus den EU-Biokraftstoffrichtlinien in der Lage sein.

Ein aktuelles Problemfeld stellen die infolge des veränderten Luftqualitätsrechtes der EU seit dem 1. Januar 2005 geltenden Grenzwerte der Luftqualität für Feinstaub (PM₁₀) dar. Diese Grenzwerte sind in vielen Ballungsräumen Deutschlands und Europas derzeit nicht einzuhalten, weshalb sich eine lebhafte Diskussion über die Rolle der Belastungsquellen und über adäquate Maßnahmen zur Verringerung der Emission von Feinstäuben entwickelt hat. Dazu wird in dieser Studie dokumentiert, welche fiskalischen und weiteren Instrumente in diesem Zusammenhang in europäischen Ländern erwo-gen bzw. umgesetzt werden. Neben zahlreichen regionalen Initiativen sind auf überlokaler Ebene nur in wenigen Ländern Ansätze erkennbar oder gar umgesetzt.

Ein weiterer Aspekt, der die Abgabenbelastung insbesondere von Nutzfahrzeugen betrifft, sind die Straßenbenutzungsabgaben in Europa, auf die in einem Exkurs überblicksartig eingegangen wird. Fast alle hier betrachteten

Länder erheben demnach Abgaben für die Benutzung der nationalen Straßeninfrastruktur durch Nutzfahrzeuge in Form von entfernungsabhängigen Mauten, zeitabhängigen Gebühren oder Gebühren für bestimmte Streckenabschnitte. Neben Deutschland erheben neun weitere Länder fahrleistungsabhängige Straßenbenutzungsabgaben, wobei die Gebührensätze sehr verschieden sind. In vielen europäischen Ländern werden auch für Personenkraftwagen Straßenbenutzungsgebühren erhoben, die eine Vielzahl von Ausgestaltungsmöglichkeiten und sehr unterschiedliche Mautsätze aufweisen. Eine zeitabhängige Straßenbenutzungsgebühr für Pkw wird in fünf hier betrachteten Ländern erhoben. Neben diesen Vignetten ist auch die entfernungsabhängige Pkw-Maut verbreitet, die in sieben europäischen Ländern für die Befahrung von Strecken zu entrichten ist.



Dieser Überblick über die Abgaben auf Kraftfahrzeuge macht deutlich, dass es in den europäischen Ländern sehr verschiedene Besteuerungssysteme gibt, insbesondere für die

Personenkraftwagen. Dies drückt sich in der Vielzahl der Bemessungsgrundlagen und ihrer Kombinationen sowie in den unterschiedlich formulierten Tarifen für die Abgaben aus. Daraus ergeben sich große Differenzen in den Höhen der Abgaben und sehr unterschiedliche Anteile für die fixen und die variablen Abgabekomponenten beim Pkw. Im Durchschnitt aller Länder haben die auf den Erwerb und die Zulassung eines Mittelklasse-Pkw bezogenen Abgabekomponenten (Zulassungsteuer und -gebühr, Umsatzsteuer) einen Anteil von 42 %, die auf das Halten bezogenen (Kfz- und Versicherungssteuer) einen von 10 %, die auf die Nutzung bezogenen (Mineralölsteuer, Umsatzsteuer) Anteile machen 48 % aus. Für jede dieser Komponenten sind erhebliche Spannen zwischen den Ländern zu verzeichnen: Bei Erwerb und Zulassung reichen die Anteile von 20 % bis 70 %, für das Halten bis zu 25 % und für die Nutzung von 20 % bis zu 65 %.

Mit den gebotenen systematischen Darstellungen der Abgabensysteme und den detaillierten quantitativen Auswertungen zu den Belastungskomponenten konkreter Fahrzeuge bietet diese Untersuchung eine wertvolle Informationsbasis für viele finanz-, steuer-, verkehrs-, umwelt- und wettbewerbspolitische Fragestellungen, die derzeit auf nationaler und auf EU-Ebene diskutiert werden.



Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	92
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	112
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	116

Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung 92

1	Kreditmarktmittel einschließlich der Sondervermögen	92
2	Gewährleistungen	93
3	Bundeshaushalt 2000 bis 2005	93
4	Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2000 bis 2005	94
5	Haushaltsquerschnitt: Gliederungen der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen – Soll 2005	96
6	Der Öffentliche Gesamthaushalt von 1999 bis 2005	100
7	Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2005	102
8	Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	104
9	Entwicklung der öffentlichen Schulden	105
10	Steueraufkommen nach Steuergruppen	106
11	Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden	107
12	Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	108
13	Steuerquoten im internationalen Vergleich	109
14	Abgabenquoten im internationalen Vergleich	110
15	Entwicklung der EU-Haushalte von 2000 bis 2005	111

Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte 112

1	Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober 2005 im Vergleich zum Jahressoll 2005	112
2	Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober 2005	112
3	Die Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Oktober 2005	113
4	Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Oktober 2005	115

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 116

1	Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	116
2	Preisentwicklung	116
3	Außenwirtschaft	117
4	Einkommensverteilung	117
5	Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich	118
6	Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich	119
7	Harmonisierte Arbeitslosenquoten im internationalen Vergleich	120
8	Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern	121
9	Entwicklung von DAX und Dow Jones	122
10	Übersicht Weltfinanzmärkte	123
11	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF	124
12	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF	127

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

1 Kreditmarktmittel einschließlich der Sondervermögen

I. Schuldenart

	Stand: 31. Oktober 2005 Mio. €	Zunahme Mio. €	Abnahme Mio. €	Stand: 30. November 2005 ¹ Mio. €
Anleihen	523 050	8 000	0	531 050
Bundesobligationen	173 449	0	0	173 449
Bundesschatzbriefe	11 087	103	211	10 979
Bundesschatzanweisungen	116 000	0	0	116 000
Unverzinsliche Schatzanweisungen	35 842	5 930	5 936	35 835
Finanzierungsschätze	1 073	113	69	1 117
Schuldscheindarlehen	29 386	159	2 385	27 160
Medium Term Notes Treuhand	342	0	77	266
Gesamte umlaufende Schuld	890 230			895 856

II. Gliederung nach Restlaufzeiten

	Stand: 31. Oktober 2005 Mio. €	Stand: 30. November 2005 ¹ Mio. €
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	158 000	155 987
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	305 232	305 024
langfristig (mehr als 4 Jahre)	426 997	434 845
Gesamte umlaufende Schuld	890 230	895 856

¹ Vorläufig.

2 Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungsrahmen 2005 in Mrd. €	Belegung am 30. September 2005 in Mrd. €	Belegung am 30. September 2004 in Mrd. €
Ausfuhr	117,0	105,9	104,7
Internationale Finanzierungsinstitute	46,6	40,3	40,3
Kapitalanlagen und sonstiger Außenwirtschaftsbereich einschließlich Mitfinanzierung bilateraler FZ-Vorhaben	42,0	27,8	30,0
Binnenwirtschaftliche Gewährleistungen (einschließlich Ernährungsbevorratung und Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen)	103,0	62,1	68,3

3 Bundeshaushalt 2000 bis 2005 Gesamtübersicht

Gegenstand der Nachweisung	2000 Ist	2001 Ist	2002 Ist Mrd. €	2003 Ist	2004 Ist	2005 Soll
1. Ausgaben	244,4	243,2	249,3	256,7	251,6	254,3
Veränderung gegen Vorjahr in %	- 1,0	- 0,5	2,5	3,0	- 2,0	1,1
2. Einnahmen	220,5	220,2	216,6	217,5	211,8	232,0
Veränderung gegen Vorjahr in %	- 0,1	- 0,1	- 1,6	0,4	- 2,6	9,5
darunter:						
Steuereinnahmen	198,8	193,8	192,0	191,9	187,0	190,8
Veränderung gegen Vorjahr in %	3,3	- 2,5	- 0,9	- 0,1	- 2,5	2,0
3. Finanzierungsdefizit	- 23,9	- 22,9	- 32,7	- 39,2	- 39,8	- 22,3
Zusammensetzung des Finanzierungsdefizits						
4. Bruttokreditaufnahme (-)	149,7	130,0	175,3	192,3	199,6	217,3
5. Tilgungen (+)	125,9	107,2	143,4	153,7	160,0	195,3
6. Nettokreditaufnahme	- 23,8	- 22,8	- 31,8	- 38,7	- 39,5	- 22,0
7. Münzeinnahmen	- 0,1	- 0,0	- 0,9	- 0,6	- 0,3	- 0,3
8. Finanzierungssaldo	- 23,9	- 22,9	- 32,7	- 39,2	- 39,8	- 22,3
in % der Ausgaben	9,8	9,4	13,1	15,3	15,8	8,8
nachrichtlich:						
Investive Ausgaben	28,1	27,3	24,7	25,7	22,4	22,7
Veränderung gegen Vorjahr in %	- 1,7	- 3,1	- 11,7	6,9	- 13,0	1,6
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	3,6	3,6	3,5	3,5	0,2	2,0

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2000 bis 2005

Ausgabeart	2000 Ist	2001 Ist	2002 Ist	2003 Ist	2004 Ist	2005 Soll
Mio. €						
Ausgaben der laufenden Rechnung						
Personalausgaben	26 517	26 807	26 986	27 235	26 758	26 865
Aktivitätsbezüge	20 275	20 474	20 551	20 696	20 332	20 147
Ziviler Bereich	8 196	8 430	8 495	8 532	8 748	8 621
Militärischer Bereich	12 079	12 044	12 056	12 164	11 584	11 525
Versorgung	6 242	6 333	6 435	6 539	6 426	6 718
Ziviler Bereich	2 572	2 581	2 579	2 576	2 463	2 524
Militärischer Bereich	3 670	3 752	3 855	3 963	3 963	4 194
Laufender Sachaufwand	20 822	18 503	17 058	17 192	16 878	17 354
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 641	1 619	1 643	1 604	1 522	1 478
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	7 335	7 985	8 155	7 905	7 985	8 122
Sonstiger laufender Sachaufwand	11 846	8 899	7 260	7 683	7 371	7 754
Zinsausgaben	39 149	37 627	37 063	36 875	36 274	38 875
an andere Bereiche	39 149	37 627	37 063	36 875	36 274	38 875
Sonstige	39 149	37 627	37 063	36 875	36 274	38 875
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	39 104	37 582	37 019	36 830	36 230	38 830
an Ausland	3	3	3	3	3	4
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	126 846	132 359	143 514	149 304	148 950	150 225
an Verwaltungen	16 106	13 257	14 936	15 797	14 797	13 015
Länder	5 650	5 580	6 062	6 503	6 735	7 705
Gemeinden	194	241	236	250	238	59
Sondervermögen	10 259	7 435	8 635	9 042	7 823	5 250
Zweckverbände	2	2	2	2	1	1
an andere Bereiche	110 740	119 102	128 578	133 508	134 153	137 210
Unternehmen	13 271	16 674	16 253	15 702	15 062	16 516
Renten, Unterstützungen u. Ä.						
an natürliche Personen	21 455	20 668	22 319	23 666	25 396	22 223
an Sozialversicherung	72 590	78 143	86 276	90 560	90 079	94 560
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	746	672	814	797	783	855
an Ausland	2 674	2 940	2 911	2 776	2 828	3 051
an Sonstige	4	5	5	5	5	5
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	213 333	215 296	224 622	230 606	228 860	233 318
Ausgaben der Kapitalrechnung						
Sachinvestitionen	6 732	6 905	6 746	6 696	6 891	6 734
Baumaßnahmen	5 580	5 551	5 358	5 298	5 466	5 372
Erwerb von beweglichen Sachen	779	882	960	894	922	917
Grunderwerb	373	473	427	504	503	445
Vermögensübertragungen	19 506	17 085	14 550	16 197	12 912	12 940
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	16 579	16 509	13 959	15 833	12 556	12 545
an Verwaltungen	10 011	9 496	6 336	7 998	5 607	5 429
Länder	9 925	9 431	6 268	5 382	5 516	5 354
Gemeinden und Gemeindeverbände	86	65	68	73	91	69
Sondervermögen	0	0	0	2 543	0	6
an andere Bereiche	6 568	7 013	7 623	7 835	6 949	7 116
Sonstige – Inland	4 729	5 370	5 819	5 867	4 931	5 094
Ausland	1 839	1 643	1 803	1 967	2 018	2 022
Sonstige Vermögensübertragungen	2 926	577	592	365	356	395
an andere Bereiche	2 926	577	592	365	356	395
Unternehmen – Inland	101	167	44	0	1	0
Sonstige – Inland	2 542	183	351	167	153	173
Ausland	284	227	196	198	202	222

4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2000 bis 2005

Ausgabeart	2000 Ist	2001 Ist	2002 Ist	2003 Ist	2004 Ist	2005 Soll
Mio. €						
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	4 835	3 859	3 369	3 203	2 932	3 466
Darlehensgewährung	4 205	3 185	2 729	2 665	2 383	2 907
an Verwaltungen	197	166	154	106	68	46
Länder	195	166	154	106	68	46
Gemeinden	1	0	0	0	0	0
an andere Bereiche	4 008	3 019	2 574	2 559	2 315	2 860
Inland (auch Gewährleistungen)	2 998	1 841	1 543	1 603	1 384	1 877
Ausland	1 010	1 178	1 031	956	931	983
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	630	674	640	538	548	559
Inland	19	24	53	15	1	0
Ausland	611	651	587	523	547	559
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung	31 072	27 850	24 664	26 097	22 734	23 140
Darunter: Investive Ausgaben	28 146	27 273	24 073	25 732	22 378	22 745
Globale Mehr-/Minderausgaben	-	-	-	-	-	- 2 158
Ausgaben zusammen	244 405	243 145	249 286	256 703	251 594	254 300

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen – Soll 2005

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sach- aufwand	Zins- ausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
0 Allgemeine Dienste	47 932	43 739	24 292	13 555	–	5 892
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	7 991	7 740	3 835	1 422	–	2 483
02 Auswärtige Angelegenheiten	5 818	2 792	443	122	–	2 227
03 Verteidigung	27 871	27 484	15 719	10 967	–	798
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	2 732	2 440	1 774	640	–	26
05 Rechtsschutz	328	310	225	70	–	15
06 Finanzverwaltung	3 192	2 972	2 295	335	–	341
1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	11 714	8 357	450	615	–	7 292
13 Hochschulen	1 882	956	7	5	–	944
14 Förderung von Schülern, Studenten	1 403	1 403	–	–	–	1 403
15 Sonstiges Bildungswesen	477	418	9	59	–	350
16 Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	6 816	5 293	433	546	–	4 314
19 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	1 135	286	1	5	–	281
2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	128 064	127 159	198	347	–	126 615
22 Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	88 886	88 886	35	0	–	88 851
23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. Ä.	4 245	4 242	–	–	–	4 242
24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	3 923	3 689	–	162	–	3 528
25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	29 551	29 420	43	115	–	29 262
26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII	103	103	–	–	–	103
29 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	1 355	819	120	70	–	629
3 Gesundheit und Sport	923	693	230	259	–	205
31 Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	344	315	125	144	–	46
312 Krankenhäuser und Heilstätten	–	–	–	–	–	–
319 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	344	315	125	144	–	46
32 Sport	132	103	–	22	–	82
33 Umwelt- und Naturschutz	195	148	69	39	–	39
34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	251	128	36	54	–	38
4 Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	1 794	930	2	3	–	925
41 Wohnungswesen	1 232	889	–	3	–	886
42 Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	1	1	–	1	–	–
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	46	41	2	–	–	38
44 Städtebauförderung	516	–	–	–	–	–
5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	1 091	597	27	151	–	418
52 Verbesserung der Agrarstruktur	722	276	–	2	–	274
53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	136	136	–	60	–	76
533 Gasölverbilligung	–	–	–	–	–	–
539 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	136	136	–	60	–	76
599 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	233	185	27	90	–	68

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen – Soll 2005

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Sach- investitionen	Vermögens- übertragungen	Darlehens- gewährung, Erwerb von Beteiligungen	Ausgaben der Kapital- rechnung*	*darunter: Investive Ausgaben	Globale Minder- ausgaben
0 Allgemeine Dienste	1 089	1 519	1 585	4 193	4 149	–
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	249	1	0	251	251	–
02 Auswärtige Angelegenheiten	72	1 411	1 542	3 026	3 023	–
03 Verteidigung	281	106	–	386	345	–
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	292	–	0	292	292	–
05 Rechtsschutz	17	–	–	17	17	–
06 Finanzverwaltung	177	1	42	221	221	–
1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	107	3 251	–	3 357	3 356	–
13 Hochschulen	1	925	–	926	926	–
14 Förderung von Schülern, Studenten	–	–	–	–	–	–
15 Sonstiges Bildungswesen	0	59	–	59	59	–
16 Wissenschaft, Forschung, Entwick- lung außerhalb der Hochschulen	105	1 418	–	1 523	1 522	–
19 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	0	849	–	849	849	–
2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgenaufgaben, Wiedergutmachung	11	892	1	905	555	–
22 Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	–	–	–	–	–	–
23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. Ä.	–	3	–	3	3	–
24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	3	230	1	234	8	–
25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	3	128	–	131	8	–
26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII	–	–	–	–	–	–
29 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	5	531	0	536	536	–
3 Gesundheit und Sport	152	78	–	229	229	–
31 Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	21	8	–	29	29	–
312 Krankenhäuser und Heilstätten	–	–	–	–	–	–
319 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	21	8	–	29	29	–
32 Sport	–	29	–	29	29	–
33 Umwelt- und Naturschutz	15	33	–	48	48	–
34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	116	7	–	123	123	–
4 Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	–	816	48	864	864	–
41 Wohnungswesen	–	295	48	343	343	–
42 Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	–	–	–	–	–	–
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	–	5	–	5	5	–
44 Städtebauförderung	–	516	–	516	516	–
5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	7	486	2	495	495	–
52 Verbesserung der Agrarstruktur	–	446	–	446	446	–
53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	–	–	–	–	–	–
533 Gasölverbilligung	–	–	–	–	–	–
539 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	–	–	–	–	–	–
599 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	7	40	2	49	49	–

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen – Soll 2005

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sach- aufwand	Zins- ausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	5 199	2 959	47	383	–	2 529
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	408	384	–	227	–	157
621 Kernenergie	157	157	–	–	–	157
622 Erneuerbare Energieformen	–	–	–	–	–	–
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	252	227	–	227	–	–
63 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 930	1 910	–	5	–	1 905
64 Handel	102	102	–	63	–	38
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	902	208	–	3	–	205
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1 857	355	47	84	–	224
7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen	10 522	3 471	1 065	1 757	–	649
72 Straßen	6 933	917	–	801	–	117
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 372	756	468	237	–	51
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	334	1	–	–	–	1
75 Luftfahrt	182	181	43	9	–	129
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	1 701	1 616	554	711	–	351
8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	9 487	5 719	–	19	–	5 700
81 Wirtschaftsunternehmen	4 231	469	–	19	–	450
832 Eisenbahnen	3 736	88	–	4	–	85
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	495	381	–	15	–	366
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5 256	5 250	–	–	–	5 250
873 Sondervermögen	5 250	5 250	–	–	–	5 250
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	6	–	–	–	–	–
9 Allgemeine Finanzwirtschaft	37 574	39 694	554	264	38 875	0
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	38	–	–	–	–	–
92 Schulden	38.914	38 914	–	39	38 875	–
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	– 1 378	780	554	226	–	0
Summe aller Hauptfunktionen	254 300	233 318	26 865	17 354	38 875	150 225

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen – Soll 2005

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Sach- investitionen	Vermögens- übertragungen	Darlehens- gewährung, Erwerb von Beteiligungen	Ausgaben der Kapital- rechnung*	*darunter: Investive Ausgaben	Globale Minder- ausgaben
6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	1	739	1 500	2 240	2 240	–
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	–	25	–	25	25	–
621 Kernenergie	–	–	–	–	–	–
622 Erneuerbare Energieformen	–	–	–	–	–	–
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	–	25	–	25	25	–
63 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	–	20	–	20	20	–
64 Handel	–	–	–	–	–	–
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	–	694	–	694	694	–
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1	–	1 500	1 501	1 501	–
7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen	5 303	1 747	1	7 051	7 051	–
72 Straßen	4 610	1 405	1	6 016	6 016	–
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	617	–	0	617	617	–
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	–	333	–	333	333	–
75 Luftfahrt	0	–	0	0	0	–
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	76	9	0	85	85	–
8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	64	3 374	330	3 768	3 768	–
81 Wirtschaftsunternehmen	58	3 374	330	3 761	3 761	–
832 Eisenbahnen	–	3 333	315	3 648	3 648	–
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	58	42	15	114	114	–
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	6	–	–	6	6	–
873 Sondervermögen	–	–	–	–	–	–
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	6	–	–	6	6	–
9 Allgemeine Finanzwirtschaft	–	38	–	38	38	– 2 158
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	–	38	–	38	38	–
92 Schulden	–	–	–	–	–	–
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	–	–	–	–	–	– 2 158
Summe aller Hauptfunktionen	6 734	12 940	3 466	23 140	22 745	– 2 158

6 Der Öffentliche Gesamthaushalt von 1999 bis 2005

	1999	2000	2001 ²	2002 ²	2003 ²	2004 ²	2005 ²
	Mrd. €						
Öffentlicher Gesamthaushalt¹							
Ausgaben	597,2	599,1	603,5	609,5	618,3	620 ½	624
Einnahmen	570,3	565,1	556,3	552,4	549,8	546 ½	570
Finanzierungssaldo	- 26,9	- 34,0	- 47,1	- 57,1	- 68,5	- 74	- 54
darunter:							
Bund							
Ausgaben	246,9	244,4	243,1	249,3	256,7	255 ½	254 ½
Einnahmen	220,6	220,5	220,2	216,6	217,5	212	232
Finanzierungssaldo	- 26,2	- 23,9	- 22,9	- 32,7	- 39,2	- 44	- 22 ½
Länder							
Ausgaben	246,4	250,7	255,1	257,0	258,6	259 ½	260 ½
Einnahmen	238,1	240,4	229,4	227,7	227,0	233	233 ½
Finanzierungssaldo	- 8,3	- 10,4	- 25,7	- 29,3	- 31,7	- 26	- 27
Gemeinden							
Ausgaben	143,7	146,1	147,9	149,2	149,8	151	156
Einnahmen	145,9	148,0	144,0	144,6	141,4	146 ½	151
Finanzierungssaldo	2,2	1,9	- 3,9	- 4,6	- 8,4	- 5	- 5
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %							
Öffentlicher Gesamthaushalt							
Ausgaben	2,9	0,3	0,7	1,0	1,4	½	½
Einnahmen	3,4	- 0,9	- 1,6	- 0,7	- 0,5	- ½	4 ½
darunter:							
Bund							
Ausgaben	5,7	- 1,0	- 0,5	2,5	3,0	- ½	- ½
Einnahmen	7,8	- 0,1	- 0,1	- 1,6	0,4	- 2 ½	9 ½
Länder							
Ausgaben	0,7	1,8	1,8	0,7	0,6	½	½
Einnahmen	3,3	0,9	- 4,6	- 0,7	- 0,3	2 ½	0
Gemeinden							
Ausgaben	0,9	1,6	1,3	0,9	0,4	1	3
Einnahmen	0,9	1,4	- 2,7	0,4	- 2,2	3 ½	3

¹ Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblastentilgungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen, Versorgungsrücklage des Bundes, Steinkohlefonds, Fonds Aufbauhilfe.

² 2001, 2002, 2003: vorläufiges Ist-Ergebnis; 2004, 2005: Schätzung.

³ Steuern des Öffentlichen Gesamthaushalts in % des nominalen BIP.

Stand: Finanzplanungsrat November 2004.

6 Der Öffentliche Gesamthaushalt von 1999 bis 2005

	1999	2000	2001 ²	2002 ²	2003 ²	2004 ²	2005 ²
	Mrd. €						
	Anteile in %						
Finanzierungssaldo							
(1) in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 1,4	- 1,7	- 2,3	- 2,7	- 3,2	- 3 ½	- 2 ½
darunter:							
Bund	- 1,3	- 1,2	- 1,1	- 1,6	- 1,8	- 2	- 1
Länder	- 0,4	- 0,5	- 1,2	- 1,4	- 1,5	- 1	- 1
Gemeinden	0,1	0,1	- 0,2	- 0,2	- 0,4	- 0	0
(2) in % der Ausgaben							
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 4,5	- 5,7	- 7,8	- 9,4	- 11,1	- 12	- 8 ½
darunter:							
Bund	- 10,6	- 9,8	- 9,4	- 13,1	- 15,3	- 17	- 9
Länder	- 3,4	- 4,1	- 10,1	- 11,4	- 12,2	- 10	- 10 ½
Gemeinden	1,5	1,3	- 2,6	- 3,1	- 5,6	- 3	- 3 ½
Ausgaben in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	30,2	29,5	29,1	28,9	29,1	28 ½	28
darunter:							
Bund	12,5	12,0	11,7	11,8	12,1	11 ½	11 ½
Länder	12,5	12,4	12,3	12,2	12,2	12	11 ½
Gemeinden	7,3	7,2	7,1	7,1	7,0	7	7
Gesamtwirtschaftliche Steuerquote ³	22,9	23,0	21,5	21,0	20,8	20 ½	20

¹ Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblastentilgungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen, Versorgungsrücklage des Bundes, Steinkohlefonds, Fonds Aufbauhilfe.

² 2001, 2002, 2003: vorläufiges Ist-Ergebnis; 2004, 2005: Schätzung.

³ Steuern des Öffentlichen Gesamthaushalts in % des nominalen BIP.

Stand: Finanzplanungsrat November 2004.

7 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2005 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	1996	1997
Ist-Ergebnisse									
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd.€	42,1	80,2	110,3	131,5	194,4	237,6	232,9	225,9
Veränderung gegen Vorjahr	%	8,6	12,7	37,5	2,1	.	- 1,4	- 2,0	- 3,0
Einnahmen	Mrd.€	42,6	63,3	96,2	119,8	169,8	211,7	192,8	193,5
Veränderung gegen Vorjahr	%	17,9	0,2	6,0	5,0	.	- 1,5	- 9,0	0,4
Finanzierungssaldo	Mrd.€	0,6	- 16,9	- 14,1	- 11,6	- 24,6	- 25,8	- 40,1	- 32,5
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 0,0	- 15,3	- 27,1	- 11,4	- 23,9	- 25,6	- 40,0	- 32,6
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,1	- 0,4	- 27,1	- 0,2	- 0,7	- 0,2	- 0,1	0,1
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	- 1,2	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	0,7	-	-	-	-	-	-	-
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd.€	6,6	13,0	16,4	18,7	22,1	27,1	27,0	26,8
Veränderung gegen Vorjahr	%	12,4	5,9	6,5	3,4	4,5	0,5	- 0,1	- 0,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	11,6	11,9
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	24,3	21,5	19,8	19,1	.	14,4	14,3	16,2
Zinsausgaben	Mrd.€	1,1	2,7	7,1	14,9	17,5	25,4	26,0	27,3
Veränderung gegen Vorjahr	%	14,3	23,1	24,1	5,1	6,7	- 6,2	2,3	4,9
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	11,2	12,1
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	35,1	35,9	47,6	52,3	.	38,7	39,0	40,6
Investive Ausgaben	Mrd.€	7,2	13,1	16,1	17,1	20,1	34,0	31,2	28,8
Veränderung gegen Vorjahr	%	10,2	11,0	- 4,4	- 0,5	8,4	8,8	- 8,3	- 7,6
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	13,4	12,8
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	34,4	35,4	32,0	36,1	.	37,0	36,1	35,2
Steuereinnahmen¹	Mrd.€	40,2	61,0	90,1	105,5	132,3	187,2	173,1	169,3
Veränderung gegen Vorjahr	%	18,7	0,5	6,0	4,6	4,7	- 3,4	- 7,5	- 2,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	74,3	74,9
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	89,8	87,5
Anteil am gesamten Steuer- aufkommen ³	%	54,0	49,2	48,3	47,2	.	44,9	42,3	41,5
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 0,0	- 15,3	- 13,9	- 11,4	- 23,9	- 25,6	- 40,0	- 32,6
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7	.	10,8	17,2	14,4
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	0,0	117,2	86,2	67,0	.	75,3	128,3	113,0
Anteil an der Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts ^{3, 4}	%	0,0	55,8	50,4	55,3	.	51,2	70,4	64,3
nachrichtlich: Schuldenstand³									
öffentliche Haushalte ²	Mrd.€	59,2	129,4	236,6	386,8	536,2	1 010,4	1 070,4	1 119,1
darunter: Bund ⁵	Mrd.€	23,1	54,8	153,4	200,6	277,2	385,7	426,0	459,7

¹ Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

² Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

³ Stand Finanzplanungsrat November 2004; 2001 bis 2003 vorläufiges Ist, 2004 und 2005 = Schätzung.

⁴ Ab 2003: Nettokreditaufnahme = Finanzierungssaldo.

⁵ Ab 2005 mit Fonds Deutsche Einheit.

7 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2005 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	
		Ist-Ergebnisse								Soll
I. Gesamtübersicht										
Ausgaben	Mrd.€	233,6	246,9	244,4	243,1	249,3	256,7	251,6	254,3	
Veränderung gegen Vorjahr	%	3,4	5,7	– 1,0	– 0,5	2,5	3,0	– 2,0	1,1	
Einnahmen	Mrd.€	204,7	220,6	220,5	220,2	216,6	217,5	211,8	232,0	
Veränderung gegen Vorjahr	%	5,8	7,8	– 0,1	– 0,1	– 1,6	0,4	– 2,6	9,5	
Finanzierungssaldo	Mrd.€	– 28,9	– 26,2	– 23,9	– 22,9	– 32,7	– 39,2	– 39,8	– 22,3	
darunter:										
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	– 28,9	– 26,1	– 23,8	– 22,8	– 31,9	– 38,6	– 39,5	– 22,0	
Münzeinnahmen	Mrd.€	– 0,1	– 0,1	– 0,1	– 0,1	– 0,9	– 0,6	– 0,3	– 0,3	
Rücklagenbewegung	Mrd.€	–	–	–	–	–	–	–	–	
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	–	–	–	–	–	–	–	–	
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten										
Personalausgaben	Mrd.€	26,7	27,0	26,5	26,8	27,0	27,2	26,8	26,9	
Veränderung gegen Vorjahr	%	– 0,7	1,2	– 1,7	1,1	0,7	0,9	– 1,8	0,4	
Anteil an den Bundesausgaben	%	11,4	10,9	10,8	11,0	10,8	10,6	10,6	10,6	
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	16,1	16,1	15,7	15,9	15,7	15,8	15,5	15,6	
Zinsausgaben	Mrd.€	28,7	41,1	39,1	37,6	37,1	36,9	36,3	38,9	
Veränderung gegen Vorjahr	%	5,2	43,1	– 4,7	– 3,9	– 1,5	– 0,5	– 1,6	7,2	
Anteil an den Bundesausgaben	%	12,3	16,6	16,0	15,5	14,9	14,4	14,4	15,3	
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	42,1	58,9	58,0	56,8	56,3	56,4	54,5	57,6	
Investive Ausgaben	Mrd.€	29,2	28,6	28,1	27,3	24,1	25,7	22,4	22,7	
Veränderung gegen Vorjahr	%	1,3	– 2,0	– 1,7	– 3,1	– 11,7	6,9	– 13,0	1,6	
Anteil an den Bundesausgaben	%	12,5	11,6	11,5	11,2	9,7	10,0	8,9	8,9	
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	35,5	35,7	35,0	34,2	33,2	36,6	31,7	33,4	
Steuereinnahmen ¹	Mrd.€	174,6	192,4	198,8	193,8	192,0	191,9	187,0	190,8	
Veränderung gegen Vorjahr	%	3,1	10,2	3,3	– 2,5	– 0,9	– 0,1	– 2,5	2,0	
Anteil an den Bundesausgaben	%	74,7	77,9	81,3	79,7	77,0	74,7	74,3	75,0	
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	85,3	87,2	90,1	88,0	88,7	88,2	88,3	82,2	
Anteil am gesamten Steuer- aufkommen ³	%	41,0	42,5	42,5	43,4	43,5	43,4	42,3	42,3	
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	– 28,9	– 26,1	– 23,8	– 22,8	– 31,9	– 38,6	– 39,5	– 22,0	
Anteil an den Bundesausgaben	%	12,4	10,6	9,7	9,4	12,8	15,1	15,7	8,7	
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	98,8	91,2	84,4	83,7	132,4	150,2	176,7	96,7	
Anteil an der Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts ^{3,4}	%	88,6	82,3	62,0	57,8	61,6	56,4	53,4	40,7	
nachrichtlich: Schuldenstand ³										
öffentliche Haushalte ²	Mrd.€	1 153,4	1 183,1	1 198,2	1 203,9	1 253,2	1 325,7	1 394½	1 446	
darunter: Bund ⁵	Mrd.€	488,0	708,3	715,6	697,3	719,4	760,5	801½	862	

¹ Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

² Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

³ Stand Finanzplanungsrat November 2004; 2001 bis 2003 vorläufiges Ist, 2004 und 2005 = Schätzung.

⁴ Ab 2003: Nettokreditaufnahme = Finanzierungssaldo.

⁵ Ab 2005 mit Fonds Deutsche Einheit.

8 Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten¹ (Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen des Staates)

Jahr	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ²		Abgrenzung der Finanzstatistik	
	Steuerquote	Abgabenquote	Steuerquote	Abgabenquote
	Anteile am BIP in %			
1960	23,0	33,4	22,6	32,2
1965	23,5	34,1	23,1	32,9
1970	23,5	35,6	22,4	33,5
1975	23,5	39,1	23,1	37,9
1976	24,2	40,4	23,4	38,9
1977	25,1	41,2	24,5	39,8
1978	24,6	40,5	24,4	39,4
1979	24,4	40,4	24,3	39,3
1980	24,5	40,7	24,3	39,7
1981	23,6	40,4	23,7	39,5
1982	23,3	40,4	23,3	39,4
1983	23,2	39,9	23,2	39,0
1984	23,3	40,1	23,2	38,9
1985	23,5	40,3	23,4	39,2
1986	22,9	39,7	22,9	38,7
1987	22,9	39,8	22,9	38,8
1988	22,7	39,4	22,7	38,5
1989	23,3	39,8	23,4	39,0
1990	22,1	38,2	22,7	38,0
1991	22,0	38,9	22,0	38,0
1992	22,4	39,6	22,7	39,2
1993	22,4	40,2	22,6	39,6
1994	22,3	40,5	22,5	39,8
1995	21,9	40,3	22,5	40,2
1996	22,4	41,4	21,8	39,9
1997	22,2	41,4	21,3	39,5
1998	22,7	41,7	21,7	39,5
1999	23,8	42,5	22,5	40,2
2000	24,2	42,5	22,7	40,0
2001 ³	22,6	40,8	21,1	38,3
2002 ³	22,3	40,4	20,6	37,8
2003 ³	22,3	40,5	20,4	37,6
2004 ³	21,7	39,6	20,0	36,8

¹ Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

² Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

³ Vorläufige Ergebnisse; Stand: August 2005.

9 Entwicklung der öffentlichen Schulden

	2001	2002	2003	2004
	in Mrd. €¹			
Öffentliche Haushalte insgesamt ²	1 203,9	1 253,2	1 325,7	1 395,0
darunter:				
Bund	697,3	719,4	760,5	803,0
Länder	357,7	384,7	415,0	442,9
Gemeinden ³	89,8	89,8	91,5	91,8
Sonderrechnungen des Bundes	59,1	59,2	58,8	57,3
	in % der Gesamtschulden			
Bund	57,9	57,4	57,4	57,6
Länder	29,7	30,7	31,3	31,8
Gemeinden ³	7,5	7,2	6,9	6,6
Sonderrechnungen des Bundes	4,9	4,7	4,4	4,1
	in % des BIP			
Öffentliche Haushalte insgesamt ²	57,0	58,4	61,3	63,0
darunter				
Bund	33,0	33,5	35,2	36,2
Länder	16,9	17,9	19,2	20,0
Gemeinden ³	4,3	4,2	4,2	4,1
Sonderrechnungen des Bundes	2,8	2,8	2,7	2,6
nachrichtlich	in % des BIP			
Maastricht-Kriterium „Schuldenstand“	58,3	59,8	63,2	64,9

¹ Schuldenstand jeweils am Stichtag 31. Dezember; „Kreditmarktschulden im weiteren Sinn“ (einschließlich Ausgleichsforderungen; ohne Schulden bei öffentlichen Haushalten, innere Darlehen, Kassenverstärkungskredite, kreditähnliche Rechtsgeschäfte, Bürgschaften und sonstige Gewährleistungen).

² Bund, Länder, Gemeinden einschließlich Gemeindeverbände, Sonderrechnungen, Zweckverbände.

³ Ohne Schulden der Krankenhäuser und Eigenbetriebe.

Stand: Finanzplanungsrat Juni 2005.

10 Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

Jahr	Steueraufkommen			Anteile am Steueraufkommen insgesamt	
	davon			Direkte Steuern	Indirekte Steuern
	insgesamt	Direkte Steuern	Indirekte Steuern		
	Mrd. €	Mrd. €	Mrd. €	%	%
Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach dem Stand bis zum 3. Oktober 1990					
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3
Bundesrepublik Deutschland					
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2
2005 ²	445,0	211,9	233,0	47,6	52,4
2006 ²	456,6	219,9	236,6	48,2	51,8
2007 ²	471,1	231,2	240,4	49,0	51,0
2008 ²	487,8	244,2	243,6	50,1	49,9
2009 ²	501,1	254,2	246,9	50,7	49,3

¹ Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.09.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.03.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.01.1983); Kuponsteuer (31.07.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.06.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

² Steuerschätzung vom 10. bis 12. Mai 2005.
Stand: Mai 2005.

11 Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden¹

Land	in % des BIP										
	1980	1985	1990	1995	2000	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Deutschland	- 2,9	- 1,1	- 2,0	- 3,3	- 1,2	- 3,8	- 4,1	- 3,7	- 3,9	- 3,7	- 3,3
Belgien	- 9,5	-10,2	- 6,8	- 4,5	0,1	0,0	0,1	0,0	0,0	- 0,3	- 0,5
Dänemark	- 2,3	- 1,4	- 1,3	- 2,0	3,3	1,4	1,2	2,9	3,7	3,0	2,7
Griechenland	-	-	-15,7	-10,2	- 4,1	- 4,9	- 5,7	- 6,6	- 3,7	- 3,8	- 3,8
Spanien	-	-	-	- 6,6	- 1,0	- 0,3	0,0	- 0,1	0,2	0,1	- 0,4
Frankreich	0,0	- 3,0	- 2,1	- 5,5	- 1,4	- 3,2	- 4,1	- 3,7	- 3,2	- 3,5	- 3,5
Irland	-	-10,8	- 2,8	- 2,1	4,4	- 0,6	0,2	1,4	- 0,4	- 0,3	- 0,1
Italien	- 7,1	-12,7	-11,8	- 7,6	- 2,0	- 2,7	- 3,2	- 3,2	- 4,3	- 4,2	- 4,6
Luxemburg	-	-	4,8	2,6	6,1	2,1	0,2	- 1,2	- 2,3	- 2,0	- 2,2
Niederlande	- 3,9	- 3,5	- 5,2	- 4,0	1,4	- 2,0	- 3,2	- 2,1	- 1,8	- 1,9	- 1,5
Österreich	- 1,6	- 2,8	- 2,4	- 5,7	- 1,9	- 0,4	- 1,2	- 1,0	- 1,9	- 1,8	- 1,4
Portugal	- 7,3	- 8,8	- 6,4	- 5,3	- 3,2	- 2,8	- 2,9	- 3,0	- 6,0	- 5,0	- 4,8
Finnland	3,9	3,5	5,5	- 3,9	7,1	4,3	2,5	2,1	1,9	1,9	1,8
Schweden	-	-	-	- 7,0	5,1	- 0,3	0,2	1,6	1,4	0,8	1,1
Vereinigtes Königreich	- 3,2	- 2,9	- 1,6	- 5,8	1,4	- 1,7	- 3,3	- 3,2	- 3,4	- 3,3	- 3,0
Euro-Zone	-	-	-	- 5,0	- 1,0	- 2,5	- 3,0	- 2,7	- 2,9	- 2,8	- 2,8
EU-15	-	-	-	- 5,1	- 0,2	- 2,2	- 2,9	- 2,6	- 2,7	- 2,7	- 2,6
Estland	-	-	-	0,4	- 0,6	1,5	2,6	1,7	1,1	0,6	0,4
Lettland	-	-	6,9	- 2,0	- 2,8	- 2,3	- 1,2	- 0,9	- 1,2	- 1,5	- 1,5
Litauen	-	-	-	- 1,9	- 3,5	- 1,4	- 1,2	- 1,4	- 2,0	- 1,8	- 1,6
Malta	-	-	-	-	- 6,3	- 5,8	-10,4	- 5,1	- 4,2	- 3,0	- 2,5
Polen	-	-	-	- 2,3	- 1,6	- 3,3	- 4,8	- 3,9	- 3,6	- 3,6	- 3,4
Slowakei	-	-	-	- 0,9	-12,3	- 7,8	- 3,8	- 3,1	- 4,1	- 3,0	- 2,5
Slowenien	-	-	-	-	- 3,5	- 2,7	- 2,7	- 2,1	- 1,7	- 1,9	- 1,6
Tschechien	-	-	-	-13,4	- 3,7	- 6,8	-12,5	- 3,0	- 3,2	- 3,7	- 3,3
Ungarn	-	-	-	-	- 3,0	- 8,5	- 6,5	- 5,4	- 6,1	- 6,7	- 6,9
Zypern	-	-	-	-	- 2,4	- 4,5	- 6,3	- 4,1	- 2,8	- 2,8	- 2,4
EU-25	-	-	-	-	-	- 2,4	- 3,0	- 2,6	- 2,7	- 2,7	- 2,7
Japan	- 2,6	- 5,1	- 4,3	- 3,2	1,6	- 3,8	- 5,0	- 4,7	- 3,9	- 4,7	- 4,9
USA	- 4,5	- 1,4	2,1	- 4,7	- 7,5	- 7,9	- 7,7	- 7,0	- 6,5	- 6,1	- 5,8

- = keine Angaben

¹ Für EU-Mitgliedstaaten ab 1995 nach ESVG 95.

Quellen: Für die Jahre 1980 bis 2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, November 2005.

Für die Jahre 2002 bis 2007: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2005 (ohne UMTS-Erlöse).

Stand: November 2005.

12 Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % des BIP										
	1980	1985	1990	1995	2000	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Deutschland	31,2	40,7	42,3	56,6	59,9	61,2	64,8	66,4	68,6	70,0	71,4
Belgien	74,1	115,2	125,7	133,4	109,3	105,8	100,4	96,2	94,9	91,1	88,1
Dänemark	39,1	75,0	62,0	73,3	52,3	47,6	45,0	43,2	36,0	33,0	31,5
Griechenland	25,0	53,6	79,6	108,7	114,0	111,6	108,8	109,3	107,9	106,8	106,0
Spanien	16,4	41,4	42,6	63,9	59,9	53,2	49,4	46,9	44,2	41,9	40,7
Frankreich	20,8	30,3	35,3	55,7	57,2	58,8	63,2	65,1	66,5	67,1	68,0
Irland	69,0	100,5	93,1	81,9	38,4	32,4	31,5	29,8	29,0	28,7	28,2
Italien	58,2	82,3	97,2	124,3	111,4	108,3	106,8	106,5	108,6	108,3	107,9
Luxemburg	11,3	11,7	5,4	6,7	5,5	6,8	6,7	6,6	6,8	7,0	7,3
Niederlande	44,0	67,5	73,7	75,2	54,4	51,3	52,6	53,1	54,0	54,2	53,8
Österreich	35,4	48,1	56,1	68,8	66,7	66,7	65,1	64,3	64,3	64,2	63,6
Portugal	30,6	58,4	55,3	62,0	51,2	56,1	57,7	59,4	65,9	69,8	72,1
Finnland	11,4	16,1	14,1	57,1	44,6	42,3	45,2	45,1	42,8	41,5	40,6
Schweden	40,0	61,9	42,0	73,7	52,8	52,4	52,0	51,1	50,6	49,4	47,8
Vereinigtes Königreich	53,2	52,7	34,0	51,8	41,9	38,2	39,7	41,5	43,1	44,3	45,1
Euro-Zone	33,9	50,8	57,3	73,5	70,1	69,2	70,4	70,8	71,7	71,7	71,8
EU-15	–	–	–	70,7	63,9	62,5	64,0	64,3	65,1	65,2	65,3
Estland	–	–	–	–	4,7	5,8	6,0	5,5	5,1	4,0	3,1
Lettland	–	–	–	–	12,9	14,2	14,6	14,7	12,8	13,0	13,2
Litauen	–	–	–	–	23,6	22,4	21,4	19,6	20,7	20,2	19,6
Malta	–	–	–	–	57,2	63,2	72,8	75,9	77,2	77,4	77,1
Polen	–	–	–	–	36,8	41,2	45,3	43,6	46,3	47,0	47,3
Slowakei	–	–	–	–	49,9	43,7	43,1	42,5	36,7	38,2	38,5
Slowenien	–	–	–	–	27,4	29,8	29,4	29,8	29,3	29,5	29,2
Tschechien	–	–	–	–	18,2	29,8	36,8	36,8	36,2	36,6	36,9
Ungarn	–	–	–	–	55,4	55,5	57,4	57,4	57,2	58,0	59,2
Zypern	–	–	–	–	59,9	65,2	69,8	72,0	70,4	69,1	67,4
EU-25	–	–	–	–	62,7	61,4	63,0	63,4	64,1	64,2	64,3
Japan	45,7	59,5	67,2	74,8	58,6	60,7	63,2	63,8	66,6	69,0	–
USA	55,0	72,1	68,6	87,1	134,0	149,4	154,6	157,6	161,9	165,2	166,9

– = keine Angaben

Quellen: Für die Jahre 1980 bis 1990 und 2002 bis 2007: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2005.

Für die Jahre 1995 und 2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, November 2005.

Für USA und Japan (alle Jahre): EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, November 2005.

Stand: November 2005.

13 Steuerquoten im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern in % des BIP							
	1970	1980	1990	1995	2000	2001	2002	2003 ²
Deutschland ^{3,4}	22,5	24,6	22,3	23,3	23,0	22,2	21,5	21,5
Belgien	24,8	30,2	28,8	30,1	31,6	31,5	31,7	31,3
Dänemark	37,7	43,2	45,7	47,8	47,3	47,7	47,2	47,3
Finnland	29,1	27,8	33,0	31,8	35,9	33,6	33,7	32,9
Frankreich	21,7	23,3	24,0	25,3	29,0	28,7	27,7	27,5
Griechenland	15,7	16,2	20,5	21,9	26,4	24,9	24,1	–
Irland	26,4	26,9	28,5	28,1	27,9	25,8	24,1	25,5
Italien	16,2	18,9	26,1	28,2	30,8	30,7	30,1	30,5
Japan	15,2	18,0	21,4	17,7	17,2	17,1	15,9	–
Kanada	27,8	27,7	31,5	30,6	30,8	29,9	28,7	28,7
Luxemburg	19,1	29,1	29,7	31,1	30,3	29,8	30,6	30,1
Niederlande	23,1	27,0	26,9	24,4	25,2	25,5	25,3	24,7
Norwegen	28,9	33,5	30,6	31,5	34,3	34,2	33,6	34,0
Österreich	25,8	27,5	27,2	26,5	28,6	30,4	29,4	28,4
Polen	–	–	–	25,8	23,0	22,3	23,1	–
Portugal	14,7	17,0	21,3	23,5	25,5	24,6	24,7	–
Schweden	32,8	33,6	38,7	35,1	39,0	36,6	35,1	36,1
Schweiz	16,7	19,5	19,9	20,3	23,1	22,3	22,5	22,2
Slowakei	–	–	–	–	20,0	17,5	18,8	–
Spanien	10,2	11,9	21,4	21,0	22,9	22,5	23,0	23,2
Tschechien	–	–	–	23,4	21,8	21,6	22,0	22,6
Ungarn	–	–	–	27,3	27,6	27,5	26,7	–
USA	22,7	20,6	20,5	20,9	23,0	22,0	19,6	18,6
Vereinigtes Königreich	31,9	29,3	30,3	28,8	31,1	30,9	29,7	28,9

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

² Vorläufig.

³ Nicht vergleichbar mit Quoten in Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen oder der deutschen Finanzstatistik (vgl. für Deutschland hierzu Monatsbericht 09/2004 des BMF, S. 106).

⁴ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2003, Paris 2004.

Stand: Oktober 2004.

14 Abgabenquoten im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern und Sozialabgaben in % des BIP							
	1970	1980	1990	1995	2000	2001	2002	2003 ²
Deutschland ^{3,4}	32,3	37,5	35,7	38,2	37,8	36,8	36,0	36,2
Belgien	34,8	42,4	43,2	44,8	45,7	45,9	46,4	45,8
Dänemark	39,2	43,9	47,1	49,4	49,6	49,9	48,9	49,0
Finnland	32,0	36,2	44,3	46,0	48,0	46,0	45,9	44,9
Frankreich	34,1	40,6	43,0	43,9	45,2	44,9	44,0	44,2
Griechenland	22,4	24,2	29,3	32,4	38,2	36,6	35,9	–
Irland	28,8	31,4	33,5	32,8	32,2	30,1	28,4	30,0
Italien	26,1	30,4	38,9	41,2	43,2	43,0	42,6	43,4
Japan	19,6	25,3	30,2	27,8	27,1	27,4	25,8	–
Kanada	30,8	30,9	35,9	35,6	35,6	35,0	33,9	33,9
Luxemburg	26,8	40,8	40,8	42,3	40,2	40,7	41,8	41,6
Niederlande	35,6	43,6	42,9	41,9	41,2	39,8	39,2	38,8
Norwegen	34,4	42,5	41,5	41,1	43,2	42,4	43,5	43,9
Österreich	34,6	39,8	40,4	41,6	43,4	45,2	44,0	43,0
Polen	–	–	–	37,0	32,5	31,9	32,6	–
Portugal	19,4	24,1	29,2	33,6	36,4	35,6	33,9	–
Schweden	38,5	47,3	53,2	48,5	53,8	51,9	50,2	50,8
Schweiz	21,8	28,0	26,0	27,8	30,5	30,0	30,3	29,8
Slowakei	–	–	–	–	34,0	31,6	33,1	–
Spanien	16,3	23,1	33,2	32,8	35,2	35,0	35,6	35,8
Tschechien	–	–	–	39,8	39,0	38,5	39,3	39,9
Ungarn	–	–	–	42,4	39,0	39,0	38,3	–
USA	27,0	26,4	27,3	27,9	29,9	28,9	26,4	25,4
Vereinigtes Königreich	37,0	35,2	36,5	35,0	37,4	37,2	35,8	35,3

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

² Vorläufig.

³ Nicht vergleichbar mit Quoten in Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen oder der deutschen Finanzstatistik (vgl. für Deutschland hierzu Monatsbericht 09/2004 des BMF, S. 106).

⁴ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2003, Paris 2004.

Stand: Oktober 2004.

15 Entwicklung der EU-Haushalte von 2000 bis 2005

	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Ausgabenseite						
a) Ausgaben insgesamt (in Mrd. €)	83,44	79,99	85,14	90,56	101,81	106,30
davon:						
Agrarpolitik	40,51	41,53	43,52	44,38	43,99	49,11
Strukturpolitik	27,59	22,46	23,50	28,53	34,52	32,40
Interne Politiken	5,37	5,30	6,57	5,67	7,51	7,92
Externe Politiken	3,84	4,23	4,42	4,29	4,95	5,48
Verwaltungsausgaben	4,74	4,86	5,21	5,30	6,12	6,35
Reserven	0,19	0,21	0,17	0,15	0,44	0,44
Heranführungsstrategien	1,20	1,40	1,75	2,24	2,86	3,29
Ausgleichszahlungen					1,41	1,30
b) Zuwachsraten (in %)						
Ausgaben insgesamt	3,9	- 4,1	6,4	6,4	12,4	4,4
davon:						
Agrarpolitik	1,8	2,5	4,8	2,0	- 0,9	11,6
Strukturpolitik	3,5	- 18,6	4,6	21,4	21,0	- 6,1
Interne Politiken	20,1	- 1,3	24,0	- 13,7	32,5	5,5
Externe Politiken	- 16,3	10,2	4,5	9,5	15,4	10,7
Verwaltungsausgaben	5,1	2,5	7,2	1,7	15,5	3,8
Reserven	- 36,7	10,5	- 19,0	- 11,8	193,3	0,0
Heranführungsstrategie		16,7	25,0	54,9	27,7	15,0
Ausgleichszahlungen						- 7,8
c) Anteil an Gesamtausgaben (in % der Ausgaben):						
Agrarpolitik	48,5	51,9	51,1	49,0	43,2	46,2
Strukturpolitik	33,1	28,1	27,6	31,5	33,9	30,5
Interne Politiken	6,4	6,6	7,7	6,3	7,4	7,5
Externe Politiken	4,6	5,3	5,2	4,7	4,9	5,2
Verwaltungsausgaben	5,7	6,1	6,1	5,9	6,0	6,0
Reserven	0,2	0,3	0,2	0,2	0,4	0,4
Heranführungsstrategie	1,4	1,8	2,1	2,5	2,8	3,1
Ausgleichszahlungen					1,4	1,2
Einnahmenseite						
a) Einnahmen insgesamt (in Mrd. €)	92,72	94,28	94,08	97,82	101,81	106,30
davon:						
Zölle	13,11	12,83	9,50	9,63	10,66	10,75
Agrarzölle und Zuckerabgaben	2,16	1,82	1,49	1,43	1,74	1,61
MwSt-Eigenmittel	35,19	30,69	22,69	21,73	13,58	15,31
BSP/BNE-Eigenmittel	37,58	34,46	45,85	55,34	69,01	77,58
b) Zuwachsraten (in %)						
Einnahmen insgesamt	6,7	1,7	- 0,2	4,0	4,1	4,4
davon:						
Zölle	12,0	- 2,1	- 26,0	1,4	10,7	0,8
Agrarzölle und Zuckerabgaben	0,5	- 15,7	- 18,1	- 4,0	21,7	- 7,5
MwSt-Eigenmittel	12,3	- 12,8	- 26,1	- 4,2	- 37,5	12,7
BSP/BNE-Eigenmittel	0,2	- 8,3	33,1	20,7	24,7	12,4
c) Anteil an Gesamteinnahmen (in % der Einnahmen):						
Zölle	14,1	13,6	10,1	9,8	10,5	10,1
Agrarzölle und Zuckerabgaben	2,3	1,9	1,6	1,5	1,7	1,5
MwSt-Eigenmittel	38,0	32,6	24,1	22,2	13,3	14,4
BSP/BNE-Eigenmittel	40,5	36,6	48,7	56,6	67,8	73,0

Bemerkungen:

1996 bis 2003: Ist-Angaben gem. EU-Haushaltsrechnung und ERH-Jahresbericht.

2004: EU-Haushalt einschl. Nachtrags- und Berichtigungshaushalte Nr. 1-10.

2005: Endgültige Feststellung vom Dezember 2004.

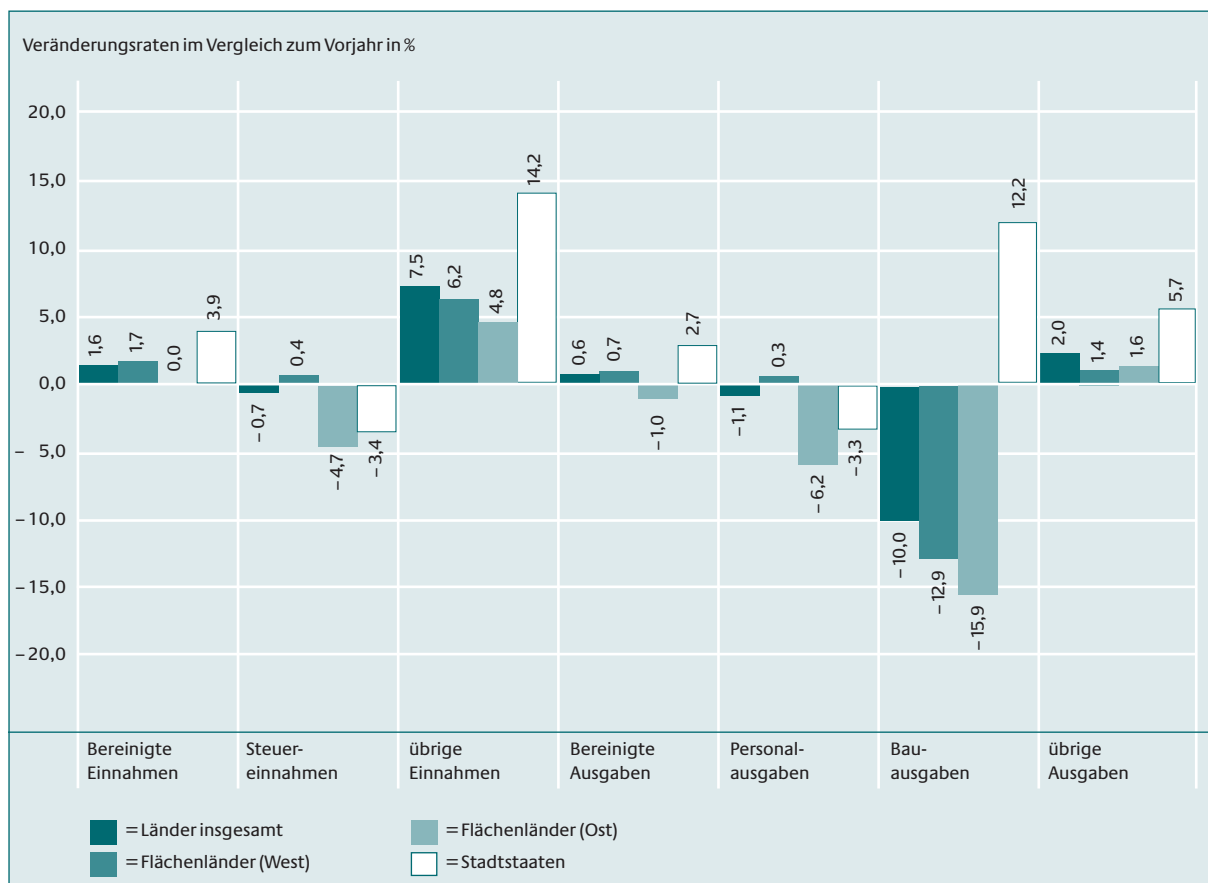
Stand: März 2005.

Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte

1 Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober 2005 im Vergleich zum Jahressoll 2005

in Mio. €	Flächenländer (West)		Flächenländer (Ost)		Stadtstaaten		Länder zusammen	
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
Bereinigte Einnahmen	159 578	127 371	49 179	37 901	28 764	24 032	232 179	184 770
darunter:								
Steuereinnahmen	122 758	98 282	22 774	18 160	17 401	13 023	162 932	129 465
übrige Einnahmen	36 820	29 089	26 406	19 741	11 364	11 009	69 247	55 305
Bereinigte Ausgaben	177 287	145 440	52 915	40 642	34 447	29 176	259 306	210 725
darunter:								
Personalausgaben	72 200	60 857	13 068	10 560	11 619	9 449	96 888	80 866
Bauausgaben	2 459	1 409	1 581	892	887	553	4 927	2 854
übrige Ausgaben	102 628	83 173	38 265	29 190	21 941	19 175	157 491	127 005
Finanzierungssaldo	- 17 703	- 18 069	- 3 736	- 2 741	- 5 686	- 5 145	- 27 125	- 25 955

2 Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober 2005



3 Die Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Oktober 2005; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Oktober 2004			September 2005			Oktober 2005		
		Bund	Länder ³	Ins-gesamt	Bund	Länder	Ins-gesamt	Bund	Länder	Ins-gesamt
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
11	Bereinigte Einnahmen¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	158 004	181 880	327 633	159 975	169 827	318 052	177 089	184 770	348 455
111	darunter: Steuereinnahmen	140 791	130 434	271 225	129 150	119 261	248 411	144 047	129 465	273 512
112	Länderfinanzausgleich ¹	–	–	–	–	–	–	–	–	–
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	202 061 ⁴	65 231	267 291	175 984 ⁴	61 731	237 715	196 114 ⁴	68 380	264 494
12	Bereinigte Ausgaben¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	215 530	209 439	412 719	203 834	190 506	382 590	224 043	210 725	421 364
121	darunter: Personalausgaben (inklusive Versorgung)	22 184	81 724	103 908	19 574	73 048	92 622	21 631	80 866	102 497
122	Bausubstanz	3 764	3 172	6 936	3 263	2 524	5 786	3 891	2 854	6 745
123	Länderfinanzausgleich ¹	–	–241	–241	–	–189	–189	–	–344	–344
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	148 474	41 050	189 524	153 019	47 684	200 703	173 096	52 382	225 478
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)	– 57 526	– 27 560	– 85 086	– 43 859	– 20 679	– 64 538	– 46 955	– 25 955	– 72 909
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–	0
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–	0
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	–	–	–	–	–	–	–	–	0
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Bundeshauptkasse/Landeshauptkassen ²	53 932	22 346	76 278	23 253	14 180	37 433	23 324	15 699	39 023
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	–	– 275	– 275	–	– 1 071	– 1 071	–	– 766	– 766
21	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	–	– 1 462	– 1 462	–	– 981	– 981	–	– 1 161	– 1 161
3	Verwarungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwarungen	3 594	6 548	10 142	14 019	8 576	22 595	11 792	7 496	19 288
32	Vorschüsse	–	8 452	8 452	–	9 044	9 044	–	7 584	7 584
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	–	3 989	3 989	–	4 573	4 573	–	4 965	4 965
34	Saldo (31–32+33)	3 594	2 085	5 679	14 019	4 105	18 124	11 792	4 878	16 670
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	0	– 4 866	– 4 866	– 6 586	– 4 447	– 11 034	– 11 838	– 7 305	– 19 143
5	Schwebende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	–	4 474	4 474	6 586	3 482	10 069	11 838	5 886	17 724
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	234	234	–	396	396	–	80	80
56	Zusammen	–	4 707	4 707	6 586	3 878	10 465	11 838	5 966	17 804
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	0	– 158	– 158	0	– 569	– 569	0	– 1 339	– 1 339
7	Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit ⁵	–	559	559	–	537	537	–	746	746
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	988	988	–	1 180	1 180	–	1 554	1 554

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. ¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder ohne Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern. ² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung. ³ Einschl. der Sanierungshilfen des Bundes für Bremen und Saarland. ⁴ Ohne sonstige Einnahmen zur Schuldentilgung. ⁵ Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.

Stand: November 2005.

4 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Oktober 2005; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden-Württ.	Bayern	Brandenburg	Hessen	Mecklbg.-Vorpom.	Niedersachsen	Nordrh.-Westf.	Rheinl.-Pfalz	Saarland
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
11	Bereinigte Einnahmen¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	22 750,0	26 397,3⁶	7 240,7	12 180,4	5 160,2	15 723,5	35 172,4	8 524,4	1 970,3
111	darunter: Steuereinnahmen	17 324,2	20 530,2	3 574,4	9 960,8	2 284,8	11 646,7	27 485,7 ⁷	5 692,6	1 483,1
112	Länderfinanzausgleich ¹	–	–	415,3	–	353,0	373,4	–	235,9	90,1
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	6 595,0	3 755,1	1 058,3	3 152,0	988,9	7 115,5	15 280,3	4 714,0	1 226,4
12	Bereinigte Ausgaben¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	25 848,1	28 209,2⁶	7 533,0	14 438,8	5 363,1	18 047,0	40 615,2	9 700,6	2 647,8
121	darunter: Personalausgaben (inklusive Versorgung)	11 361,3	12 645,4	1 825,6	5 585,2	1 430,5	6 927,1 ³	16 318,3 ³	4 128,0	1 099,4
122	Baus Ausgaben	250,6	546,0	111,9	233,7	145,9	72,3	127,2	46,1	61,5
123	Länderfinanzausgleich ¹	1 711,2	1 771,9	–	1 140,7	–	–	314,7	–	–
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	4 923,8	1 991,1	1 494,2	2 488,9	1 263,8	5 992,1	12 266,0	4 290,6	551,6
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)	– 3 098,1	– 1 811,9⁶	– 292,3	– 2 258,3	– 202,9	– 2 323,5	– 5 442,8	– 1 176,2	– 677,5
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–	–
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–	–
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	–	–	–	–	–	–	–	–	–
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkasse ²	1 575,3	1 948,0	– 241,8	680,4	– 261,2	984,3	3 013,8	290,0	670,7
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)									
21	des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	–	–	–	–	–	–	–	–	–
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	–	– 762,1	–	0,1	–	–	–	–	–
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	2 091,1	883,1	526,6	360,2	115,8	142,2	475,9	1 419,1	119,8
32	Vorschüsse	872,1	2 624,6	8,0	121,8	0,6	581,0	335,0	668,4	6,9
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	211,7	2 367,5	–	181,2	133,8	660,6	280,6	1,1	8,6
34	Saldo (31–32+33)	1 430,7	626,0	518,6	419,6	249,0	221,8	421,6	751,8	121,6
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	– 92,1	0,0	– 15,5	– 1 158,2	– 215,1	– 1 117,4	– 2 007,4	– 134,3	114,8
5	Schwebende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	–	0,0	88,3	1 097,0	167,0	17,0	2 024,0	135,0	– 114,8
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	–	–	80,0	–	–	–	–	–
56	Zusammen	0,0	0,0	88,3	1 177,0	167,0	17,0	2 024,0	135,0	– 114,8
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)⁴	– 92,1	0,0	72,8	18,8	– 48,1	– 1 100,4	16,6	0,7	0,0
7	Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit ⁸	–	–	–	–	–	430,2	–	–	–
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	–	–	–	–	660,6	276,5	–	–

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. ¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. ² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung. ³ Ohne November-Bezüge. ⁴ Minusbeträge beruhen auf später erfolgten Buchungen. ⁵ SH – Wegen Umstellung des Mittelbewirtschaftungsverfahrens zzt. nicht zu ermitteln. ⁶ BY – Nach Ausklammerung der Zuführungen an den Grundstock (=Sondervermögen nach Art. 81 BV) über die Offensive Zukunft Bayern betragen die Einnahmen 26 328,9 Mio. €, die Ausgaben 28 063,1 Mio. € und der Finanzierungssaldo – 1734,2 Mio. €. ⁷ NW – Darin enthalten 491,5 Mio. € Zuschlag zur Gewerbesteuerumlage. ⁸ Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.

Stand: November 2005.

4 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Oktober 2005; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schlesw.-Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
1	Seit dem 1. Januar gebuchte								
11	Bereinigte Einnahmen¹								
	für das laufende Haushaltsjahr	11 933,5	7 079,8	5 401,6	6 486,5	14 702,4	2 373,4	7 237,2	184 770,0
111	darunter: Steuereinnahmen	5 753,6	3 316,7	4 158,4	3 230,7	6 294,8	1 394,6	5 333,7	129 465,0
112	Länderfinanzausgleich ¹	783,8	477,7	49,4	463,2	2 037,6	284,2	–	–
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	1 660,5	5 362,2	3 806,2	2 146,3	9 644,1	1 821,0	54,3	68 380,1
12	Bereinigte Ausgaben¹								
	für das laufende Haushaltsjahr	11 825,5	8 289,5	6 681,9	7 630,9	17 972,6	3 288,9	8 196,1	210 724,6
121	darunter: Personalausgaben								
	(inklusive Versorgung)	3 427,0	1 883,0	2 792,5	1 993,7	5 728,1	1 038,4	2 682,3	80 865,8
122	Baus Ausgaben	446,8	50,0	71,9	137,8	140,6	86,2	325,7	2 854,2
123	Länderfinanzausgleich ¹	–	–	–	–	–	–	281,2	–343,9
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	1 047,1	3 982,4	2 568,2	1 303,5	6 944,3	1 274,4	0,0	52 382,0
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)	108,0	– 1 209,7	– 1 280,3	– 1 144,4	– 3 270,2	– 915,5	– 958,9	– 25 954,5
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	–	–	–	–	–	–	–	–
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkasse ²	612,5	1 374,6	1 260,5	840,5	2 331,5	560,4	59,4	15 698,9
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–)								
21	des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	–	–	–	–	–	–	–765,8	–765,8
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	–	–	–	–399,2	–	–	–	–1 161,2
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.								
31	Verwahrungen	682,6	265,5	–	–152,3	192,7	180,1	193,6	7 496,0
32	Vorschüsse	1 787,0	639,3	–	102,2	–	–32,7	–130,2	7 584,0
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	297,9	56,6	–	3,0	291,8	155,6	315,4	4 965,4
34	Saldo (31–32+33)	–806,5	–317,3	0,0 ⁵	–251,5	484,5	368,4	639,2	4 877,5
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	–86,0	–152,4	–19,8	–954,6	–454,2	13,3	–1 026,1	–7 305,0
5	Schwebende Schulden								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	–	17,0	–	963,0	468,0	43,1	981,0	5 885,6
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	–	–	–	–	–	–	80,0
56	Zusammen	–	17,0	–	963,0	468,0	43,1	981,0	5 965,6
6	Kassenbestand insgesamt (4+56) ⁴	–86,0	–135,4	–19,8	8,4	13,8	56,4	–45,1	–1 339,4
7	Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)								
71	Innerer Kassenkredit ⁸	–	–	–	–	–	–	315,4	745,6
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	–	–	0,6	291,8	9,2	315,4	1 554,1

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. ¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. ² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokreditilgung. ³ Ohne November-Bezüge. ⁴ Minusbeträge beruhen auf später erfolgten Buchungen. ⁵ SH – Wegen Umstellung des Mittelbewirtschaftungsverfahrens zzt. nicht zu ermitteln. ⁶ BY – Nach Ausklammerung der Zuführungen an den Grundstock (=Sondervermögen nach Art. 81 BV) über die Offensive Zukunft Bayern betragen die Einnahmen 26 328,9 Mio. €, die Ausgaben 28 063,1 Mio. € und der Finanzierungssaldo –1734,2 Mio. €. ⁷ NW – Darin enthalten 491,5 Mio. € Zuschlag zur Gewerbesteuerumlage. ⁸ Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.

Stand: November 2005.

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

1 Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

Jahr	Erwerbstätige im Inland ¹		Erwerbs- quote ²	Erwerbs- lose	Erwerbs- losen- quote ³	Bruttoinlandsprodukt (real)			Investitions- quote ⁴
	Mio.	Verän- derung in % p. a.	in %	Mio.	in %	gesamt	je Erwerbs- tätigen	je Stunde	in %
						Veränderung in % p. a.			
1991	38,6	–	50,8	2,0	4,9	–	–	–	23,2
1992	38,1	– 1,5	50,1	2,3	5,7	2,2	3,7	2,6	23,6
1993	37,6	– 1,3	49,7	2,8	6,9	– 0,8	0,5	1,6	22,5
1994	37,5	– 0,1	49,7	3,0	7,4	2,7	2,8	3,0	22,6
1995	37,6	0,2	49,5	2,9	7,1	1,9	1,7	2,6	21,9
1996	37,5	– 0,3	49,5	3,1	7,7	1,0	1,3	2,4	21,3
1997	37,5	– 0,1	49,8	3,5	8,6	1,8	1,9	2,5	21,0
1998	37,9	1,2	50,2	3,3	8,1	2,0	0,8	1,2	21,1
1999	38,4	1,4	50,5	3,1	7,5	2,0	0,7	1,4	21,3
2000	39,1	1,9	51,0	2,9	6,9	3,2	1,3	2,6	21,5
2001	39,3	0,4	51,1	2,9	6,9	1,2	0,8	1,8	20,0
2002	39,1	– 0,6	51,2	3,2	7,6	0,1	0,6	1,5	18,3
2003	38,7	– 1,0	51,3	3,7	8,7	– 0,2	0,8	1,2	17,8
2004	38,9	0,4	51,8	3,9	9,2	1,6	1,3	0,9	17,4
1999/1994	37,7	0,5	49,9	3,2	7,7	1,7	1,3	2,0	21,5
2004/1999	38,9	0,2	50,9	3,3	7,8	1,2	1,0	1,6	19,4

¹ Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95. ² Erwerbspersonen (inländische Erwerbstätige + Erwerbslose[ILO]) in % der Wohnbevölkerung nach ESVG 95.

³ Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95. ⁴ Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (nominal).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

2 Preisentwicklung¹

Jahr	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlands- nachfrage (Deflator)	Konsum der privaten Haushalte (Deflator)	Verbraucher- preisindex (2000=100)	Lohnstück- kosten ²
				Veränderung in % p. a.			
1991	–	–	–	–	–	–	–
1992	7,3	5,0	3,2	4,1	4,1	5,1	6,4
1993	2,9	3,7	2,0	3,2	3,4	4,4	3,5
1994	5,1	2,4	1,0	2,2	2,5	2,7	0,2
1995	3,8	1,9	1,5	1,5	1,3	1,7	1,9
1996	1,5	0,5	– 0,7	0,7	1,0	1,4	– 0,0
1997	2,1	0,3	– 2,2	0,9	1,4	1,9	– 1,1
1998	2,6	0,6	1,6	0,1	0,5	0,9	0,1
1999	2,4	0,3	0,5	0,2	0,3	0,6	0,4
2000	2,5	– 0,7	– 4,8	0,9	0,9	1,5	0,6
2001	2,5	1,2	– 0,1	1,3	1,7	2,0	0,8
2002	1,5	1,4	2,1	0,8	1,1	1,4	0,8
2003	0,9	1,0	1,0	0,8	1,5	1,1	0,7
2004	2,4	0,8	– 0,2	0,9	1,4	1,6	– 0,9
1999/1994	2,5	0,7	0,1	0,7	0,9	1,3	0,3
2004/1999	1,9	0,8	– 0,4	0,9	1,3	1,5	0,4

¹ Vorjahrespreisbasis. ² Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer dividiert durch das reale BIP je Erwerbstätigen (Inlandskonzept).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

3 Außenwirtschaft¹

Jahr	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt
	Veränderung in % p. a.		Mrd. €	Mrd. €	Anteile am BIP in %			
1991	–	–	– 6,09	– 23,08	25,8	26,2	– 0,4	– 1,5
1992	0,2	0,6	– 7,48	– 18,62	24,1	24,5	– 0,5	– 1,1
1993	– 4,8	– 6,4	– 0,46	– 17,82	22,3	22,3	– 0,0	– 1,1
1994	8,9	8,1	2,59	– 28,44	23,1	22,9	0,1	– 1,6
1995	7,7	6,2	8,67	– 23,96	24,0	23,5	0,5	– 1,3
1996	5,5	3,7	16,87	– 12,26	24,9	24,0	0,9	– 0,7
1997	12,7	11,6	23,91	– 8,61	27,5	26,2	1,2	– 0,4
1998	7,0	6,8	26,82	– 13,43	28,7	27,3	1,4	– 0,7
1999	5,0	7,0	17,44	– 23,96	29,4	28,5	0,9	– 1,2
2000	16,4	18,7	7,25	– 26,70	33,4	33,0	0,4	– 1,3
2001	6,9	1,8	42,51	– 0,90	34,8	32,8	2,0	0,0
2002	4,1	– 3,6	97,12	47,69	35,7	31,2	4,5	2,2
2003	0,9	2,5	87,56	45,66	35,7	31,7	4,0	2,1
2004	9,1	7,0	109,46	82,36	38,0	33,1	4,9	3,7
1999/1994	7,5	7,0	16,1	– 18,4	26,2	25,4	0,8	– 1,0
2004/1999	7,3	5,0	60,2	20,7	34,5	31,7	2,8	0,9

¹ In jeweiligen Preisen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

4 Einkommensverteilung

Jahr	Volks- einkommen	Unterneh- mens- und Vermögens- einkommen	Arbeitnehmer- entgelte (Inländer)	Lohnquote		Bruttolöhne und -gehälter (je Arbeit- nehmer)	Reale Nettolöhne und -gehälter (je Arbeit- nehmer) ³
	Veränderung in % p. a.			unbereinigt ¹ in %	bereinigt ² in %	Veränderung in % p. a.	
1991	–	–	–	71,0	71,0	–	–
1992	6,5	2,0	8,3	72,2	72,5	10,3	4,2
1993	1,4	– 1,1	2,4	72,9	73,4	4,3	1,1
1994	4,1	8,7	2,5	71,7	72,4	1,9	– 2,3
1995	4,2	5,6	3,7	71,4	72,1	3,1	– 0,6
1996	1,5	2,7	1,0	71,0	71,7	1,4	– 1,1
1997	1,5	4,1	0,4	70,3	71,1	0,1	– 2,6
1998	1,9	1,4	2,1	70,4	71,3	0,9	0,6
1999	1,4	– 1,4	2,6	71,2	72,0	1,4	1,6
2000	2,5	– 0,8	3,8	72,2	72,9	1,5	1,2
2001	2,4	3,7	1,9	71,8	72,6	1,8	1,5
2002	1,3	2,8	0,7	71,4	72,3	1,4	– 0,2
2003	1,2	3,6	0,2	70,7	71,8	1,2	– 0,9
2004	3,6	11,7	0,3	68,4	69,8	0,5	0,8
1999/1994	2,1	2,4	2,0	71,0	71,8	1,4	– 0,4
2004/1999	2,2	4,1	1,4	70,9	71,9	1,3	0,5

¹ Arbeitnehmerentgelte in % des Volkseinkommens.

² Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991).

³ Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (ohne private Organisationen ohne Erwerbszweck).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

5 Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %									
	1985	1990	1995	2000	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Deutschland	2,2	5,7	1,9	3,2	0,1	– 0,2	1,6	0,8	1,2	1,6
Belgien	1,7	3,1	2,4	3,9	1,5	0,9	2,6	1,4	2,1	2,0
Dänemark	3,6	1,0	3,1	3,5	0,5	0,6	2,1	2,7	2,3	2,1
Griechenland	2,5	0,0	2,1	4,5	3,8	4,6	4,7	3,5	3,4	3,4
Spanien	2,3	3,8	2,8	5,1	2,7	3,0	3,1	3,4	3,2	3,0
Frankreich	1,9	2,7	2,4	4,1	1,2	0,8	2,3	1,5	1,8	2,3
Irland	3,1	7,6	9,8	9,2	6,1	4,4	4,5	4,4	4,8	5,0
Italien	3,0	2,0	2,9	3,0	0,4	0,3	1,2	0,2	1,5	1,4
Luxemburg	2,9	5,3	1,4	9,0	2,5	2,9	4,5	4,2	4,4	4,5
Niederlande	2,7	4,1	3,0	3,5	0,1	– 0,1	1,7	0,5	2,0	2,4
Österreich	2,6	4,6	1,9	3,4	1,0	1,4	2,4	1,7	1,9	2,2
Portugal	2,8	4,0	4,3	3,8	0,5	– 1,2	1,2	0,4	0,8	1,2
Finnland	3,4	– 0,3	3,4	5,0	2,2	2,4	3,6	1,9	3,5	3,1
Schweden	2,2	1,0	4,1	4,3	2,0	1,5	3,6	2,5	3,0	2,8
Vereinigtes Königreich	3,6	0,7	2,9	4,0	2,0	2,5	3,2	1,6	2,3	2,8
Euro-Zone	2,4	3,6	2,5	3,8	0,9	0,7	2,1	1,3	1,9	2,1
EU-15	2,6	3,0	2,6	3,8	1,1	1,1	2,3	1,4	2,0	2,2
Estland	–	–	4,5	7,9	7,2	6,7	7,8	8,4	7,2	7,4
Lettland	–	–	– 0,9	6,9	6,4	7,2	8,3	9,1	7,7	7,1
Litauen	–	–	3,3	3,9	6,8	10,5	7,0	7,0	6,2	5,8
Malta	–	–	6,2	6,4	0,8	– 1,9	0,4	0,8	0,7	1,1
Polen	–	–	7,0	4,0	1,4	3,8	5,3	3,4	4,3	4,5
Slowakei	–	–	5,8	2,0	4,6	4,5	5,5	5,1	5,5	6,3
Slowenien	–	–	4,1	4,1	3,5	2,7	4,2	3,8	4,0	4,2
Tschechien	–	–	5,9	3,9	1,5	3,2	4,4	4,8	4,4	4,3
Ungarn	–	–	1,5	5,2	3,5	2,9	4,2	3,7	3,9	3,9
Zypern	–	–	9,9	5,0	2,1	1,9	3,8	3,9	4,0	4,2
EU-25	–	–	2,7	3,8	1,2	1,2	2,4	1,5	2,1	2,4
Japan	5,1	5,2	2,0	2,4	– 0,3	1,4	2,7	2,5	2,2	1,8
USA	3,8	1,7	2,5	3,7	1,6	2,7	4,2	3,5	3,2	2,7

– = keine Angaben

Quellen: Für die Jahre 1985–2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, November 2005.

Für die Jahre ab 2002: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2005.

Stand: November 2005.

6 Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %						
	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Deutschland	1,9	1,3	1,0	1,8	2,0	1,6	1,1
Belgien	2,4	1,6	1,5	1,9	2,7	2,6	1,9
Dänemark	2,3	2,4	2,0	0,9	1,7	2,0	1,9
Griechenland	3,7	3,9	3,4	3,0	3,5	3,1	3,0
Spanien	2,8	3,6	3,1	3,1	3,6	3,3	2,6
Frankreich	1,8	1,9	2,2	2,3	2,0	2,1	1,9
Irland	4,0	4,7	4,0	2,3	2,2	2,5	2,4
Italien	2,3	2,6	2,8	2,3	2,2	2,1	1,9
Luxemburg	2,4	2,1	2,5	3,2	4,1	4,4	2,2
Niederlande	5,1	3,9	2,2	1,4	1,7	2,0	1,9
Österreich	2,3	1,7	1,3	2,0	2,2	2,1	1,7
Portugal	4,4	3,7	3,3	2,5	2,2	2,7	2,2
Finnland	2,7	2,0	1,3	0,1	1,0	1,4	1,3
Schweden	2,7	2,0	2,3	1,0	0,7	1,4	1,8
Vereinigtes Königreich	1,2	1,3	1,4	1,3	2,4	2,2	2,0
Euro-Zone	2,4	2,3	2,1	2,1	2,3	2,2	1,8
EU-15	2,2	2,1	2,0	2,0	2,3	2,2	1,9
Estland	2,5	3,6	1,4	3,0	4,1	3,3	2,6
Lettland	2,5	2,0	2,9	6,2	6,8	6,0	4,8
Litauen	1,3	0,4	- 1,1	1,1	2,6	2,8	2,9
Malta	2,5	2,6	1,9	2,7	3,1	2,6	2,2
Polen	5,3	1,9	0,7	3,6	2,2	2,3	2,5
Slowakei	7,2	3,5	8,4	7,5	2,9	3,6	2,1
Slowenien	8,6	7,5	5,7	3,6	2,6	2,5	2,5
Tschechien	4,5	1,4	- 0,1	2,6	1,7	2,9	2,6
Ungarn	9,1	5,2	4,7	6,8	3,7	2,0	3,0
Zypern	2,0	2,8	4,0	1,9	2,3	2,1	2,1
EU-25	2,5	2,1	1,9	2,1	2,3	2,2	1,9
Japan	- 0,6	- 0,9	- 0,3	0,0	- 0,2	0,3	2,0
USA	2,8	1,6	2,3	2,7	3,3	2,9	2,2

Quellen: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2005.
Stand: November 2005.

7 Harmonisierte Arbeitslosenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % der zivilen Erwerbsbevölkerung									
	1985	1990	1995	2000	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Deutschland	7,2	4,8	8,0	7,2	8,2	9,0	9,5	9,5	9,3	9,1
Belgien	10,1	6,6	9,7	6,9	7,3	8,0	7,9	8,0	7,9	7,8
Dänemark	6,7	7,2	6,7	4,4	4,6	5,6	5,4	4,6	4,2	4,0
Griechenland	7,0	6,4	9,2	11,3	10,3	9,7	10,5	10,4	10,0	9,7
Spanien	17,7	13,1	18,8	11,4	11,5	11,5	11,0	9,2	8,5	8,1
Frankreich	9,6	8,5	11,1	9,1	8,9	9,5	9,6	9,6	9,3	8,9
Irland	16,8	13,4	12,3	4,3	4,3	4,6	4,5	4,3	4,4	4,5
Italien	8,2	8,9	11,2	10,1	8,6	8,4	8,0	7,7	7,6	7,5
Luxemburg	2,9	1,7	2,9	2,3	2,8	3,7	4,8	5,3	5,6	5,8
Niederlande	7,9	5,8	6,6	2,8	2,8	3,7	4,6	5,1	4,9	4,2
Österreich	3,1	3,1	3,9	3,6	4,2	4,3	4,8	5,0	5,0	5,1
Portugal	9,1	4,8	7,3	4,1	5,0	6,3	6,7	7,4	7,7	7,8
Finnland	4,9	3,2	15,4	9,8	9,1	9,0	8,8	8,4	7,8	7,2
Schweden	2,9	1,7	8,8	5,6	4,9	5,6	6,3	6,8	5,9	5,6
Vereinigtes Königreich	11,2	6,9	8,5	5,4	5,1	4,9	4,7	4,6	4,9	4,7
Euro-Zone	9,3	7,6	10,5	8,3	8,3	8,7	8,9	8,6	8,4	8,1
EU-15	9,4	7,3	10,0	7,6	7,6	7,9	8,1	7,9	7,7	7,4
Estland	–	0,6	9,7	12,5	9,5	10,2	9,2	7,2	6,0	5,4
Lettland	–	0,5	18,9	13,7	12,6	10,4	9,8	9,7	9,4	9,3
Litauen	–	5,3	12,7	16,4	13,5	12,7	10,9	9,0	8,1	7,5
Malta	–	4,8	4,9	6,7	7,7	8,0	7,6	7,2	7,1	7,1
Polen	–	–	13,2	16,4	19,8	19,2	18,8	17,8	16,8	15,5
Slowakei	–	–	13,3	18,7	18,7	17,5	18,2	16,7	16,2	15,8
Slowenien	–	–	6,9	6,6	6,1	6,5	6,0	5,8	5,7	5,6
Tschechien	–	–	3,9	8,7	7,3	7,8	8,3	7,9	7,5	7,4
Ungarn	–	–	10,0	6,3	5,6	5,8	6,0	7,0	6,9	6,7
Zypern	–	–	3,9	5,2	3,9	4,5	5,2	4,9	4,8	4,6
EU-25	–	–	10,6	8,6	8,7	9,0	9,0	8,7	8,5	8,1
Japan	2,6	2,1	3,1	4,7	5,4	5,3	4,7	4,5	4,2	4,2
USA	7,2	5,5	5,6	4,0	5,8	6,0	5,5	5,1	5,0	5,3

– = keine Angaben

Quellen: Für die Jahre 1985–2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, statistischer Anhang, November 2005.

Für die Jahre ab 2002: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2005.

Stand: November 2005.

8 Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern

	Reales Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Leistungsbilanz in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts			
	Veränderungen gegenüber Vorjahr in %											
	2003	2004	2005 ¹	2006 ¹	2003	2004	2005 ¹	2006 ¹	2003	2004	2005 ¹	2006 ¹
Gemeinschaft der unabhängigen Staaten	7,9	8,4	6,0	5,7	12,0	10,3	12,6	10,5	6,3	8,3	10,6	10,3
darunter												
Russische Föderation	7,3	7,2	5,5	5,3	13,7	10,9	12,8	10,7	8,2	10,3	13,2	13,0
Ukraine	9,6	12,1	5,5	5,4	5,2	9,0	14,2	12,1	5,8	10,5	5,0	0,2
Asien	7,5	7,9	7,3	6,9	2,4	4,0	3,9	4,4	4,3	4,1	3,7	3,4
darunter												
China	9,5	9,5	9,0	8,2	1,2	3,9	3,0	3,8	3,2	4,2	6,1	5,6
Indien	7,4	7,3	7,1	6,3	3,8	3,8	3,9	5,1	1,2	-0,1	-1,8	-2,0
Indonesien	4,9	5,1	5,8	5,8	6,8	6,1	8,2	6,5	3,4	1,2	-0,4	0,7
Korea	3,1	4,6	3,8	5,0	3,5	3,6	2,8	2,9	2,0	4,1	2,0	1,5
Thailand	6,9	6,1	3,5	5,0	1,8	2,7	4,2	2,7	5,6	4,5	-2,5	-2,5
Türkei ²	5,8	8,9	5,0	5,0	25,2	10,3	8,4	6,9	-3,3	-5,1	-5,6	-5,3
Lateinamerika	2,2	5,6	4,1	3,8	10,6	6,5	6,3	5,4	0,4	0,9	0,9	0,6
darunter												
Argentinien	8,8	9,0	7,5	4,2	13,4	4,4	9,5	10,4	5,8	2,0	1,3	0,1
Brasilien	0,5	4,9	3,3	3,5	14,8	6,6	6,8	4,6	0,8	1,9	1,7	0,7
Chile	3,7	6,1	5,9	5,8	2,8	1,1	2,9	3,3	-1,5	1,5	0,3	-0,7
Mexiko	1,4	4,4	3,0	3,5	4,5	4,7	4,3	3,6	-1,4	-1,1	-1,1	-0,8
Venezuela	-7,7	17,9	7,8	4,5	31,1	21,7	16,6	18,0	13,6	12,7	15,9	14,9

¹ Prognosen des IWF.

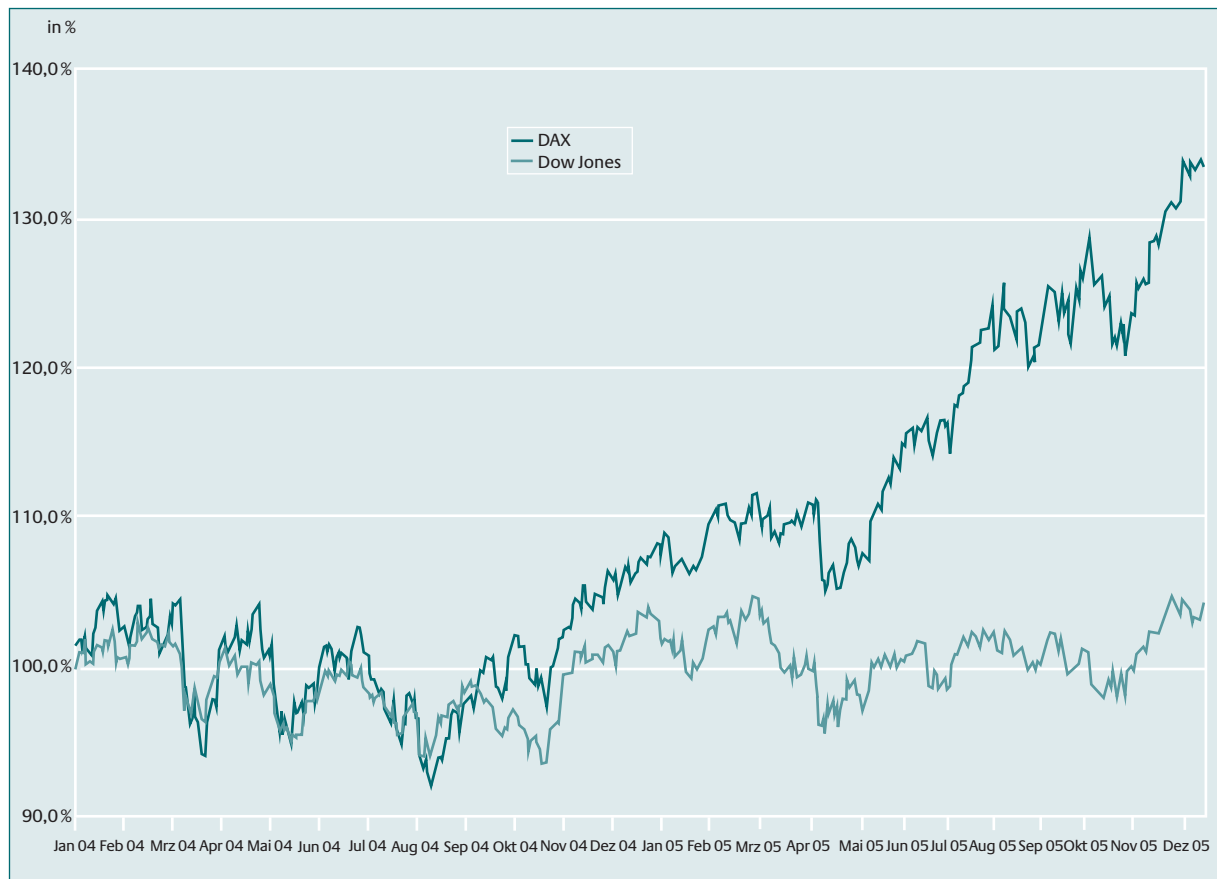
² Zuordnung lt. IWF World Economic Outlook.

Quelle: IWF World Economic Outlook, September 2005.

9 Entwicklung von DAX und Dow Jones

Eröffnungskurs 2. Januar 2004 = 100%

(2. Januar 2004 bis 14. Dezember 2005)



10 Übersicht Weltfinanzmärkte

Aktienindizes

	Stand 14.12.2005	Anfang 2005	Änderung in % zu Anfang 2005	Tief 2005	Hoch 2005
Dow Jones	10 884	10 783	0,93	10 012	10 941
Eurostoxx 50	3 334	2 775	20,15	2 763	3 351
Dax	5 287	4 256	24,22	4 258	5 354
CAC 40	4 675	3 821	22,35	3 816	4 704
Nikkei	15 465	11 489	34,61	10 771	15 779

Renditen staatlicher Benchmarkanleihen

10 Jahre	Aktuell 15.12.2005	Anfang 2005	Spread zu US-Bond in %	Tief 2005	Hoch 2005
USA	4,45	4,22	–	3,89	4,64
Bund	3,36	3,69	– 1,08	3,00	3,78
Japan	1,52	1,43	– 2,93	1,17	1,58
Brasilien	7,12	7,70	2,68	7,57	9,43

Währungen

	Aktuell 15.12.2005	Anfang 2005	Änderung in % zu Anfang 2005	Tief 2005	Hoch 2005
Dollar/Euro	1,20	1,36	–11,33	1,19	1,35
Yen/Dollar	116,06	102,45	13,28	102,05	121,00
Yen/Euro	139,52	138,82	0,50	131,00	143,19
Pfund/Euro	0,68	0,71	– 4,05	0,66	0,71

11 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G 7-Länder / Euroraum / EU-15 / EU-25

	BIP (real)				Verbraucherpreise ¹				Arbeitslosenquote			
	2004	2005	2006	2007	2004	2005	2006	2007	2004	2005	2006	2007
Deutschland												
EU-KOM	1,6	0,8	1,2	1,6	1,8	2,0	1,6	1,1	9,5	9,5	9,3	9,1
OECD	1,1	1,1	1,8	1,7	1,8	2,0	1,7	1,3	9,2	9,3	9,1	8,7
IWF	1,6	0,8	1,2	–	1,8	1,7	1,7	–	9,2	9,5	9,3	–
USA												
EU-KOM	4,2	3,5	3,2	2,7	2,7	3,3	2,9	2,2	5,5	5,1	5,0	5,3
OECD	4,2	3,6	3,5	3,3	2,7	3,4	2,8	2,5	5,5	5,1	4,8	4,7
IWF	4,2	3,5	3,3	–	2,7	3,1	2,8	–	5,5	5,2	5,2	–
Japan												
EU-KOM	2,7	2,5	2,2	1,8	0,0	–0,2	0,3	2,0	4,7	4,5	4,2	4,2
OECD	2,7	2,4	2,0	2,0	0,0	–0,4	0,1	0,8	4,7	4,4	3,9	3,5
IWF	2,7	2,0	2,0	–	–	–0,4	–0,1	–	4,7	4,3	4,1	–
Frankreich												
EU-KOM	2,3	1,5	1,8	2,3	2,3	2,0	2,1	1,9	9,6	9,6	9,3	8,9
OECD	2,1	1,6	2,1	2,2	2,3	1,9	1,7	1,1	10,0	10,0	9,6	9,0
IWF	2,0	1,5	1,8	–	2,3	1,9	1,8	–	9,7	9,8	9,6	–
Italien												
EU-KOM	1,2	0,2	1,5	1,4	2,3	2,2	2,1	1,9	8,0	7,7	7,6	7,5
OECD	1,0	0,2	1,1	1,5	2,3	2,1	2,7	2,2	8,1	7,7	7,5	7,4
IWF	1,2	–	1,4	–	2,3	2,1	2,0	–	8,5	8,1	7,8	–
Großbritannien												
EU-KOM	3,2	1,6	2,3	2,8	1,3	2,4	2,2	2,0	4,7	4,6	4,9	4,7
OECD	3,2	1,7	2,4	2,7	1,3	2,1	2,1	1,6	4,7	4,8	5,1	5,6
IWF	3,2	1,9	2,2	–	1,3	2,0	1,9	–	4,8	4,7	4,8	–
Kanada												
EU-KOM	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
OECD	2,9	3,0	3,2	3,1	1,8	2,4	2,4	1,7	7,2	6,8	6,6	6,6
IWF	2,9	2,9	3,2	–	1,8	2,2	2,5	–	7,2	6,8	6,7	–
Euroraum												
EU-KOM	2,1	1,3	1,9	2,1	2,1	2,3	2,2	1,8	8,9	8,6	8,4	8,1
OECD	1,8	1,4	2,1	2,2	2,1	2,2	2,1	1,6	8,8	8,7	8,4	8,1
IWF	2,0	1,2	1,8	–	2,1	2,1	1,8	–	8,9	8,7	8,4	–
EU-15												
EU-KOM	2,3	1,4	2,0	2,2	2,0	2,3	2,2	1,9	8,1	7,9	7,7	7,4
EU-25												
EU-KOM	2,4	1,5	2,1	2,4	2,1	2,3	2,2	1,9	9,0	8,7	8,5	8,1

– = keine Angaben

¹ EU und IWF: Verbraucherpreise (EU: harmonisierte); OECD: harmonisierte V. für D, F, I, GB und Euroraum; Verbraucherpreisindex für USA, J, CDN.

Quellen: EU-KOM: Herbstprognose, November 2005.

OECD: Wirtschaftsausblick (vorläufige Ausgabe), November 2005.

IWF: Weltwirtschaftsausblick, September 2005.

Stand: 9. Dezember 2005.

11 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

	BIP (real)				Verbraucherpreise ¹				Arbeitslosenquote			
	2004	2005	2006	2007	2004	2005	2006	2007	2004	2005	2006	2007
Belgien												
EU-KOM	2,6	1,4	2,1	2,0	1,9	2,7	2,6	1,9	7,9	8,0	7,9	7,8
OECD	2,4	1,4	2,0	2,2	1,9	2,6	2,4	1,7	7,9	8,4	8,5	8,4
IWF	2,7	1,2	2,0	–	1,9	2,2	1,9	–	7,8	8,4	8,3	–
Finnland												
EU-KOM	3,6	1,9	3,5	3,1	0,1	0,8	1,4	1,3	8,8	8,4	7,8	7,2
OECD	3,5	1,3	3,3	2,8	0,1	0,8	1,3	1,7	8,9	8,6	7,9	7,3
IWF	3,6	1,8	3,2	–	0,1	1,0	1,5	–	8,8	8,0	7,8	–
Griechenland												
EU-KOM	4,7	3,5	3,4	3,4	3,0	3,5	3,1	3,0	10,5	10,4	10,0	9,7
OECD	4,7	3,5	3,3	3,5	3,0	3,6	3,4	3,0	11,0	10,6	10,5	10,3
IWF	4,2	3,2	2,9	–	3,1	3,5	3,3	–	10,5	10,5	10,5	–
Irland												
EU-KOM	4,5	4,4	4,8	5,0	2,3	2,2	2,5	2,4	4,5	4,3	4,4	4,5
OECD	4,5	5,1	5,0	5,0	2,3	2,3	2,5	2,6	4,4	4,3	4,2	4,2
IWF	4,5	5,0	4,9	–	2,3	2,3	2,5	–	4,5	4,2	4,0	–
Luxemburg												
EU-KOM	4,5	4,2	4,4	4,5	3,2	4,1	4,4	2,2	4,8	5,3	5,6	5,8
OECD	4,5	3,5	3,7	4,5	3,2	3,9	3,2	2,0	4,2	4,6	5,1	5,6
IWF	4,4	3,1	3,2	–	2,2	2,4	2,7	–	4,4	4,8	5,2	–
Niederlande												
EU-KOM	1,7	0,5	2,0	2,4	1,4	1,7	2,0	1,9	4,6	5,1	4,9	4,2
OECD	1,7	0,7	2,2	2,5	1,4	1,5	1,7	0,8	4,9	6,2	5,9	5,0
IWF	1,7	0,7	2,0	–	1,4	1,4	–2,6	–	4,6	5,0	4,5	–
Österreich												
EU-KOM	2,4	1,7	1,9	2,2	2,0	2,2	2,1	1,7	4,8	5,0	5,0	5,1
OECD	2,4	1,8	2,1	2,3	2,0	2,2	1,8	1,4	5,7	5,8	5,8	5,7
IWF	2,4	1,9	2,2	–	2,0	2,0	1,8	–	4,8	5,0	4,7	–
Portugal												
EU-KOM	1,2	0,4	0,8	1,2	2,5	2,2	2,7	2,2	6,7	7,4	7,7	7,8
OECD	1,2	0,8	1,0	1,8	2,5	2,1	2,4	–	6,7	7,5	7,8	7,7
IWF	1,0	0,5	1,2	–	2,5	2,3	2,5	–	6,7	7,4	7,7	–
Spanien												
EU-KOM	3,1	3,4	3,2	3,0	3,1	3,6	3,3	2,6	11,0	9,2	8,5	8,1
OECD	3,1	3,4	3,2	3,3	3,1	3,4	3,0	2,8	10,5	9,1	8,7	8,7
IWF	3,1	3,2	3,0	–	3,1	3,2	3,0	–	11,0	9,1	8,0	–

– = keine Angaben

¹ EU und IWF: Verbraucherpreise (EU: harmonisierte); OECD: harmonisierte V. für B, FIN, GR, IRL, L, NL, A, P u. E.

Quellen: EU-KOM: Herbstprognose, November 2005.

OECD: Wirtschaftsausblick (vorläufige Ausgabe), November 2005.

IWF: Weltwirtschaftsausblick, September 2005.

Stand: 9. Dezember 2005.

11 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

	BIP (real)				Verbraucherpreise ¹				Arbeitslosenquote			
	2004	2005	2006	2007	2004	2005	2006	2007	2004	2005	2006	2007
Dänemark												
EU-KOM	2,1	2,7	2,3	2,1	0,9	1,7	2,0	1,9	5,4	4,6	4,2	4,0
OECD	2,1	3,0	2,7	2,4	1,2	1,8	1,7	2,4	5,4	4,9	4,6	4,4
IWF	2,4	2,2	2,1	–	1,2	1,7	1,8	–	6,0	5,6	5,5	–
Estland												
EU-KOM	7,8	8,4	7,2	7,4	3,0	4,1	3,3	2,6	9,2	7,2	6,0	5,4
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	7,8	7,0	6,0	–	3,0	3,9	2,8	–	–	–	–	–
Lettland												
EU-KOM	8,3	9,1	7,7	7,1	6,2	6,8	6,0	4,8	9,8	9,7	9,4	9,3
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	8,5	7,8	6,8	–	6,3	6,3	5,1	–	–	–	–	–
Litauen												
EU-KOM	7,0	7,0	6,2	5,8	1,1	2,6	2,8	2,9	10,9	9,0	8,1	7,5
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	6,7	6,8	6,5	–	1,2	2,7	2,5	–	–	–	–	–
Malta												
EU-KOM	0,4	0,8	0,7	1,1	2,7	3,1	2,6	2,2	7,6	7,2	7,1	7,1
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	1,0	1,5	1,8	–	2,7	2,4	1,9	–	–	–	–	–
Polen												
EU-KOM	5,3	3,4	4,3	4,5	3,6	2,2	2,3	2,5	18,8	17,8	16,8	15,5
OECD	5,4	3,2	3,7	4,3	3,4	2,2	1,9	2,1	19,0	17,8	16,9	15,6
IWF	5,4	3,0	4,0	–	3,5	2,2	2,5	–	–	–	–	–
Schweden												
EU-KOM	3,6	2,5	3,0	2,8	1,0	0,7	1,4	1,8	6,3	6,8	5,9	5,6
OECD	3,1	2,4	3,5	3,0	0,4	0,4	1,6	2,0	5,5	5,6	4,5	4,2
IWF	3,6	2,6	2,8	–	1,1	0,8	1,8	–	5,5	5,2	4,9	–
Slowakei												
EU-KOM	5,5	5,1	5,5	6,3	7,5	2,9	3,6	2,1	18,2	16,7	16,2	15,8
OECD	5,5	5,3	5,6	6,2	7,5	2,8	4,3	2,8	18,1	16,4	15,8	15,2
IWF	5,5	5,0	5,4	–	7,5	2,7	2,7	–	–	–	–	–
Slowenien												
EU-KOM	4,2	3,8	4,0	4,2	3,6	2,6	2,5	2,5	6,0	5,8	5,7	5,6
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	4,6	3,9	4,0	–	3,6	2,6	2,5	–	–	–	–	–
Tschechien												
EU-KOM	4,4	4,8	4,4	4,3	2,6	1,7	2,9	2,6	8,3	7,9	7,5	7,4
OECD	4,4	4,8	4,5	4,5	2,8	1,9	2,8	3,0	8,3	8,0	7,8	7,6
IWF	4,4	4,1	3,9	–	2,8	2,0	2,5	–	–	–	–	–
Ungarn												
EU-KOM	4,2	3,7	3,9	3,9	6,8	3,7	2,0	3,0	6,0	7,0	6,9	6,7
OECD	4,6	4,2	4,5	4,3	6,7	3,7	2,0	2,7	6,2	7,1	7,0	6,7
IWF	4,2	3,4	3,6	–	6,8	4,0	3,6	–	–	–	–	–
Zypern												
EU-KOM	3,8	3,9	4,0	4,2	1,9	2,3	2,1	2,1	5,2	4,9	4,8	4,6
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	3,7	3,8	4,0	–	2,3	2,5	2,5	–	3,6	3,2	3,0	–

– = keine Angaben

¹ EU und IWF: Verbraucherpreise (EU: harmonisierte); OECD: Verbraucherpreisindex für DK, PL, S, CZ und H.

Quellen: EU-KOM: Herbstprognose, November 2005.

OECD: Wirtschaftsausblick (vorläufige Ausgabe), November 2005.

IWF: Weltwirtschaftsausblick, September 2005.

Stand: 9. Dezember 2005.

12 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G 7-Länder / Euroraum / EU-15 / EU-25

	öffentl. Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote ¹				Leistungsbilanzsaldo			
	2004	2005	2006	2007	2004	2005	2006	2007	2004	2005	2006	2007
Deutschland												
EU-KOM	-3,7	-3,9	-3,7	-3,3	66,4	68,6	70,0	71,4	3,7	3,8	3,9	4,5
OECD	-3,7	-3,9	-3,6	-2,6	66,3	67,8	68,7	-	3,8	4,1	4,6	5,2
IWF	-3,7	-3,9	-3,7	-	64,5	67,7	70,1	-	3,8	4,3	4,4	-
USA												
EU-KOM	-4,7	-3,9	-4,7	-4,9	-	-	-	-	-5,6	-6,2	-6,3	6,4
OECD	-4,7	-3,7	-4,2	-3,9	-	-	-	-	-5,7	-6,5	-6,7	-7,0
IWF	-4,0	-3,7	-3,9	-	60,7	60,9	61,7	-	-5,7	-6,1	-6,1	-
Japan												
EU-KOM	-7,0	-6,5	-6,1	-5,8	-	-	-	-	3,7	3,5	3,2	3,3
OECD	-6,5	-6,5	-6,0	-6,0	-	-	-	-	3,7	3,4	3,9	4,7
IWF	-7,2	-6,7	-6,2	-	169,2	174,4	177,8	-	3,7	3,3	3,0	-
Frankreich												
EU-KOM	-3,7	-3,2	-3,5	-3,5	65,1	66,5	67,1	68,0	-0,7	-0,8	-0,9	-0,8
OECD	-3,6	-3,2	-3,2	-3,0	65,6	66,6	66,4	-	-0,4	-1,6	-1,4	-1,1
IWF	-3,7	-3,5	-3,9	-	64,8	66,4	68,2	-	-0,4	-1,3	-1,5	-
Italien												
EU-KOM	-3,2	-4,3	-4,2	-4,6	106,5	108,6	108,3	107,9	-0,4	-1,2	-1,2	-1,0
OECD	-3,3	-4,3	-4,2	-4,8	106,0	108,1	109,1	-	-0,9	-1,5	-1,9	-2,3
IWF	-3,2	-4,3	-5,1	-	106,6	109,3	110,9	-	-0,9	-1,7	-1,4	-
Großbritannien												
EU-KOM	-3,2	-3,4	-3,3	-3,0	41,5	43,1	44,3	45,1	-2,0	-2,1	-1,9	-1,6
OECD	-3,2	-3,1	-3,0	-3,2	41,5	43,6	45,6	-	-2,0	-1,8	-2,3	-2,7
IWF	-3,0	-3,2	-3,4	-	41,1	42,5	44,8	-	-2,0	-1,9	-1,8	-
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	0,7	1,3	0,9	0,6	-	-	-	-	2,2	1,8	2,5	3,0
IWF	0,7	0,5	0,3	-	87,9	83,0	78,4	-	2,2	1,5	1,7	-
Euroraum												
EU-KOM	-2,7	-2,9	-2,8	-2,8	70,8	71,7	71,7	71,8	0,6	0,0	-0,1	-0,1
OECD	-2,7	-2,9	-2,7	-2,5	71,3	72,2	72,1	-	0,5	-0,2	-0,2	-0,1
IWF	-2,7	-3,0	-3,1	-	70,6	72,3	73,1	-	0,5	0,2	0,2	-
EU-15												
EU-KOM	-2,6	-2,7	-2,7	-2,6	64,3	65,1	65,2	65,3	0,5	-0,1	-0,2	-0,1
EU-25												
EU-KOM	-2,6	-2,7	-2,7	-2,7	63,4	64,1	64,2	64,3	0,0	-0,3	-0,4	-0,3

- = keine Angaben

¹ Staatsschuldenquote: Wirtschaftsausblick, Juni 2005.

Quellen: EU-KOM: Herbstprognose, November 2005.

OECD: Wirtschaftsausblick (vorläufige Kurzfassung), November 2005.

IWF: Weltwirtschaftsausblick, September 2005.

Stand: 9. Dezember 2005.

12 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

	öffentl. Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote ¹				Leistungsbilanzsaldo			
	2004	2005	2006	2007	2004	2005	2006	2007	2004	2005	2006	2007
Belgien												
EU-KOM	0,0	0,0	-0,3	-0,5	96,2	94,9	91,1	88,1	3,5	3,0	3,1	3,3
OECD	0,0	0,0	-0,4	-0,7	95,7	94,3	92,5	-	3,3	1,4	0,8	1,0
IWF	-	-0,8	-2,0	-	-	-	-	-	3,4	4,2	4,0	-
Finnland												
EU-KOM	2,1	1,9	1,9	1,8	45,1	42,8	41,5	40,6	4,1	2,2	2,0	2,1
OECD	1,9	2,1	1,8	1,5	45,2	46,6	48,4	-	5,3	3,5	3,2	3,6
IWF	1,9	1,5	1,5	-	-	-	-	-	4,0	3,4	4,4	-
Griechenland												
EU-KOM	-6,6	-3,7	-3,8	-3,8	109,3	107,9	106,8	106,0	-8,2	-7,4	-6,6	-6,1
OECD	-6,5	-4,5	-3,2	-3,6	110,5	108,3	105,7	-	-6,3	-7,0	-6,7	-6,5
IWF	-6,1	-4,3	-4,1	-	-	-	-	-	-3,9	-3,9	-4,0	-
Irland												
EU-KOM	1,4	-0,4	-0,3	-0,1	29,8	29,0	28,7	28,2	-0,8	-2,2	-2,5	-2,8
OECD	1,4	-0,9	-0,6	-0,6	29,9	29,9	29,8	-	-0,8	-1,5	-1,7	-1,0
IWF	1,4	-1,1	-0,6	-	-	-	-	-	-0,8	-1,4	-1,8	-
Luxemburg												
EU-KOM	-1,2	-2,3	-2,0	-2,2	6,6	6,8	7,0	7,3	8,4	5,9	6,1	6,1
OECD	-0,6	-2,3	-2,1	-1,9	7,5	8,1	8,7	-	11,1	5,0	6,0	6,0
IWF	-1,3	-1,7	-2,1	-	-	-	-	-	6,9	8,4	9,1	-
Niederlande												
EU-KOM	-2,1	-1,8	-1,9	-1,5	53,1	54,0	54,2	53,8	6,1	6,0	5,4	4,8
OECD	-2,1	-1,6	-1,8	-1,5	55,6	56,1	56,3	-	3,3	5,8	6,8	8,0
IWF	-2,1	-2,3	-2,5	-	-	-	-	-	3,3	4,9	5,3	-
Österreich												
EU-KOM	-1,0	-1,9	-1,8	-1,4	64,3	64,3	64,2	63,6	0,3	0,8	0,6	0,6
OECD	-1,1	-2,0	-2,0	-1,5	64,2	62,5	61,0	-	0,3	-0,4	-0,1	0,3
IWF	-1,2	-2,0	-1,8	-	-	-	-	-	0,6	-	-0,3	-
Portugal												
EU-KOM	-3,0	-6,0	-5,0	-4,8	59,4	65,9	69,8	72,1	-7,8	-9,5	-9,7	-9,4
OECD	-3,0	-6,0	-4,9	-4,6	61,9	67,2	71,4	-	-7,5	-9,3	-9,4	-9,1
IWF	-2,9	-6,2	-4,8	-	-	-	-	-	-7,5	-8,4	-7,7	-
Spanien												
EU-KOM	-0,1	0,2	0,1	-0,4	46,9	44,2	41,9	40,7	-5,9	-7,4	-8,3	-9,1
OECD	-0,2	0,3	0,3	0,2	48,9	46,3	43,5	-	-5,3	-7,7	-8,9	-9,8
IWF	-0,3	0,3	0,3	-	-	-	-	-	-5,3	-6,2	-6,9	-

– = keine Angaben

¹ Staatsschuldenquote: Wirtschaftsausblick, Juni 2005.

Quellen: EU-KOM: Herbstprognose, November 2005.

OECD: Wirtschaftsausblick (vorläufige Kurzfassung), November 2005.

IWF: Weltwirtschaftsausblick, September 2005.

Stand: 9. Dezember 2005.

12 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

	öffentl. Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote ¹				Leistungsbilanzsaldo			
	2004	2005	2006	2007	2004	2005	2006	2007	2004	2005	2006	2007
Dänemark												
EU-KOM	2,9	3,7	3,0	2,7	43,2	36,0	33,0	31,5	2,5	2,9	3,2	3,4
OECD	1,7	2,8	2,4	1,9	42,8	41,0	39,5	–	2,5	3,0	2,2	2,7
IWF	1,4	1,6	1,7	–	–	–	–	–	2,5	1,9	2,2	–
Estland												
EU-KOM	1,7	1,1	0,6	0,4	5,5	5,1	4,0	3,1	–12,7	–9,9	–7,7	–7,1
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	–	–	–	–	–	–	–	–	–12,7	–10,9	–9,9	–
Lettland												
EU-KOM	–0,9	–1,2	–1,5	–1,5	14,7	12,8	13,0	13,2	–12,6	–11,1	–10,5	–9,8
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	–	–	–	–	–	–	–	–	–12,3	–10,5	–9,4	–
Litauen												
EU-KOM	–1,4	–2,0	–1,8	–1,6	19,6	20,7	20,2	19,6	–8,0	–7,4	–7,1	–7,0
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	–	–	–	–	–	–	–	–	–7,1	–8,1	–7,9	–
Malta												
EU-KOM	–5,1	–4,2	–3,0	–2,5	75,9	77,2	77,4	77,1	–10,5	–6,7	–6,8	–7,0
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	–	–	–	–	–	–	–	–	–10,4	–10,5	–8,6	–
Polen												
EU-KOM	–3,9	–3,6	–3,6	–3,4	43,6	46,3	47,0	47,3	–4,2	–3,2	–3,5	–3,9
OECD	–3,9	–3,4	–3,6	–3,3	43,6	45,7	47,5	–	–4,3	–1,5	–0,9	–0,3
IWF	–	–	–	–	–	–	–	–	–1,5	–1,0	–2,5	–
Schweden												
EU-KOM	1,6	1,4	0,8	1,1	51,1	50,6	49,4	47,8	7,8	7,0	6,3	6,1
OECD	1,4	1,2	0,9	1,3	51,2	50,4	49,9	–	8,2	7,1	6,8	6,5
IWF	0,7	0,6	0,4	–	–	–	–	–	8,2	7,4	6,7	–
Slowakei												
EU-KOM	–3,1	–4,1	–3,0	–2,5	42,5	36,7	38,2	38,5	–3,4	–6,6	–6,2	–3,7
OECD	–3,2	–4,1	–4,2	–3,5	43,6	45,6	46,6	–	–3,6	–6,7	–6,6	–2,9
IWF	–	–	–	–	–	–	–	–	–3,5	–6,3	–6,4	–
Slowenien												
EU-KOM	–2,1	–1,7	–1,9	–1,6	29,8	29,3	29,5	29,2	–2,0	–1,6	–1,8	–2,0
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	–	–	–	–	–	–	–	–	–0,9	–1,6	–0,8	–
Tschechien												
EU-KOM	–3,0	–3,2	–3,7	–3,3	36,8	36,2	36,6	36,9	–5,2	–2,9	–2,6	–2,3
OECD	–3,0	–4,0	–3,6	–3,2	37,4	36,5	37,4	–	–5,2	–4,0	–2,8	–2,1
IWF	–	–	–	–	–	–	–	–	–5,2	–3,5	–3,2	–
Ungarn												
EU-KOM	–5,4	–6,1	–6,7	–6,9	57,4	57,2	58,0	59,2	–8,8	–8,4	–8,4	–7,7
OECD	–5,4	–6,1	–5,9	–5,9	57,6	57,5	57,5	–	–8,8	–8,4	–8,7	–8,5
IWF	–	–	–	–	–	–	–	–	–8,8	–8,5	–8,0	–
Zypern												
EU-KOM	–4,1	–2,8	–2,8	–2,4	72,0	70,4	69,1	67,4	–5,7	–5,8	–5,5	–4,7
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	–4,2	–3,0	–2,8	–	–	–	–	–	–5,8	–4,0	–3,2	–

– = keine Angaben

¹ Staatsschuldenquote: Wirtschaftsausblick, Juni 2005.

Quellen: EU-KOM: Herbstprognose, November 2005.

OECD: Wirtschaftsausblick (vorläufige Kurzfassung), November 2005.

IWF: Weltwirtschaftsausblick, September 2005.

Stand: 9. Dezember 2005.



Verzeichnis der Berichte

Verzeichnis der Berichte in den Monatsberichten des BMF 2005...

...nach Veröffentlichungsdatum	133
...nach Stichpunkten	135

Verzeichnis der Berichte in den Monatsberichten des BMF 2005 nach Veröffentlichungsdatum

Veröffentlichung	Berichte	Seite
Januar 2005	Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich	37
	Die Steuereinnahmen der Kommunen (ohne Stadtstaaten) im 1.–3. Quartal 2004	55
	Wirtschafts- und Finanzlage in ausgewählten Schwellenländern	59
	Stabiler russischer Bankenmarkt nach den Turbulenzen im Sommer 2004	75
	Bundesanstalt für Immobilienaufgaben startete zum 1. Januar 2005	81
Februar 2005	Bericht über den Abschluss des Bundeshaushalts 2004	35
	Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 4. Quartal 2004 und im Jahr 2004	65
	Abschaffung von Steuerbefreiungen – Mehreinnahmen und Steuervereinfachung?	69
	Den Aufschwung stärken – Strukturen verbessern: Finanz- und Wirtschaftspolitik im Jahreswirtschaftsbericht 2005	75
	Finanzmärkte in ausgewählten Schwellenländern vor dem Hintergrund von Wahlterminen	85
März 2005	Moderater Ausgabenkurs als Erfolg der Konsolidierungspolitik	41
	Steueramoral – Das Spannungsfeld der Freiwilligkeit der Steuerzahlung und Steuerhinterziehung	49
	Preisentwicklung in Deutschland im Jahr 2004	59
	Altschulden für gesellschaftliche Einrichtungen in den neuen Ländern – Entstehung und abschließende Lösung	65
	Jahresbilanz 2004 der Finanzkontrolle Schwarzarbeit – Schattenwirtschaft geht zurück	71
	Zukunft des Branntweinmonopols	75
	Der Wissenschaftliche Beirat zur Reform der Einkommensteuer	81
April 2005	Der Bundeshaushalt 2005: Sollbericht	35
	Die Steuereinnahmen der Kommunen (ohne Stadtstaaten) im Jahr 2004	57
	Ergebnisse des Europäischen Rates am 22./23. März 2005	61
	Überblick über die aktualisierten Stabilitäts- und Konvergenzprogramme 2004 der EU-Mitgliedstaaten	67
	Stand der Beratungen zur Finanziellen Vorausschau der Europäischen Union	75
	Zoll legt Jahresbilanz 2004 vor	79
	Außenwirtschaftsüberwachung durch das Zollkriminalamt (ZKA)	83
Mai 2005	Die Entwicklung im Bundeshaushalt bis zum 1. Quartal 2005	37
	Ergebnisse der Steuerschätzungen vom 10. bis 12. Mai 2005	47
	Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. Quartal 2005	51
	Entwicklung der Länderhaushalte im Jahr 2004	55
	Verwaltungspartnerschaften mit den EU-Beitrittsstaaten – Twinning	63
	Neuordnung des Patentrechts – Weiterentwicklung eines deutschen Modellprodukts	69
Juni 2005	Zum Bericht über die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen	37
	Wirtschaftslage: Finanz- und Wirtschaftspolitik in wichtigen Volkswirtschaften	45
	Verrechnungspreisdokumentation zur Einkunftsabgrenzung zwischen international verbundenen Unternehmen	61
	60 Jahre IWF – Wie geht es weiter?	65
	Haushaltskrisen im Bundesstaat	71
Juli 2005	Entwurf des Bundeshaushalts 2006 und der Finanzplan des Bundes 2005 bis 2009	39
	Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2004	51
	Bundespolitik und Kommunalfinanzen	59
	Zum Bericht über die öffentlichen Finanzen in der Europäischen Währungsunion (Public Finance Report 2005)	73
	Intertemporale Verlustverrechnung – ein Vergleich der deutschen und der österreichischen Regelungen	79
August 2005	Die Entwicklung des Bundeshaushalts im 1. Halbjahr 2005	33
	Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. Halbjahr 2005	45
	Kölner Schuldeninitiative (HIPC) und multilateraler Schuldenerlass	49
	Wirtschafts- und Finanzlage in ausgewählten Schwellenländern	53
	Erfolgreiche Zusammenarbeit mit der Weltzollorganisation (WZO)	71

Veröffentlichung	Berichte	Seite
September 2005	Stand und Entwicklung der Steuerrückstände 2004	33
	Gesetz zur Förderung der Steuerehrlichkeit: Bilanz der „Steueramnestie“	41
	Darstellung der geltenden Familienförderung	45
	Das Splitting-Verfahren bei der Einkommensteuerveranlagung von Ehegatten	53
	Kraftstoffpreise und Kraftstoffbesteuerung	65
	Erleichterung für Öffentlich Private Partnerschaften – das ÖPP-Beschleunigungsgesetz	71
Oktober 2005	Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2005	37
	Zehn Jahre Existenzminimumbericht – eine Bilanz	47
	Entwicklung von Investitionen und Kapitalstock in Deutschland	59
	Jahresversammlung Internationaler Währungsfonds und Weltbank am 24./25. September 2005	67
	Die Arbeitsgruppe des Wirtschaftspolitischen Ausschusses der Europäischen Union zur „Qualität der öffentlichen Finanzen“	71
	Betrugsbekämpfung – Jahresbericht 2004 der Europäischen Kommission	77
	Fragen und Optionen zur Zukunft von Agrarpolitik und Agrarfinanzierung in der Europäischen Union	85
November 2005	Die Entwicklung des Bundeshaushalts bis zum 3. Quartal 2005	37
	Ergebnisse der Steuerschätzung vom 2. bis 3. November 2005	49
	Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. bis 3. Quartal 2005	53
	Wirtschaftslage und -entwicklung in den neuen Mitgliedstaaten der EU und in den Beitrittsländern Mitte 2005	57
	Treffen der G 20-Finanzminister und Notenbankgouverneure am 15./16. Oktober 2005 in China	63
	Bundesfinanzministerium übernimmt Führung bei Basel II	65
Dezember 2005	Die finanz- und wirtschaftspolitischen Leitlinien der neuen Bundesregierung	37
	Wirtschaftslage: Finanz- und Wirtschaftspolitik in wichtigen Volkswirtschaften	45
	Bevölkerungsalterung und Staatsausgaben: Vorbereitung neuer Langfristrechnungen für die Mitgliedstaaten der EU	61
	Erweiterungspaket und -strategie der EU-Kommission	67
	Die Abgaben auf Fahrzeuge in Europa im Jahr 2005	75

Verzeichnis der Berichte in den Monatsberichten des BMF 2005 nach Stichpunkten

Stichpunkt 1	Stichpunkt 2	Veröffentlichung	Berichte	Seite
Bundesbeteiligungen und Bundesanstalt für Immobilienaufgaben	Privatisierungs- und Beteiligungspolitik	Januar 2005	Bundesanstalt für Immobilienaufgaben startete zum 1. Januar 2005	81
Europa	Hintergrund	April 2005	Ergebnisse des Europäischen Rates am 22./23. März 2005	61
		April 2005	Überblick über die aktualisierten Stabilitäts- und Konvergenzprogramme 2004 der EU-Mitgliedstaaten	67
		April 2005	Stand der Beratungen zur Finanziellen Vorausschau der Europäischen Union	75
		Mai 2005	Verwaltungspartnerschaften mit den EU-Beitrittsstaaten – Twinning	63
		Juli 2005	Zum Bericht über die öffentlichen Finanzen in der Europäischen Währungsunion (Public Finance Report 2005)	73
		Juli 2005	Intertemporale Verlustverrechnung – ein Vergleich der deutschen und österreichischen Regelungen	79
		Oktober 2005	Die Arbeitsgruppe des Wirtschaftspolitischen Ausschusses der Europäischen Union zur „Qualität der öffentlichen Finanzen“	71
		Oktober 2005	Betrugsbekämpfung – Jahresbericht 2004 der Europäischen Kommission	77
		Oktober 2005	Fragen und Optionen zur Zukunft von Agrarpolitik und Agrarfinanzierung in der Europäischen Union	85
		November 2005	Wirtschaftslage und -entwicklung in den neuen Mitgliedstaaten der EU und in den Beitrittsländern Mitte 2005	57
		Dezember 2005	Bevölkerungsalterung und Staatsausgaben: Vorbereitung neuer Langfristrechnungen für die Mitgliedstaaten der EU	61
		Dezember 2005	Erweiterungspaket und -strategie der EU-Kommission	67
		Dezember 2005	Die Abgaben auf Fahrzeuge in Europa im Jahr 2005	75
Finanz- und Wirtschaftspolitik	Bundeshaushalt	Februar 2005	Bericht über den Abschluss des Bundeshaushalts 2004	35
		März 2005	Moderater Ausgabenkurs als Erfolg der Konsolidierungspolitik	41
		April 2005	Der Bundeshaushalt 2005: Sollbericht	35
		Mai 2005	Die Entwicklung im Bundeshaushalt bis zum 1. Quartal 2005	37
		Juli 2005	Entwurf des Bundeshaushalts 2006 und Finanzplan des Bundes 2005 bis 2009	39
		August 2005	Die Entwicklung des Bundeshaushalts im 1. Halbjahr 2005	33
		November 2005	Die Entwicklung des Bundeshaushalts bis zum 3. Quartal 2005	37
	Finanzpolitik	Februar 2005	Bericht über den Abschluss des Bundeshaushalts 2004	35
		März 2005	Moderater Ausgabenkurs als Erfolg der Konsolidierungspolitik	41
		März 2005	Preisentwicklung in Deutschland im Jahr 2004	59
		April 2005	Der Bundeshaushalt 2005: Sollbericht	35
		Mai 2005	Die Entwicklung des Bundeshaushalts bis zum 1. Quartal 2005	37
		Juni 2005	Zum Bericht über die Tragfähigkeiten der öffentlichen Finanzen	37
		August 2005	Die Entwicklung im Bundeshaushalt im 1. Halbjahr 2005	33
		September 2005	Erleichterungen für Öffentlich Private Partnerschaften – das ÖPP-Beschleunigungsgesetz	71
		Oktober 2005	Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2005	37
		Oktober 2005	Zehn Jahre Existenzminimumbericht – eine Bilanz	47
		November 2005	Die Entwicklung des Bundeshaushalts bis zum 3. Quartal 2005	37
		Dezember 2005	Die finanz- und wirtschaftspolitischen Leitlinien der neuen Bundesregierung	37

Stichpunkt 1	Stichpunkt 2	Veröffentlichung	Berichte	Seite
Finanz- und Wirtschaftspolitik	Föderale Finanzbeziehungen	Januar 2005	Die Steuereinnahmen der Kommunen (ohne Stadtstaaten) im 1.-3. Quartal 2004	55
		März 2005	Altschulden für gesellschaftliche Einrichtungen in den neuen Ländern – Entstehung und abschließende Lösung	65
		April 2005	Die Steuereinnahmen der Kommunen (ohne Stadtstaaten) im Jahr 2004	57
		Mai 2005	Entwicklung der Länderhaushalte im Jahr 2004	55
		Juni 2005	Haushaltskrisen im Bundesstaat	71
		Juli 2005	Bundespolitik und Kommunalfinanzen	59
		Oktober 2005	Entwicklung von Investitionen und Kapitalstock in Deutschland	59
	Wirtschaftspolitik	Februar 2005	Den Aufschwung stärken – Strukturen verbessern: Finanz- und Wirtschaftspolitik im Jahreswirtschaftsbericht 2005	75
		Oktober 2005	Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2005	37
	Wissenschaftlicher Beirat	März 2005	Der Wissenschaftliche Beirat zur Reform der Einkommensteuer	81
		Juni 2005	Haushaltskrisen im Bundesstaat	71
Internationale Beziehungen	Internationale Beziehungen	Januar 2005	Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich	37
		Januar 2005	Wirtschafts- und Finanzlage in ausgewählten Schwellenländern	59
		Januar 2005	Stabiler russischer Bankenmarkt nach den Turbulenzen im Sommer 2004	75
		Februar 2005	Finanzmärkte in ausgewählten Schwellenländern vor dem Hintergrund von Wahlterminen	85
		Juni 2005	Wirtschaftslage: Finanz- und Wirtschaftspolitik in wichtigen Volkswirtschaften	45
		Juni 2005	60 Jahre IWF – Wie geht es weiter?	65
		August 2005	Kölner Schuldeninitiative (HIPC) und multilateraler Schuldenerlass	49
		August 2005	Wirtschafts- und Finanzlage in ausgewählten Schwellenländern	53
		Oktober 2005	Jahresversammlung Internationaler Währungsfonds und Weltbank am 24./25. September 2005	67
		November 2005	Treffen der G 20-Finanzminister und Notenbankgouverneure am 15./16. Oktober 2005 in China	63
		Dezember 2005	Wirtschaftslage: Finanz- und Wirtschaftspolitik in wichtigen Volkswirtschaften	45
Investment und Vermögen	Kapitalmarktpolitik	Januar 2005	Stabiler russischer Bankenmarkt nach den Turbulenzen im Sommer 2004	75
		Mai 2005	Neuordnung des Pfandbriefrechts – Weiterentwicklung eines deutschen Modellprodukts	69
		November 2005	Bundesfinanzministerium übernimmt Führung bei Basel II	65
Steuern	Ökologische Steuerreform	September 2005	Kraftstoffpreise und Kraftstoffbesteuerung	65
	Steuern	Januar 2005	Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich	37
		September 2005	Das Splitting-Verfahren in der Einkommensteuerveranlagung von Ehegatten	53
		Dezember 2005	Die Abgaben auf Fahrzeuge in Europa im Jahr 2005	75
	Steuerreform	Juni 2005	Verrechnungspreisdokumentation zur Einkunftsabgrenzung zwischen international verbundenen Unternehmen	61
		September 2005	Darstellung der geltenden Familienförderung	45
	Steuerschätzung/ Steuereinnahmen	Februar 2005	Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 4. Quartal 2004 und im Jahr 2004	65

Stichpunkt 1	Stichpunkt 2	Veröffentlichung	Berichte	Seite
Steuern	Steuerschätzung/ Steuereinnahmen	Februar 2005	Abschaffung von Steuerbefreiungen – Mehreinnahmen und Steuervereinfachung?	69
		März 2005	Steuermoral – Das Spannungsfeld der Freiwilligkeit der Steuerzahlung und Steuerhinterziehung	49
		Mai 2005	Ergebnisse der Steuerschätzung vom 10. bis 12. Mai 2005	47
		Mai 2005	Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. Quartal 2005	51
		Juli 2005	Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2004	51
		August 2005	Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. Halbjahr 2005	45
		September 2005	Gesetz zur Förderung der Steuerehrlichkeit: Bilanz der „Steueramnestie“	41
		September 2005	Stand und Entwicklung der Steuerrückstände 2004	33
		November 2005	Ergebnisse der Steuerschätzung vom 2. bis 3. November 2005	49
		November 2005	Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. bis 3. Quartal 2005	53
Zoll in Deutschland	Zoll in Deutschland	März 2005	Jahresbilanz 2004 der Finanzkontrolle Schwarzarbeit – Schwarzarbeit geht zurück	71
		März 2005	Zukunft des Branntweinmonopols	75
		April 2005	Außenwirtschaftsüberwachung durch das Zollkriminalamt (ZKA)	83
		April 2005	Zoll legt Jahresbilanz 2004 vor	79
		August 2005	Erfolgreiche Zusammenarbeit mit der Weltzollorganisation (WZO)	71

Herausgeber:

Bundesministerium der Finanzen
Referat Information und Publikation
Wilhelmstraße 97
10117 Berlin
<http://www.bundesfinanzministerium.de> oder
<http://www.bmf.bund.de>

Redaktion:

Bundesministerium der Finanzen
Arbeitsgruppe Monatsbericht
Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de
Berlin, Dezember 2005

Satz und Gestaltung:

Heimbüchel PR, Kommunikation und Publizistik GmbH,
Berlin/Köln

Druck:

Bonifatius GmbH, Paderborn

Bezugsservice für Publikationen des Bundesministeriums der Finanzen:

telefonisch	0 18 88 / 80 80 800 (0,12 €/Min.)
per Telefax	0 18 88 / 10 80 80 800 (0,12 €/Min.)

ISSN 1618-291X

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.